Von der Moskauer Konferenz europäischer Länder bis zum

WARSCHAUER VERTRAG

Dokumente von welthistorischer Bedeutung

1955

KONGRESS-VERLAG BERLIN

Alle Rechte vorbehalten — Verlagslizenz Nr. 15 — Ag. Nr. 66/55/DDR
Umschlagentwurf von Werner Meier — Druck: I/16/01 MV Potsdam A 1839
Herausgegeben im Auftrage des Büros des Präsidiums des Nationalrates
der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

Zum Geleit

Die vorliegende Broschüre umfaßt eine Anzahl von politischen Dokumenten, die von allergrößter Bedeutung für das Verständnis der gegenwärtigen Situation unseres deutschen Volkes sind und die vor allem jedem deutschen Patrioten eine klare Anleitung für den nationalen Befreiungskampf geben.

Diese Dokumentensammlung spannt den Bogen von der Moskauer Konferenz europäischer Staaten zur Gewährleistung der Sicherheit und des Friedens in Europa Anfang Dezember 1954 bis zum Bericht der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik über den Verlauf und die Bedeutung der Warschauer Konferenz vor der Volkskammer im Mai 1955.

Die vorliegenden Dokumente führen uns mit unmißverständlicher Klarheit sechs Tatsachen vor Augen:

> *Sie zeigen die ganze Gefährlichkeit der Wiederbewaffnung des deutschen Militarismus im Rahmen der Aggressionspolitik der USA-Monopole.*
>
> *Sie veranschaulichen das konsequente Eintreten der Sowjetunion als der Führerin des Weltfriedenslagers für eine Politik der Minderung der internationalen Spannungen.*
>
> *Sie dokumentieren die unüberwindliche Kraft der Volksmassen, denen es gelungen ist, gerade in diesen letzten Monaten die sogenannte „Politik der Stärke" zum Scheitern zu bringen.*

Die Dokumente legen Zeugnis ab von der von tiefer Freundschaft und Kameradschaft erfüllten Unterstützung der Deutschen Demokratischen Republik und der deutschen Patrioten in ihrem nationalen Befreiungskampf durch die Sowjetunion, die Volksrepublik China, die Volksrepublik Polen, die Tschechoslowakische Republik und die anderen Staaten des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

Die Dokumente unterstreichen ferner die große nationale Verantwortung des deutschen Volkes gegenüber den Völkern Europas; sie zeigen den untrennbaren Zusammenhang des nationalen Befreiungskampfes mit dem allgemeinen Kampf aller Völker um die Erhaltung und Festigung des Friedens.

Die Dokumente zeigen schließlich, daß die Stärkung und Festigung der Deutschen Demokratischen Republik. des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in der deutschen Geschichte, untrennbar verbunden sein muß mit der Verstärkung des gesamtdeutschen Gespräches über die widernatürlichen Zonengrenzen hinweg.

Wie können angesichts dieser Tatsachen die deutschen Patrioten ihrer nationalen Verantwortung gerecht werden?

Indem sie den Inhalt und die Bedeutung dieser Dokumente – insbesondere die umfassenden Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion und den Warschauer Vertrag – geduldig und beharrlich in jedem Wohnhaus, in jedem Betrieb, auf jedem Gehöft erläutern und so die Einbeziehung aller Bürger in die große patriotische Einheit der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik verstärken und vertiefen.

Worauf kommt es an?

Es kommt darauf an, mit aller Kraft das gesamtdeutsche Gespräch, die Verständigung der Deutschen in Ost und West im Kampf gegen die Remilitarisierung und für ein einiges und demokratisches Deutschland zu verstärken.

Es kommt darauf an, die Deutsche Demokratische Republik als Bollwerk des nationalen Befreiungskampfes und Vorbild des zukünftigen einigen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands auf allen Gebieten der Wirtschaft und Kultur zu stärken und das Staatsbewußtsein, die Liebe und Ergebenheit zur Arbeiter-und-Bauern-Macht weiter zu festigen.

Es kommt darauf an, die Verteidigungsbereitschaft zum Schutze der Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik zu erhöhen und alle Sicherungsmaßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gegen die Anschläge der Kriegsbrandstifter und ihrer Agenten gewissenhaft zu unterstützen.

Das Studium der vorliegenden Dokumente und ihre Auswertung in der patriotischen Agitationsarbeit der Nationalen Front des demokratischen Deutschland werden uns dem großen Ziel des deutschen Volkes ein entscheidendes Stück näherbringen.

Peter Nelken

29. November — 2. Dezember 1954:

Moskauer Konferenz europäischer Staaten zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa

Vom 29. November bis 2. Dezember 1954 tagte in Moskau die Konferenz europäischer Staaten zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa — der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Republik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik, der Rumänischen Volksrepublik, der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Albanien.

Die Teilnehmer der Konferenz haben die Lage, die in Europa durch die Unterzeichnung der separaten Pariser Abkommen durch einige Weststaaten über die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in militärische Gruppierungen, die gegen die friedliebenden Staaten Europas gerichtet sind, entstanden ist, einer allseitigen Prüfung unterzogen.

Die Konferenz verlief in einer Atmosphäre der Herzlichkeit und Freundschaft und zeigte völlige Einmütigkeit hinsichtlich der Maßnahmen, die im Interesse der Gewährleistung des Friedens in Europa im Falle der Ratifizierung der Pariser Abkommen ergriffen werden müssen. Die Konferenz beschloß die gemeinsame Deklaration der Regierungen der UdSSR, der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Republik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik, der Rumänischen Volksrepublik, der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Albanien.

(Aus dem Abschlußkommuniqué der Moskauer Konferenz)

Deklaration der Moskauer Konferenz
europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa

Die Vertreter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Republik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik, der Rumänischen Volksrepublik, der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Albanien haben sich unter Teilnahme eines Beobachters der Volksrepublik China zu einer Konferenz in Moskau versammelt, um die Lage zu prüfen, die in Europa im Zusammenhang mit den Beschlüssen der Londoner und der Pariser Konferenz einiger europäischer Staaten entstanden ist.

Die Regierungen der an dieser Konferenz beteiligten Staaten bringen ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, daß nicht alle europäischen Länder es für möglich gehalten haben, sich an der Erörterung der entstandenen Lage zu beteiligen. Auch die Initiatoren der Londoner und Pariser Abkommen haben sich an der Konferenz nicht beteiligt: die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich und Großbritannien. Ihre Antwort vom 29. November zeugt von dem Bestreben, die Ratifizierung der Pariser Abkommen um jeden Preis durchzusetzen.

Am 23. Oktober wurden auf der Konferenz in Paris Abkommen, die Westdeutschland betreffen, unterzeichnet; dem war in London eine Konferenz der neun Länder: der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens, Frankreichs, Westdeutschlands, Italiens, Belgiens, Hollands, Luxemburgs und Kanadas, vorausgegangen. Diese Abkommen sehen die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in militärische Gruppierungen vor: in den Nordatlantikblock und die „Westeuropäische Union“, die jetzt wieder zusammengezimmert wird.

Erst kürzlich wurden Versuche unternommen, den deutschen Militarismus durch die Remilitarisierung Westdeutschlands unter der Flagge der berüchtigten „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ wiederzuerrichten. Diese Versuche scheiterten, da sie auf den natürlichen Widerstand der europäischen Völker, vor allem des französischen Volkes, stießen. Heute versucht man, die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus unter einer anderen Flagge durch-

zuführen, wobei alles getan wird, um zu diesem Zweck die Ratifizierung der Pariser Abkommen zu beschleunigen.

Unter diesen Umständen halten es die Regierungen der Teilnehmerstaaten dieser Konferenz für notwendig, die Aufmerksamkeit aller europäischen Staaten darauf zu lenken, daß die Verwirklichung der Pariser Abkommen zu einer ernsten Verschlechterung der internationalen Lage in Europa führen wird. **Die Verwirklichung dieser Abkommen legt nicht nur der Lösung der Deutschlandfrage, der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als eines friedliebenden und demokratischen Staates neue, noch größere Hindernisse in den Weg, sie stellt auch einen Teil Deutschlands dem anderen Teil gegenüber, da sie Westdeutschland zu einem gefährlichen Herd eines neuen Krieges in Europa macht. Statt zur friedlichen Lösung der Deutschlandfrage beizutragen, geben diese Abkommen den Militaristen und Revanchisten in Westdeutschland freie Hand und verstärken die Bedrohung für die Sicherheit der Völker Europas.**

Die Pariser Abkommen stehen in schroffem Widerspruch zu den Möglichkeiten einer weiteren Minderung der internationalen Spannung, die sich in der letzten Zeit gezeigt haben. Dank den Bemühungen der friedliebenden Staaten wurde Mitte des vergangenen Jahres dem Krieg in Korea ein Ende gesetzt. Die in diesem Jahr durchgeführte Genfer Konferenz trug zur Beendigung des achtjährigen Krieges in Indochina und zu der bekannten Regelung der Lage in diesem Raum bei. Man kann auch nicht umhin, festzustellen, daß sich in der Organisation der Vereinten Nationen ein gewisser Fortschritt in den Verhandlungen über die Frage der allgemeinen Einschränkung der Rüstungen und des Verbots der Atomwaffe abgezeichnet hat. All das wurde erreicht trotz der Haltung der aggressiven Kreise gewisser Staaten, die eine Zuspitzung der internationalen Lage anstreben.

Indessen nahmen die herrschenden Kreise einer Reihe der an den Londoner und Pariser Abkommen beteiligten Staaten gerade jetzt, da sich die Umstände für die Regelung der aktuellen internationalen Probleme gebessert haben, den gefährlichen Kurs auf die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus ohne Rücksicht auf die Folgen dieses Schrittes.

Die Pariser Abkommen sehen die Aufstellung einer westdeutschen Armee in Stärke von einer halben Million Mann vor. Die zahlenmäßige Stärke dieser westdeutschen Streitkräfte übersteigt die Stärke der Armee, die seinerzeit für ganz Deutschland laut Versailler Friedensvertrag genehmigt war, um das Fünffache, obwohl bekannt ist, daß die damals aufgestellte, hunderttausend Mann starke

deutsche Reichswehr zur Basis für die Schaffung der viele Millionen Mann starken Hitler-Wehrmacht wurde.

Die deutschen Militaristen machen heute schon kein Hehl daraus, daß sie die weitere Entfaltung der westdeutschen Armee beabsichtigen und sie von 12 auf 30 und später auf 60 Divisionen vergrößern wollen. Die Aufstellung einer westdeutschen Armee wird in Wirklichkeit ihr Übergewicht über die Armeen der anderen Teilnehmer der „Westeuropäischen Union“ bedeuten; das aber wird unweigerlich dazu führen, daß die Streitkräfte, die sich in den Händen der westdeutschen Militaristen befinden werden, zur Vormachtstellung in Westeuropa gelangen.

Die mit der Schaffung einer westdeutschen Armee verbundene Gefahr ist schon daraus ersichtlich, daß sich an ihre Spitze Vertreter der Generalität der ehemaligen Hitler-Wehrmacht stellen, die noch vor kurzem Organisatoren und Teilnehmer der faschistischen Aggression gegen die Völker sowohl Ost- als auch Westeuropas waren.

Entgegen dem internationalen Abkommen über die Liquidierung des deutschen Kriegspotentials wird die Rüstungsindustrie in Westdeutschland offen wiederhergestellt. Die Schwerindustrie der Ruhr wird immer mehr auf Rüstungsproduktion umgestellt. Man darf nicht vergessen, daß es sich um dieselbe Ruhr handelt, die schon wiederholt das Hauptarsenal war, in dem Waffen für die aggressiven Kriege der deutschen Militaristen geschmiedet wurden.

Außerdem machen die Pariser Abkommen den Weg frei zur Durchführung von Atomforschungen, die die Erzeugung von Atom- und Wasserstoffwaffen in Westdeutschland möglich machen, wie auch zur Versorgung Westdeutschlands mit Atomwaffen aus anderen Staaten. Gemäß diesen Abkommen erhält die westdeutsche Armee die Möglichkeit, in ihrem Arsenal Atomwaffen zu haben.

Das bedeutet, daß die Atomwaffe in die Hände derjenigen gelangen wird, die noch in jüngster Vergangenheit, als sie die blutige Hitlersche „Neuordnung“ einführten, Tod und Zerstörung in Europa säten und sich das Ziel setzten, ganze Völker auszurotten. Sie waren es, die in den Todeslagern Millionen friedlicher Bürger — Polen, Russen, Juden, Ukrainer, Belorussen, Franzosen, Serben, Tschechen, Slowaken, Belgier, Norweger und andere — umbrachten.

Das heißt, daß die Atomwaffe in den Händen jener Leute liegen wird, die bereits heute ihre Revanchepläne in Europa verkünden. Die Verwirklichung dieser Abkommen wird die Gefahr eines verheerenden

Atomkrieges mit seinen verderblichen Folgen für die Völker, besonders in den dichtest besiedelten Gebieten Europas, wesentlich verschärfen.

Die Spekulation darauf, daß die Einbeziehung des remilitarisierten Westdeutschlands in die westeuropäische Militärunion es ermöglichen wird, das Anwachsen des deutschen Militarismus in bestimmten Grenzen zu halten, rufen bei den Völkern Europas berechtigtes Mißtrauen hervor. Solche Versuche wurden schon früher unternommen. Sie sind jedoch gescheitert. Es ist nicht möglich, den Frieden in Europa zu sichern, indem man dem Wiedererstehen des deutschen Militarismus freie Bahn läßt und sich selbst beruhigt durch die Erfindung irgendwelcher Garantien gegen ihn, deren Unwirksamkeit auf der Hand liegt. **Um den Frieden in Europa zu gewährleisten, ist es notwendig, daß die Wiedergeburt des deutschen Militarismus an sich unmöglich werde.**

Die Remilitarisierung Westdeutschlands bedeutet, daß die Rolle und der Einfluß der Militaristen und revanchelüsternen Kräfte dort immer mehr wachsen werden. Die unvermeidliche Folge dieser Lage wäre die weitere Einschränkung der demokratischen Freiheiten in Westdeutschland und seine Umwandlung in einen militaristischen Staat.

Es ist bezeichnend, daß sich in den Pariser Abkommen kein Platz fand für Bestimmungen über die Gewährleistung der demokratischen Rechte der Bevölkerung Westdeutschlands; dafür aber sind in ihnen Verpflichtungen der westdeutschen Behörden enthalten, „Notstandsgesetze" zu beschließen, was offensichtlich gegen die demokratischen Rechte und Freiheiten der Bevölkerung gerichtet ist.

Die Pariser Abkommen, die den deutschen Militarismus wiederbeleben und den Militaristen die faktische Macht und außerordentliche Rechte geben, machen den Weg zur Errichtung einer Militärdiktatur in Westdeutschland frei. **Diese Abkommen sind nicht nur den Interessen des deutschen Volkes fremd, sie sind direkt gegen die deutsche Arbeiterklasse, auf die Erdrosselung der demokratischen Kräfte in Westdeutschland gerichtet.** Die von den Pariser Abkommen für Westdeutschland vorgesehenen Bedingungen erinnern in vielem an die Lage, die in Deutschland kurz vor der Machtergreifung der Hitlerfaschisten bestand. Es ist bekannt, daß die Befugnis zur Verkündung des „Notstands", die der damalige deutsche Reichspräsident Hindenburg besaß, von den deutschen Militaristen zur Liquidierung der demokratischen Rechte und Freiheiten, zur Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, zur Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland benutzt wurde.

In den Pariser Abkommen wird von der „Beendigung des Besatzungsregimes“ und von Gewährung einer sogenannten „Souveränität“ an Westdeutschland gesprochen. In Wirklichkeit aber läuft die „Souveränität“ Westdeutschlands, von der in den Pariser Abkommen die Rede ist, darauf hinaus, daß den westdeutschen Militaristen und Revanchepolitikern das Recht zur Aufstellung einer Armee gewährt wird, die die Initiatoren der Pariser Abkommen als Kanonenfutter für die eigenen Zwecke zu verwenden gedenken. Zugleich zwingen die Pariser Abkommen Westdeutschland die Verlängerung der Besetzung seines Territoriums durch Truppen der USA wie auch Großbritanniens und Frankreichs bis zum Jahre 1998 auf und sehen somit die Umwandlung Westdeutschlands in das Hauptaufmarschgebiet für die aggressiven Ziele der USA in Europa vor. Unter diesen Umständen ist es nicht schwer zu erkennen, was die Erklärungen von der sogenannten Souveränität Westdeutschlands wert sind, besonders wenn man in Betracht zieht, daß nach den Pariser Abkommen alle Hauptbestimmungen des versklavenden Bonner Vertrages in Kraft bleiben. Trotz der Erklärungen, die von gewissen Staatsmännern der Westmächte abgegeben werden, kann man die Pariser Abkommen nicht anders auffassen denn als faktische Ablehnung einer Regelung der Deutschlandfrage, als langfristigen Verzicht auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlichen und demokratischen Grundlagen. **Die Pläne zur Remilitarisierung Westdeutschlands und zu seiner Einbeziehung in militärische Gruppierungen sind heute das Haupthindernis für die nationale Wiedervereinigung Deutschlands.** Das bedeutet, daß die Beseitigung dieses Hindernisses ein Viermächteabkommen über die Wiederherstellung der Einheit und Souveränität Deutschlands und über die zu diesem Zweck erfolgende Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen unter gebührender Berücksichtigung der Interessen des deutschen Volkes ermöglichen würde.

Für die Aufstellung einer westdeutschen Armee in Stärke von einer halben Million Mann und für ihre Ausrüstung werden nach Berechnungen der Bonner Politiker ungefähr 100 Milliarden Mark erforderlich sein, was mit seiner ganzen Schwere auf den Schultern der Werktätigen Westdeutschlands, vor allem auf den Schultern der Arbeiterklasse, lasten wird und ein starkes Sinken ihres Lebensstandards nach sich ziehen muß. Vorteile verheißt die Remilitarisierung Westdeutschlands nur den großen westdeutschen Monopolen und den mit ihnen eng verbundenen größten Monopolen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die schon jetzt im voraus die hohen Profite aus den Waffenlieferungen für die neuerstehende westdeutsche Armee wittern Diese Waffenhändler haben schon häufig in den Kriegen, die den

Völkern Europas nichts als unermeßliche Opfer und Entbehrungen brachten, ihr Schäfchen ins trockene gebracht. Heute wiederholt sich das, was sich vor dem zweiten Weltkrieg zutrug, als die deutschen Konzerne die Waffen für die Hitlersche Aggression mit der Unterstützung und direkten Beteiligung ausländischer, besonders amerikanischer Monopole schmiedeten. Heute macht sich in den Organen der Staatsmacht der USA der Einfluß jener kapitalistischen Monopole, die seinerzeit zur Vorbereitung und Entfesselung des zweiten Weltkrieges beitrugen, immer stärker geltend.

Die Pariser Abkommen zeigen, daß die herrschenden Kreise einiger Staaten, vor allem der Vereinigten Staaten von Amerika, auch heute auf die Wiedergeburt des deutschen Militarismus setzen und sich bei der Durchführung ihrer imperialistischen Pläne auf die Remilitarisierung Westdeutschlands zu stützen versuchen.

Durch diese Abkommen wird ein militärischer Block der aggressiven Kreise der USA, Großbritanniens und Frankreichs mit dem deutschen Militarismus geschaffen. Sie sind ein Komplott, geschmiedet hinter dem Rücken des deutschen Volkes wie auch der Völker anderer europäischer Staaten, die bekanntlich bei der Vorbereitung dieser Abkommen von niemandem gefragt wurden.

Dieser aggressive Block kann nicht den Interessen des Friedens und der Sicherheit in Europa dienen. Seine Bildung spitzt die gesamte Lage in Europa zu und verschärft um vieles die Gefahr eines neuen Weltkrieges.

Die Schaffung des neuen Militärblocks widerspricht dem französisch-sowjetischen Bündnis- und Beistandsvertrag von 1944 und dem britisch-sowjetischen Vertrag von 1942 über Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand nach dem Krieg — Verträgen, laut denen Frankreich, Großbritannien und die Sowjetunion gemeinsame Maßnahmen zu treffen haben, um eine neue Aggression seitens des deutschen Militarismus unmöglich zu machen. Das widerspricht auch den internationalen Abkommen sowohl der Teilnehmerstaaten dieser Konferenz als auch anderer Staaten — Abkommen, die die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit für alle Staaten Europas zum Ziele haben. Die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in militärische Gruppierungen ist auch mit jenen internationalen Verpflichtungen zur Verhinderung der Wiedergeburt des deutschen Militarismus unvereinbar, die die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und dann auch Frankreich durch das Potsdamer Abkommen auf sich genommen haben. Diese Verletzung der Verpflichtungen, die die Vereinigten Staaten, Frankreich und

Großbritannien laut diesen Verträgen und Abkommen auf sich genommen haben, untergräbt das Vertrauen in die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Staaten und steht in unversöhnlichem Gegensatz zu den Interessen der Sicherheit der Völker Europas.

Die Bildung dieser neuen militärischen Gruppierung wird damit begründet, daß dies angeblich notwendig sei für die Sicherheit der an diesem Block beteiligten Staaten, obwohl in Wirklichkeit niemand diese Staaten bedroht. Die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in die militärischen Gruppierungen einiger westlicher Länder sucht man damit zu rechtfertigen, daß man die Beziehungen zur Sowjetunion und zu den Ländern der Volksdemokratie „von der Position der Stärke aus" gestalten müsse. Dabei wird es so dargestellt, als ob diese Politik zur Schaffung günstiger Voraussetzungen für Verhandlungen und für die Lösung der ungeregelten internationalen Probleme beitragen würde. Die Anhänger dieser Politik, die sich schon genügend in Verruf gebracht hat, machen kein Hehl daraus, daß sie anderen Staaten Lösungen aufzwingen möchten, die für die imperialistischen Kreise gewisser Westmächte vorteilhaft sind. In Wirklichkeit äußern sich darin die Weltherrschaftsbestrebungen dieser Kreise. Man sollte aber nicht vergessen, womit derartige Versuche der Anwärter auf die Weltherrschaft endeten.

Bekanntlich gab es auch in der Vergangenheit militärische Gruppierungen gewisser europäischer Staaten, die sich gegen andere Staaten Europas richteten. Am Vorabend des zweiten Weltkrieges wurde in Gestalt Hitler-Deutschlands und des faschistischen Italiens eine aggressive militärische Gruppierung geschaffen, der sich das militaristische Japan anschloß. Die Organisatoren dieser Gruppierung, die unter dem Namen „Antikominternpakt" bekannt war, suchten die Schaffung dieser Gruppierung mit „ideologischen" Beweggründen zu motivieren. In Wirklichkeit aber war es ein Deckmantel, mit dem sie den eigentlichen aggressiven Charakter dieses Militärblocks, der sich die Weltherrschaft zum Ziele setzte, verhüllen wollten.

Bekanntlich trifft die Organisatoren dieser militärischen Gruppierung die Hauptschuld an der Entfesselung des zweiten Weltkrieges.

Ähnliches wiederholt sich auch heute, wo die Organisatoren der neuen militärischen Gruppierungen die Bildung dieser Gruppierungen mit Hinweisen auf die Verschiedenheit der Gesellschaftsordnung der Staaten zu rechtfertigen versuchen. In ihren Erklärungen steckt aber ebensowenig Wahrheit wie in den Erklärungen der Schöpfer des „Antikominternpakts", die diesen Pakt für die Vorbereitung und Entfesselung des letzten Weltkrieges benutzten.

All das zeigt, daß die militärischen Gruppierungen einiger westlicher Staaten mit Beteiligung des remilitarisierten Westdeutschlands, mit welchen Gründen man ihre Schaffung auch immer zu rechtfertigen sucht, nicht nur der Sache des Friedens und der Sicherheit in Europa nicht dienlich sein können, sondern die Lage in Europa ernstlich komplizieren und unvermeidlich eine Verstärkung des Wettrüstens mit all seinen gefährlichen Folgen für alle europäischen, und nicht nur für die europäischen, Staaten hervorrufen werden.

Wenn sich auf seiten der genannten militärischen Gruppierungen in Europa die Heere, die Luftwaffe und andere Rüstungen vergrößern werden und es bis zur Wiedererrichtung des aggressiven deutschen Militarismus kommen wird, so werden die anderen Staaten Europas unweigerlich gezwungen sein, wirksame Maßnahmen zur Selbstverteidigung, zur Verhütung eines Überfalls zu ergreifen. Daraus ergibt sich, **daß alle an der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa interessierten Staaten danach streben müssen, ein Wiedererstehen des deutschen Militarismus zu verhindern, die Möglichkeit eines forcierten Wettrüstens auszuschalten und zur Vereinigung der Bemühungen aller europäischen Staaten um die Gewährleistung der Sicherheit in Europa beizutragen.**

In der Erkenntnis, daß die Regelung der Deutschlandfrage die Hauptaufgabe zur Festigung des Friedens in Europa ist, sind die Regierungen der UdSSR, der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Republik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik, der Rumänischen Volksrepublik, der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Albanien der Ansicht, daß **für die Lösung der Deutschlandfrage vor allem erforderlich ist:**

der Verzicht auf die Pläne zur Remilitarisierung Westdeutschlands und zu dessen Einbeziehung in militärische Gruppierungen, wodurch das Haupthindernis auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage beseitigt wird;

eine Einigung über die Durchführung gesamtdeutscher, freier Wahlen im Jahre 1955 und die Bildung einer aus diesen Wahlen hervorgehenden gesamtdeutschen Regierung des einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands.

Dann wird der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland endlich möglich, was für die Festigung des Friedens in Europa notwendig ist.

Es muß anerkannt werden, daß der Abzug der Besatzungstruppen von dem Territorium Ost- und Westdeutschlands, wie dies die Sowjetunion vorgeschlagen hat, in hohem Maße zur Annäherung beider Teile Deutschlands und zur Lösung der Aufgabe der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands beitragen würde.

Die Gewährleistung der Sicherheit in Europa erfordert, daß die interessierten Staaten ein Abkommen über die Frage der Vereinigung Deutschlands erzielen, wie dies den Interessen aller friedliebenden Völker Europas und des deutschen Volkes selbst entspricht. Der von den Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich und Großbritannien eingeschlagene Kurs auf die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in militärische Gruppierungen schließt die Möglichkeit eines solchen Abkommens aus. Dieser Kurs dient nicht nur nicht der Gewährleistung der europäischen Sicherheit, sondern ist auch in den Augen aller friedliebenden Völker der Ausdruck einer Politik, die den Frieden in Europa gefährdet.

Eine wirkliche Sicherheit in Europa kann nur dann gewährleistet sein, wenn an Stelle abgeschlossener militärischer Gruppierungen der einen europäischen Staaten gegen die anderen europäischen Staaten **ein System der kollektiven Sicherheit in Europa geschaffen wird.** Dieses Sicherheitssystem, begründet auf der Teilnahme aller europäischer Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschafts- und Staatsordnung, würde es möglich machen, die Bemühungen der europäischen Staaten im Interesse der Gewährleistung des Friedens in Europa zu vereinigen. **Selbstverständlich muß hierbei die gleichberechtigte Teilnahme des deutschen Volkes an der Lösung dieser gesamteuropäischen Aufgabe gesichert werden.**

An einem solchen System der kollektiven Sicherheit könnten auch die Vereinigten Staaten von Amerika gemeinsam mit den anderen Staaten, die die Verantwortung für die Regelung der deutschen Frage tragen, welche für die Gewährleistung des Friedens in Europa von entscheidender Bedeutung ist, teilnehmen.

Das gesamteuropäische System der kollektiven Sicherheit muß vorsehen, daß seine Teilnehmerstaaten die Verpflichtung übernehmen, alle Streitfragen, die zwischen ihnen entstehen können, gemäß den Forderungen der Charta der Vereinten Nationen so zu lösen, daß der Frieden und die Sicherheit in Europa nicht gefährdet werden. Dieses System muß vorsehen, jedesmal, wenn nach Meinung irgendeines Teilnehmerstaates die Gefahr eines bewaffneten Überfalls in Europa entsteht, Konsultationen durchzuführen, um wirksame Maßnahmen zur Abwendung einer solchen Gefahr zu ergreifen. Damit dieses

System wirksam sei, muß es vorsehen, daß ein Überfall auf einen oder mehrere Staaten in Europa als Überfall auf alle Teilnehmer des entsprechenden gesamteuropäischen Vertrages betrachtet werden wird und jeder Vertragsteilnehmer dem überfallenen Staat mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, einschließlich bewaffneter Gewalt, Hilfe erweisen wird, um den Frieden und die Sicherheit in Europa wiederherzustellen und zu erhalten.

Die Schaffung eines solchen gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit würde den Erfordernissen der Festigung der internationalen Zusammenarbeit in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Achtung der Unabhängigkeit und der Souveränität der großen und der kleinen Staaten sowie der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten vollauf gerecht werden.

Die Schaffung eines solchen Systems der kollektiven Sicherheit würde auch die Lösung der Deutschlandfrage bedeutend erleichtern, da es die Umwandlung Westdeutschlands in einen militaristischen Staat ausschließt und für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands günstige Voraussetzungen schafft.

Die Organisierung der kollektiven Sicherheit in Europa und die Vereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage — das ist der Weg, der die Entwicklung Deutschlands als einer der Großmächte gewährleistet. Zum Unterschied von dem militaristischen Weg, den die Entwicklung Deutschlands in der Vergangenheit nahm und der wiederholt die allerschwersten Folgen für die deutsche Nation hatte, wird **die Wiedervereinigung Deutschlands unter den Bedingungen der Schaffung der kollektiven Sicherheit in Europa breite Möglichkeiten für den Aufstieg der deutschen Friedenswirtschaft, ihrer Industrie und Landwirtschaft, für die Entwicklung umfangreicher wirtschaftlicher Verbindungen Deutschlands mit anderen Ländern, insbesondere mit den Ländern Osteuropas und den Ländern Asiens mit ihrer Riesenbevölkerung und ihren unerschöpflichen Hilfsquellen bieten. Die Entwicklung Deutschlands unter den Verhältnissen des Friedens und bei dem Bestehen ausgebauter Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands zu anderen Staaten würde der deutschen Industrie breite Märkte erschließen, der Bevölkerung Beschäftigungsmöglichkeiten sichern und zur Hebung ihrer Lebenshaltung beitragen.**

Das Schicksal Deutschlands als Großmacht ist also engstens damit verbunden, ob es den Weg der friedlichen Entwicklung und der Zusammenarbeit mit allen anderen europäischen Staaten beschreitet oder aber den Weg der Vorbereitung eines neuen Krieges geht. Der

Weg der friedlichen Entwicklung und der internationalen Zusammenarbeit, den die Deutsche Demokratische Republik geht, führt zur Wiedergeburt Deutschlands und zu seiner Blüte. Der andere Weg, auf den die deutschen Militaristen Westdeutschland lenken wollen, führt zu einem neuen Krieg und folglich zur Verwandlung Westdeutschlands in eine Zone des Feuers und der Vernichtung.

All das zeigt, daß die wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes unlöslich mit den Interessen des Friedens und der Schaffung eines wirksamen Systems der kollektiven Sicherheit in Europa verbunden sind.

Die Teilnehmerstaaten dieser Konferenz bekennen sich rückhaltlos zu den Prinzipien, die in dem durch die Regierung der UdSSR unterbreiteten Entwurf des „Gesamteuropäschen Vertrages über kollektive Sicherheit in Europa“ formuliert sind, und appellieren an alle europäischen Staaten, gemeinsam die erwähnten Vorschläge zu prüfen, die den Erfordernissen der Gewährleistung eines dauerhaften Friedens in Europa entsprechen. Sie erklären sich auch bereit, beliebige andere Vorschläge zu dieser Frage zwecks Ausarbeitung eines solchen Vertragsentwurfs über die europäische kollektive Sicherheit, der für alle interessierten Staaten annehmbar wäre, zu erörtern.

Die Teilnehmerstaaten dieser Konferenz sind zutiefst davon überzeugt, daß eine auf den oben erwähnten Prinzipien begründete und durch die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten gefestigte Sicherheit in Europa es möglich machen würde, einem Zustand ein Ende zu setzen, in dem Europa periodisch durch verheerende Kriege, die von den europäischen Völkern unermeßliche Opfer fordern, heimgesucht wird.

Demnächst ist in den Parlamenten gewisser westlicher Staaten die Erörterung der Frage der Ratifizierung der Pariser Abkommen zu erwarten. Die offiziellen Kreise gewisser Staaten verstärken immer mehr ihren Druck auf die Parlamente und die Öffentlichkeit, um die Ratifizierung dieser Abkommen durchzusetzen.

In diesem Zusammenhang halten es die Regierungen der UdSSR, der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Republik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik, der Rumänischen Volksrepublik, der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Albanien für ihre Pflicht, die Aufmerksamkeit aller europäischen Staaten und besonders der Signatarstaaten der Pariser Abkommen darauf zu lenken, daß die Ratifizierung dieser Abkommen ein Akt sein wird, der sich gegen die Erhaltung des Friedens richtet

und auf die Vorbereitung eines neuen Krieges in Europa abzielt. Die Ratifizierung wird die Lage in Europa beträchtlich komplizieren und die Möglichkeit einer Regelung der ungelösten europäischen Probleme und in erster Linie der Deutschlandfrage untergraben.

Die Ratifizierung und Durchführung dieser Abkommen, die die Kriegsgefahr erhöhen, werden die nationale Sicherheit der friedliebenden Staaten Europas und besonders die Nachbarstaaten Deutschlands bedrohen.

Diese Gefahr entsteht daraus, daß die Signatarstaaten der Pariser Abkommen ihre militärischen und wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die friedliebenden Staaten Europas immer mehr entfalten. Jetzt sind sie schon so weit gekommen, daß sie einen Militärblock mit dem deutschen Militarismus gebildet haben, daß sie die Durchführung der Remilitarisierung Westdeutschlands mit eigenen Händen in Angriff nehmen und das weitere friedliche Bestehen der an ihren militärischen Gruppierungen nicht beteiligten Staaten bedrohen. Die Streitkräfte der Signatarstaaten der Pariser Abkommen werden nun die westdeutsche Armee, mit Hitler-Generalen an der Spitze, umfassen. Unter diesen Umständen wird sich die weitere Durchführung der „Politik der Stärke“ unmittelbar auf den wiedererstehenden deutschen Militarismus stützen, wodurch die Gefahr eines neuen Krieges in Europa um vieles näher rückt.

Die entstandene Lage setzt die Aufgabe auf die Tagesordnung, die Bemühungen der auf dieser Konferenz vertretenen Staaten zu vereinen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten **Die friedliebenden Staaten sind gezwungen, unaufschiebbare Maßnahmen zu treffen, um den aggressiven Kräften des erwähnten Militärblocks der Westmächte die vereinte Kraft der friedliebenden Staaten zur Gewährleistung ihrer Sicherheit entgegenzusetzen.**

Die Teilnehmerstaaten dieser Konferenz geben ihren Entschluß bekannt, im Falle der Ratifizierung der Pariser Abkommen gemeinsame Maßnahmen bei der Organisation der Streitkräfte und ihres Kommandos wie auch andere Maßnahmen durchzuführen, die für die Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit erforderlich sind, um die friedliche Arbeit ihrer Völker zu schützen, die Unantastbarkeit ihrer Grenzen und Hoheitsgebiete zu garantieren und die Verteidigung gegen eine eventuelle Aggression zu gewährleisten.

Alle diese Maßnahmen stimmen mit dem unabdingbaren Recht der Staaten auf Selbstschutz, mit der Charta der Organisation der Vereinten Nationen und mit den früher abgeschlossenen Verträgen und Abkommen überein, die gegen das Wiedererstehen des deutschen Mili-

tarismus gerichtet sind und der Verhütung einer neuen Aggression in Europa dienen.

Die Teilnehmerstaaten dieser Konferenz sind übereingekommen, falls die Pariser Abkommen ratifiziert werden, erneut auf die Prüfung der Lage zurückzukommen, um die erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Sicherheit und zur Erhaltung des Friedens in Europa zu ergreifen.

Die Teilnehmerstaaten dieser Konferenz sind fest entschlossen, auch weiterhin auf der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa zu bestehen, da sie überzeugt sind, daß nur die gemeinsamen Bemühungen der europäischen Staaten die Grundlage für einen dauerhaften, lang währenden Frieden in Europa schaffen können. Zu diesem Zweck werden sie auch künftig zur Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten bereit sein, die den Wunsch äußern werden, diesen Weg zu gehen.

Die Regierungen der Teilnehmerstaaten der Moskauer Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa sind zutiefst davon überzeugt, daß ihre Politik zur Festigung des Friedens und zur allgemeinen Sicherheit sowie die auf dieser Konferenz vorgesehenen Maßnahmen den Interessen unserer Völker wie auch den Interessen aller anderen friedliebenden Völker entsprechen.

Die Völker der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens, Albaniens und der Deutschen Demokratischen Republik sind mit friedlicher Aufbauarbeit beschäftigt. Ihre Bemühungen gelten dem weiteren Aufstieg der Wirtschaft und der Kultur, der ständigen Hebung der Lebenshaltung der Werktätigen und zugleich der Sicherung eines zuverlässigen Schutzes ihrer großen sozialistischen Errungenschaften. **Es gibt in der Welt keine Macht, die imstande wäre, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und den Aufbau des Sozialismus in unseren Ländern zu stören.**

Die Völker unserer Staaten erkennen, daß die Pariser Abkommen die Gefahr eines neuen Krieges bedeutend verstärken. Sie werden sich aber nicht durch die Ereignisse überrumpeln lassen.

Unsere Völker sind sich ihrer Kraft, ihrer unerschöpflichen Möglichkeiten bewußt. **Noch nie waren die Kräfte des Friedens und des Sozialismus so mächtig und geeint wie heute.** Jeder Versuch eines Überfalls, jeder Versuch, einen Krieg zu entfesseln und das friedliche Leben unserer Völker zu stören, wird einer vernichtenden Abwehr begegnen. Dann werden unsere Völker, gestützt auf die Sympathie

und den Beistand der anderen Völker, alles zu tun, um die Kräfte der Aggression zu vernichten, auf daß unsere gerechte Sache triumphiere.

Unsere Völker wollen in Frieden leben und freundschaftliche Beziehungen mit allen anderen Völkern unterhalten. Deshalb werden sie auch weiter in jeder Weise die Sache des Friedens und der allgemeinen Sicherheit verteidigen und alles Nötige tun, um ihre weitere friedliche Entwicklung und die gebührende Sicherheit ihrer Staaten zu gewährleisten.

15. Januar 1955:

Erklärung der Sowjetregierung zur Deutschlandfrage

In der letzten Zeit tun die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens, Frankreichs und der Deutschen Bundesrepublik (Westdeutschland) alles, um die Ratifizierung der Pariser Abkommen zu erreichen. Dabei wollen sie die negativen Folgen, die das Ergebnis dieser Ratifizierung für alle Völker Europas und für die Sache des Weltfriedens sein werden, nicht berücksichtigen.

Die Regierung der Sowjetunion erachtet es für notwendig, erneut die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Pariser Abkommen, welche die Remilitarisierung Westdeutschlands vorsehen, zu einer ernsten Komplizierung der gesamten Lage in Europa führen. Das ist die Meinung nicht nur der Regierung der UdSSR, sondern auch der Regierungen Polens, der Tschechoslowakei, der Deutschen Demokratischen Republik, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und Albaniens sowie der Volksrepublik China und einiger anderer Staaten. Es ist allgemein bekannt, daß auch in den Staaten, deren Regierungen die Pariser Abkommen unterstützen, die Mehrheit der Völker in der Regel gegen die Pariser Abkommen ist.

Im Falle der Ratifizierung dieser Abkommen wird die Remilitarisierung Westdeutschlands durchgeführt, und die Deutsche Bundesrepublik wird in solche militärische Gruppierungen wie die Westeuropäische Militärunion und den Nordatlantikblock einbezogen.

Nicht nur die Sowjetunion, sondern eine ganze Reihe anderer europäischer und außereuropäischer Staaten betrachten die Westeuropäische Union und den Nordatlantikblock als aggressive militärische Gruppierungen und bewerten den Eintritt der Deutschen Bundesrepublik in diese gegen die Sowjetunion und die anderen friedliebenden Staaten gerichteten militärischen Gruppierungen als eine Handlung, die zur Verstärkung der Gefahr eines neuen Krieges in Europa führt.

Die Pariser Abkommen können auch Deutschland, dem deutschen Volk nichts Gutes bringen. Im Gegenteil, diese auf die Wiedererrich-

tung des Militarismus in Westdeutschland gerichteten Abkommen werden die Deutsche Bundesrepublik endgültig in die abenteuerlichen Pläne der Vorbereitung eines neuen Krieges einbeziehen, die den Interessen der Völker, darunter auch den Interessen des deutschen Volkes, immer fremd waren und fremd sein werden.

Die Pariser Abkommen stehen im Widerspruch zu den Interessen des deutschen Volkes besonders deshalb, weil sie die Spaltung Deutschlands auf lange Jahre festlegen und zu einem Hindernis auf dem Wege der friedlichen Wiederherstellung der Einheit Deutschlands werden. Es ist ganz offensichtlich, daß eine Vereinigung der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik mit der militarisierten und in militärische Gruppierungen einbezogenen Deutschen Bundesrepublik unmöglich ist. Die Ratifizierung des Pariser Abkommens ist mit der Wiederherstellung Deutschlands als einheitlichen, friedliebenden Staat nicht zu vereinbaren.

In der letzten Zeit wird sowohl in der Deutschen Bundesrepublik als auch in Großbritannien, Frankreich und einigen anderen Ländern die Behauptung verbreitet, daß die Ratifizierung der Pariser Abkommen der Durchführung von Verhandlungen über die Deutschlandfrage und andere ungelöste internationale Probleme angeblich nicht hinderlich, sondern sogar dienlich wäre.

Die Sowjetregierung hat bereits darauf hingewiesen, daß derartige Behauptungen jeder Grundlage entbehren und lediglich dazu geeignet sind, die öffentliche Meinung irrezuführen. Das geschieht, um die Ratifizierung der Pariser Abkommen in den Parlamenten einiger Staaten um jeden Preis durchzubringen. Dies wird von jenen Kreisen der Westmächte betrieben, die sich die Wiedergeburt des deutschen Militarismus als Hauptaufgabe stellen und dafür die nationale Wiedervereinigung Deutschlands opfern.

Im Zusammenhang mit dieser Haltung der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs, die in grobem Widerspruch zu den internationalen Verpflichtungen dieser Länder hinsichtlich der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebenden und demokratischen Staat steht, **hängt die Wiedervereinigung Deutschlands jetzt in erster Linie von den Deutschen selbst, von der Haltung des deutschen Volkes ab.**

Bekanntlich ist die endgültige Erörterung der Pariser Abkommen im westdeutschen Bundestag für Februar vorgesehen. Von seiner Entscheidung hängt die Zukunft Deutschlands in hohem Maße ab, worüber sich die größten Parteien und Gewerkschaftsverbände Westdeutschlands, die dem Volke und der deutschen Arbeiterklasse näher-

stehen und die sich gegen die Ratifizierung der Pariser Abkommen wenden, völlig klar sind.

Im Falle der Ratifizierung der Pariser Abkommen übernimmt der Bundestag die schwere Verantwortung für das Fortbestehen der Spaltung Deutschlands sowie für jene nicht gleichberechtigte Lage, in der sich die Bevölkerung der Deutschen Bundesrepublik auf lange Jahre befinden wird.

Gegenwärtig gibt es noch ungenützte Möglichkeiten zur Erreichung eines Abkommens in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands unter gebührender Berücksichtigung der rechtmäßigen Interessen des deutschen Volkes und über die Durchführung von gesamtdeutschen freien Wahlen zu diesem Zweck im Jahre 1955. Solche Möglichkeiten sind vorhanden, wenn das Haupthindernis, das jetzt auf dem Wege der Wiedervereinigung Deutschlands steht — die Pläne der Remilitarisierung Westdeutschlands und seiner Einbeziehung in militärische Gruppierungen —, beseitigt sind.

Das deutsche Volk muß durch die Abhaltung allgemeiner freier Wahlen in ganz Deutschland, einschließlich Berlin, die Möglichkeit haben, seinen freien Willen zu äußern, damit ein einheitliches Deutschland als Großmacht wiederersteht und einen würdigen Platz unter den anderen Mächten einnimmt.

Bei diesen Wahlen müssen die demokratischen Rechte der deutschen Bürger gewährleistet sein. Das unter Berücksichtigung der Wahlgesetze der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik ausgearbeitete Wahlgesetz für diese Wahlen muß allen Wählern die Freiheit der Willensäußerung und jeder demokratischen Partei und Organisation die Freiheit der Wahlagitation in ganz Deutschland wie auch die Freiheit der Aufstellung von Kandidaten und Wahllisten garantieren.

Um ein Übereinkommen über die Durchführung dieser Wahlen zu erleichtern, hält es die Sowjetregierung für möglich, falls sich die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik damit einverstanden erklären, sich über die Einrichtung einer entsprechenden internationalen Aufsicht über die Durchführung der gesamtdeutschen Wahlen zu einigen.

Hierbei darf kein Teil Deutschlands durch irgendwelche Bedingungen von Separatabkommen über seine Teilnahme an militärischen Gruppierungen gebunden sein.

Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß die Frage der künftigen Staatsordnung eines vereinigten Deutschlands vom deutschen Volke

selbst entschieden werden muß und daß es Aufgabe der anderen Staaten ist, dazu beizutragen, daß Deutschland entschieden den Weg der friedlichen und demokratischen Entwicklung beschreitet.

Die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands würden auch die notwendigen Voraussetzungen für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland schaffen, der die Unabhängigkeit, Souveränität und Gleichberechtigung eines einheitlichen Deutschlands endgültig verankern würde. Der Friedensvertrag würde einem einheitlichen Deutschland auch das Recht geben, über eigene nationale Streitkräfte zu verfügen, die für die Gewährleistung der Sicherheit Deutschlands und seiner Grenzen notwendig sind.

Das deutsche Volk muß entscheiden, welchen Weg es verfolgen will.

Der eine Weg führt zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und zur Aufnahme normaler Beziehungen zu allen Staaten Europas. Dieser Weg schließt die Beteiligung des einen oder des anderen Teiles Deutschlands an militärischen Gruppierungen, die gegen andere Staaten gerichtet sind, aus und kann am besten durch die Teilnahme Deutschlands an einem System der kollektiven Sicherheit in Europa gewährleistet werden.

Der andere Weg, auf den die Pariser Abkommen Deutschland zerren, ist der Weg der Besiegelung der Spaltung Deutschlands und der Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland, der zu seiner Einbeziehung in die Pläne der Vorbereitung eines neuen Krieges führt. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes diesen militaristischen Weg, den Weg neuer, hoffnungsloser Kriegsabenteuer ablehnt, der schon mehr als einmal von Deutschland gegangen wurde und der nichts als neues, noch schwereres Unheil für das deutsche Volk verheißt.

Im Unterschied zu dem militaristischen Weg, den in der Vergangenheit die Entwicklung Deutschlands genommen hat, wird die Wiedervereinigung Deutschlands und seine Teilnahme an einem System der kollektiven Sicherheit in Europa die günstigsten Möglichkeiten eröffnen **für den Aufschwung der deutschen Friedenswirtschaft und ihrer entwickelten Industrie sowie für die Entfaltung umfassender Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands zu anderen Ländern, besonders zu den Ländern Osteuropas und zu den Ländern Asiens mit ihrer gewaltigen Bevölkerungszahl und ihren unerschöpflichen Hilfsquellen. Eine solche Entwicklung Deutschlands unter den Bedingungen des Friedens und umfassender Wirtschaftsverbindungen mit den anderen**

Staaten würde für seine Industrie die so notwendigen umfangreichen Märkte schaffen, die Beschäftigung seiner Bevölkerung sichern und zur Hebung der Lebenshaltung des deutschen Volkes beitragen.

Ein solcher Weg der Entwicklung Deutschlands entspricht sowohl den nationalen Interesen des deutschen Volkes als auch den Interessen der Festigung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt.

Dies alles gestattet der Sowjetregierung, folgende Schlußfolgerungen zu ziehen:

Erstens: Das Wichtigste und Dringlichste für die Regelung des Deutschlandproblems ist die Lösung der Aufgabe der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Zur Lösung dieser Aufgabe sind Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion über die Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf der Grundlage der Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen erforderlich. Solche Verhandlungen verlieren ihren Sinn und werden unmöglich, wenn die Pariser Abkommen ratifiziert sind.

Zweitens: Die Sowjetunion unterhält gute Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik. Die Sowjetregierung ist bereit, auch die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Deutschen Bundesrepublik zu normalisieren.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen könnte eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik gleichzeitig zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und zum Suchen erfolgreicherer Wege zur Lösung der Aufgabe der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands beitragen.

Drittens: Wenn die Pariser Abkommen ratifiziert sein werden, wird eine neue Lage entstehen, bei der die Sowjetunion nicht nur für die weitere Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik Sorge tragen wird, sondern auch dafür, daß durch gemeinsame Bemühungen der friedliebenden europäischen Staaten zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa beigetragen wird.

20. Januar 1955:

Stellungnahme des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik zur Erklärung der Regierung der UdSSR zur Deutschlandfrage vom 15. Januar 1955

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik erörterte in seiner Sitzung vom 20. Januar die Erklärung der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Deutschlandfrage vom 15. Januar 1955.

Der Ministerrat begrüßt die Erklärung der Sowjetregierung, die in allen Punkten der Auffassung und den Wünschen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und den Interessen des ganzen deutschen Volkes entspricht.

Der Ministerrat betont mit aller Eindringlichkeit, daß gesamtdeutsche freie Wahlen für die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages von entscheidender Bedeutung sind. **Der Ministerrat ist jederzeit bereit, die von ihm wiederholt angebotenen Verhandlungen über die Ausarbeitung eines gesamtdeutschen Wahlgesetzes aufzunehmen,** und betont die Notwendigkeit, in diese Verhandlungen sofort einzutreten, bevor sie durch eine Ratifizierung der Pariser Verträge gegenstandslos werden. Um auch die letzte Schwierigkeit für eine Verständigung zur Vorbereitung und Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen hinwegzuräumen, erklärt der Ministerrat ausdrücklich sein Einverständnis mit dem Vorschlag der Sowjetregierung über eine internationale Aufsicht bei der Durchführung gesamtdeutscher Wahlen. **Die Behauptung, daß eine Verständigung über die endgültige Gestaltung eines wiedervereinigten Deutschlands unmöglich sei, ist unrichtig, da die Staatsordnung des wiedervereinigten Deutschlands von dem deutschen Volk in voller Freiheit selbst bestimmt werden muß.**

Diese Haltung des Ministerrats ist von dem Willen bestimmt, jede Möglichkeit zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands vor der Ratifizierung der Pariser Verträge auszuschöpfen.

Das ist der friedliche und demokratische Weg für die Wiedervereinigung Deutschlands. Der Ministerrat weist aber mit allem Nachdruck darauf hin, daß die Ratifizierung der Pariser Verträge den Weg zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands versperrt.

Die Behauptung der westdeutschen Regierung, auch nach Ratifizierung der Pariser Verträge seien Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands möglich, ist eine grobe Irreführung, die zu einer verhängnisvollen Fehlentscheidung für Deutschland führt.

Sollte die westdeutsche Regierung die Politik der Pariser Verträge fortsetzen und auch dieses Angebot des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik auf baldige Verständigung über gesamtdeutsche freie Wahlen zurückweisen, so wird die Deutsche Demokratische Republik gezwungen sein, im Geiste der Beschlüsse der Moskauer Konferenz besondere Maßnahmen auf der Grundlage ihres freundschaftlichen Verhältnisses zur Sowjetunion zu erwägen und vorzubereiten.

Die volle Verantwortung für die Verhinderung einer Verständigung über freie gesamtdeutsche Wahlen und über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands fällt auf jene, welche die Pariser Verträge ratifizieren.

Jeder Mensch in Deutschland muß jetzt klar sehen und wissen: Die Deutsche Demokratische Republik tut alles und wird auch in Zukunft alles tun, um die nationalen Interessen des deutschen Volkes zu verteidigen und durchzusetzen.

8. Februar 1955:

Die internationale Lage und die Außenpolitik der Regierung der UdSSR

Auszüge aus dem Bericht des ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates und Außenministers der Sowjetunion

W. M. MOLOTOW

auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR am 8. Februar 1955

I. Die Veränderungen in der internationalen Lage

Das wichtigste Ergebnis des zweiten Weltkrieges

Das wichtigste Ergebnis des zweiten Weltkrieges war, daß neben dem kapitalistischen Weltlager ein Weltlager des Sozialismus und der Demokratie mit der UdSSR, oder besser gesagt, mit der Sowjetunion und der Volksrepublik China an der Spitze entstand.

Neben dem kapitalistischen Lager entstand das Lager des Sozialismus und der Demokratie, das die folgenden zwölf Staaten vereinigt: die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Volksrepublik China, die Volksrepublik Polen, die Tschechoslowakische Republik, die Deutsche Demokratische Republik, die Ungarische Volksrepublik, die Rumänische Volksrepublik, die Volksrepublik Bulgarien, die Volksrepublik Albanien, die Koreanische Volksdemokratische Republik, die Mongolische Volksrepublik und die Demokratische Republik Vietnam.

Wir wissen, daß die von mir aufgezählten Staaten auf verschiedenen Stufen ihrer Entwicklung, auf verschiedenen Stufen ihrer sozialen Umgestaltung stehen. Neben der Sowjetunion, wo die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft schon errichtet sind, gibt es auch solche volksdemokratischen Länder, die erst die ersten, aber überaus wichtigen Schritte in Richtung zum Sozialismus getan haben.

Entscheidend für alle Länder des demokratischen Lagers ist jedoch die Tatsache, daß sie sich endgültig vom imperialistischen System befreit haben, bei dem sich die Macht in den Händen der Großgrundbesitzer und Kapitalisten befindet. Sie haben für sich einen neuen Weg gewählt und begonnen, ihre tiefgreifende demokratische und sozialistische Umgestaltung erfolgreich zu verwirklichen, in dem Bestreben, den Frieden und die Sicherheit für diesen gesamten neuen großen Aufbau zu gewährleisten.

Das wurde dadurch möglich, daß hier die Arbeiter und Bauern zusammen mit allen Werktätigen und allen demokratischen Kräften ein festes politisches Bündnis unter der allgemeinen Führung der Arbeiterklasse geschaffen haben. Eben dieses revolutionäre Bündnis der Arbeiter und Bauern, das alle Werktätigen vereinigt, hat die Liquidierung der Großgrundbesitzerwirtschaft und die Übergabe des Landes an die Bauern ermöglicht und auch den Übergang der Fabriken, Werke, Eisenbahnen und Banken in die Hände der neuen, wahrhaft demokratischen Staatsmacht gesichert.

Die Fesseln des Kapitalismus sind nicht nur an einer Stelle, sondern an einer großen Front gesprengt. Nachdem der Kapitalismus in unserem Lande, das seine siegreiche Sozialistische Revolution im Jahre 1917 vollzog, eine Niederlage erlitten hatte, erlitt er im Ergebnis des zweiten Weltkrieges Niederlagen auch in einer ganzen Reihe anderer Staaten.

Die Erfolge der Länder des neuen, des volksdemokratischen Typus, die durch die Anstrengungen der Völker, die sich vom Joch des Kapitals befreit haben, gewährleistet wurden, beruhen sowohl auf dem Sieg der Sowjetarmee über die faschistischen Aggressoren, als auch auf dem ständigen Beistand der Sowjetunion bei den von ihnen durchgeführten politischen, ökonomischen und sozialen Umgestaltungen auf dem Wege zum Sozialismus. Aber immer mehr stützen sich heute die Länder des sozialistischen Lagers bei aller Bedeutung und der besonderen Rolle der UdSSR, deren Macht der hohe Stand der Schwerindustrie und zugleich damit der unablässige Aufschwung der ganzen Industrie und der sozialistischen Landwirtschaft zugrunde liegt, auf den gegenseitigen Beistand.

Kräfteverhältnis änderte sich zugunsten des Sozialismus

Es ist ganz natürlich, daß sich im Zusammenhang mit den eingetretenen Wandlungen in der Weltlage das Kräfteverhältnis zwischen den Gesellschaftsordnungen besonders im letzten Jahrzehnt eindeutig zugunsten des Sozialismus geändert hat.

Sieht etwa das heutige Europa dem Vorkriegseuropa ähnlich?

Kann man denn an den gewaltigen Veränderungen vorbeigehen, die hier im Ergebnis des letzten Weltkrieges eingetreten sind? Und ist es etwa jenen, die in der Lage sind, objektiv und unvoreingenommen zu überlegen, nicht klar, daß zusammen mit der Sowjetunion auch eine Reihe anderer Staaten entschieden den kapitalistischen Weg verlassen und den Weg des sozialistischen Aufstiegs und der Wiederaufrichtung beschritten haben, und daß keines dieser Länder wieder zum Kapitalismus zurückkehren will?

Und wenn man die konkreten Tatsachen untersucht, so erweist es sich, daß sich von der gesamten etwa 600 Millionen zählenden Bevölkerung Europas rund die Hälfte, etwas weniger als 300 Millionen, bereits fest dem Lager des Sozialismus und der Demokratie angeschlossen hat.

Folglich haben wir heute schon längst nicht mehr das Vorkriegseuropa vor uns.

In dem heutigen neuen Europa nehmen die Länder des sozialistischen Lagers bereits nicht minder starke Positionen ein als die Länder des kapitalistischen Lagers. Noch wichtiger ist, daß die Länder unseres sozialistischen Lagers — wenn auch mit nicht geringen Schwierigkeiten und nicht ohne ernste Mängel — in ihrem Aufbau doch zuversichtlich vorwärtsschreiten und die neue, die demokratische Ordnung unablässig festigen, daß sie das kulturelle Niveau und den Wohlstand ihrer Völker auf eine neue höhere Stufe heben.

Eine neue Situation ist auch in Asien entstanden. Die Bevölkerung Asiens erreicht ungefähr 1 400 000 000 Einwohner, das sind mehr als die Hälfte der Bevölkerung der ganzen Erde. **Heute lebt auch in Asien etwas weniger als die Hälfte der Bevölkerung in den Ländern der Volksdemokratie, welche das Lager des Kapitalismus verlassen und sich den Aufbau des Sozialismus zum Ziel gesetzt haben.**

II. Zwei Linien in der internationalen Politik

Sowohl die Sowjetunion als auch die anderen Länder des sozialistischen Lagers verteidigen unbeirrbar und sicher jede von den Völkern erkämpfte Position und sind bestrebt, diese Positionen immer mehr zu festigen und ruhige, friedliche Bedingungen für ihren sozialistischen Aufbau zu sichern. Das Lager der Demokratie und des Sozialismus — das ist das Lager des Friedens. Darum nennt man es auch gewöhnlich das Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

Die Sowjetunion, die die Interessen des Friedens und des Sozialismus verteidigt, setzt sich in ihrer Außenpolitik für eine Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen ein.

Alle Länder des demokratischen Lagers treten gemeinsam mit der Sowjetunion für diesen außenpolitischen Kurs zur Minderung der internationalen Spannung ein.

Dem friedlichen außenpolitischen Kurs der Sowjetunion steht der außenpolitische Kurs der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber, der in der „Politik der Stärke" seinen Ausdruck findet. Der aggressive Charakter des amerikanischen außenpolitischen Kurses ist ganz offensichtlich.

Kann es etwa wunder nehmen, daß die Volksmassen sich aktiv dafür interessieren, was im internationalen Leben vor sich geht?

Nichts bringt soviel Leid wie der Krieg

Millionen und aber Millionen Menschen verfolgen aufmerksam, in welcher Richtung sich die Ereignisse entwickeln: ob sie sich in der Richtung der Festigung des Friedens oder umgekehrt in der Richtung der Gefahr eines neuen Krieges entwickeln. Nichts berührt so sehr die Geschicke eines Volkes, nichts bringt soviel Kummer und Leid wie der Krieg. Wem ist es denn nicht klar, daß die Folgen eines neuen Krieges, falls die Menschheit wieder in seinen Abgrund gestürzt würde, unermeßlich schwerer wären als selbst die Folgen des zweiten Weltkrieges, der viele Millionen Menschen dahingerafft hat, nicht zu reden von den unermeßlichen materiellen Opfern, die die Völker zu bringen hatten.

Im Geschehen des internationalen Lebens kommt der Sowjetunion ein besonderer Platz zu.

Der Sowjetunion, dem Land des siegreichen Sozialismus, gehört der Ehrenplatz im aktiven Kampf für den Frieden und gegen die Kriegsbrandstifter. Heute ist die Sowjetunion zur Hauptstütze der Festigung des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern geworden.

Mit der Stärkung der Kräfte der Sowjetunion wie auch der Volksrepublik China und aller volksdemokratischer Länder und mit dem zunehmenden Aufschwung der Friedensbewegung in allen anderen Ländern wächst bei den Völkern das Bewußtsein, daß die Sache des Friedens in ihren eigenen Händen liegt, daß die Völker imstande sind, einen neuen Krieg nicht zuzulassen und den Frieden zu erhalten, wenn sie keine Anstrengungen scheuen und nötigenfalls mit aller Entschiedenheit bis zum äußersten die Sache des Friedens verteidigen werden.

Sowjetunion stärkt die Kräfte des Friedens

Die Sowjetunion sieht ihre Hauptaufgabe darin, die Kräfte des Friedens zu stärken und zur Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen beizutragen.

Dieser Kurs der sowjetischen Außenpolitik entspricht im größten Maße den Interessen der Erhaltung und Festigung des Friedens. Zugleich dient er der Entlarvung der aggressiven Pläne und Ränke der Kriegsbrandstifter — jener imperialistischen Kräfte, die auf die „Stärke" setzen, was in Wirklichkeit immer mehr zu einer Politik der Vorbereitung eines dritten Weltkrieges wird.

In unseren Tagen entfaltet sich der Kampf zwischen den zwei entgegengesetzten Richtungen der Außenpolitik.

Findet der friedliche Kurs der Außenpolitik der UdSSR immer mächtigere Unterstützung im demokratischen Lager und bei den demokratischen Bevölkerungsschichten in allen Ländern, so stützt sich der aggressive Kurs der Außenpolitik der USA auf die Schaffung immer neuer aggressiver Militärblocks und Gruppierungen und findet seinen letzten Ausdruck in der offenen Propagierung und Vorbereitung eines Atomkrieges.

Gleichzeitig gibt es Länder, die wirtschaftlich hauptsächlich mit dem kapitalistischen System verbunden sind, aber in den Fragen der internationalen Beziehungen für die Erhaltung des Friedens und die Minderung der internationalen Spannung eintreten.

Die Bedeutung der Stärkung dieser Bestrebungen soll man auf keinen Fall unterschätzen.

Was bedeutet die Politik der Minderung der Spannung?

Was bedeutet die Politik der Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen?

Das kann man am besten nach den Tatsachen beurteilen. Als Beispiel kann man sowohl die Ereignisse aus dem vergangenen Jahr, als auch die letzten Ereignisse nehmen.

Auf Drängen der Sowjetunion fand Ende Januar und in der ersten Hälfte des Februar 1954 die Berliner Konferenz unter Beteiligung der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der UdSSR statt.

Auf dieser Konferenz bemühten wir uns um solche Lösungen, die zu einer bedeutenden Entspannung der internationalen Beziehungen

beitragen würden. Wir verlangten, daß alle vier Staaten die auf die Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland abzielenden Pläne entschieden verurteilen, und bemühten uns auch darum, daß die Berliner Konferenz die Frage der Einberufung einer Weltkonferenz über allgemeine Einschränkung der Rüstungen vorwärtsbringe. Die Vertreter der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs kamen uns dabei nicht entgegen.

Nichtsdestoweniger hat die Berliner Konferenz eine wichtige positive Rolle gespielt.

Die Bedeutung der Berliner Konferenz liegt vor allem darin, daß nach fünfjähriger Unterbrechung mit neuen internationalen Konferenzen der Großmächte begonnen wurde, was von großer Bedeutung für die Regelung der aktuellen internationalen Probleme ist.

Was aber den in Berlin gefaßten Beschluß über die Einberufung einer anderen Konferenz anbelangt, die dann auch in Genf stattgefunden hat, so ist bekannt, daß dieser Beschluß positive Resultate ergeben hat.

An der Genfer Konferenz beteiligten sich bekanntlich außer Frankreich, Großbritannien, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion, auch die Volksrepublik China sowie Vertreter der an der Regelung der koreanischen und der indochinesischen Frage interessierten Länder. War der Beschluß über die Einberufung der Genfer Konferenz, an der trotz des Widerstandes der Vereinigten Staaten von Amerika alle fünf Großmächte einschließlich der Volksrepublik China teilgenommen haben, ein Erfolg der Berliner Konferenz, so haben die positiven Ergebnisse der Konferenz in Genf bestätigt, wie notwendig die Beteiligung Chinas an dieser Konferenz war.

Die Genfer Konferenz hat ihre Aufgabe nicht ganz erfüllt, da sie die Lösung der koreanischen Frage nicht vorwärtsbrachte. Jedoch wurde auf dieser Konferenz das Abkommen über die Einstellung des Krieges in Vietnam, der bis dahin acht Jahre gedauert hatte, wie auch über die Einstellung der Kriegshandlungen in Laos und Kambodscha erzielt. Diese Abkommen waren vor allem dank dem aufopferungsvollen Kampf des vietnamesischen Volkes um seine Freiheit und nationale Unabhängigkeit ermöglicht worden. Dieser Kampf genoß wiederum die aktive Sympathie und Unterstützung anderer Völker. All das fand in gewissem Maße seine Anerkennung.

Von den Vereinigten Staaten wurden offene Versuche unternommen, das Zustandekommen einer Vereinbarung über die Wiederherstellung des Friedens in Indochina zu verhindern. Nicht nur der

Staatssekretär Dulles, sondern auch der Vizepräsident der USA, Nixon, strebten als hartnäckige Anhänger der „Politik der Stärke" offen nicht die Beendigung des Krieges und nicht die Erfüllung der berechtigten Forderungen des vietnamesischen Volkes an, sondern die Weiterführung des Krieges und die Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung in Indochina durch Waffengewalt. Sie trugen sich mit den Plänen einer „Internationalisierung" des Krieges gegen das vietnamesische Volk, wobei sie außer Frankreich auch die Vereinigten Staaten und Großbritannien in diesen Krieg hineinziehen wollten. Sie suchten um jeden Preis das Übereinkommen in Genf zu verhindern.

Es kam so weit, daß der Staatssekretär der USA, Dulles, nicht einmal gewillt war, an der Beratung über die Indochinafrage teilzunehmen, und demonstrativ Genf verließ. Jedoch haben die Vereinigten Staaten durch die Demonstration ihrer Aggressivität nichts erreicht und sich in eine isolierte Lage gebracht.

Die Ergebnisse der Genfer Konferenz wurden als eine Niederlage der aggressiven Kräfte und zugleich als ein wesentlicher Sieg der friedliebenden Kräfte gewertet. Dadurch trug die Genfer Konferenz zur Minderung der internationalen Spannung und zur Festigung des Friedens bei.

Die aggressiven Kreise der USA wollten sich jedoch nicht beruhigen.

Kaum war die Genfer Konferenz beendet, da berief der USA-Staatssekretär Dulles seine eigene Konferenz in Manila (Philippinen) ein. Diese Konferenz wurde zu dem offenkundigen Zweck einberufen, die Durchführung der Beschlüsse der Genfer Konferenz zu stören, wobei sich auch gewisse Teilnehmer der Genfer Konferenz ohne Rücksicht darauf, wie sich das auf ihr Prestige auswirken werde, bereit erklärten, dieser aggressiven Angelegenheit behilflich zu sein.

Auf der Manila-Konferenz des Herrn Dulles wurde der Vertrag über die sogenannte „kollektive Verteidigung Südostasiens" (SEATO) unterzeichnet, der einen militärischen Block solcher Kolonialmächte bildet wie die USA, Großbritannien und Frankreich und einiger von ihnen abhängiger asiatischer Staaten wie die Philippinen, Thailand und Pakistan. Dieser Vertrag ist von dem Bestreben durchdrungen, die nationale Befreiungsbewegung in Asien zu ersticken und richtet sich offen gegen die Volksrepublik China, deren internationale Autorität in der Zeit der Genfer Konferenz bedeutend gewachsen ist, ungeachtet der Versuche der verschiedenen reaktionären Kreise, dem entgegenzuwirken.

Der Kampf um den Frieden muß verstärkt werden

Wovon zeugt das alles?

Das zeugt davon, daß in den gegenwärtigen Verhältnissen Schritte zugunsten der Minderung der internationalen Spannung auf den verschiedenartigsten Widerstand der aggressivsten Kreise stößt, die nicht an einer Minderung, sondern an einer Verschärfung der Spannung interessiert sind. **Somit kann man eine Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen nicht anders als durch beharrlichen Kampf gegen die aggressivsten Kräfte und ihre Umtriebe erreichen; also darf man in diesem Kampf nicht nur nicht nachlassen, sondern man muß ihn mit noch größerer Beharrlichkeit, Geschicklichkeit und Konsequenz fortsetzen.**

Die deutsche Frage steht in Europa im Mittelpunkt

Es bedarf keiner Beweise, daß seit Beendigung des zweiten Weltkrieges die deutsche Frage in den Mittelpunkt aller Nachkriegsprobleme Europas gerückt ist. Man sollte meinen, daß die zehn Jahre seit Kriegsende genügend Zeit sind, um klare Wege und Mittel zur Lösung des Deutschlandproblems vorzuzeichnen. Nichtsdestoweniger verhält es sich nicht so.

Wenn alle Staaten der Antihitlerkoalition während des Krieges und gleich nach Kriegsende darin übereinstimmten, daß es ihre gemeinsame Hauptaufgabe ist, die Entwicklung Deutschlands als einheitlicher, friedliebender und demokratischer Staat zu gewährleisten, so zeigte sich schon in den ersten Jahren nach Kriegsende, daß nicht alle diese Staaten wirklich diese Ziele anstreben. Für die einen Staaten, zu denen die UdSSR gehört, war und bleibt dies die Grundlage ihrer Politik in der Deutschlandfrage. Für andere Staaten aber waren es bloße Worte, unter die sie ihre Unterschriften setzten, ohne ernsthaft daran zu denken, die von ihnen unterzeichneten Abkommen durchzuführen.

Die Sowjetunion war und ist für die Erfüllung der Hauptaufgabe der in Jalta und Potsdam unterzeichneten internationalen Abkommen. Es geht nicht um diese oder jene Paragraphen dieser Abkommen — so manche von ihnen werden von niemanden mehr benötigt, da sie durch die Ereignisse längst überholt sind. Das Hauptproblem aber, wie es in diesen wichtigsten internationalen Abkommen gestellt war — **das Problem der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als wirklich friedliebender demokratischer Staat —, darf nicht von der Tagesordnung abgesetzt werden, wenn uns die**

Interessen des Friedens und der Freiheit der Völker Europas am Herzen liegen. Dieses Problem wird so lange auf der Tagesordnung bleiben, bis es entsprechend den Interessen der Festigung des Friedens in Europa und zugleich auch unter gebührender Berücksichtigung der Interessen der nationalen Wiedergeburt des einheitlichen demokratischen Deutschlands gelöst wird. Die wachsenden friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes finden ihre zuverlässige Stütze in der Deutschen Demokratischen Republik, die unbeirrbar die Sache der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands verficht.

In diesem Zusammenhang muß man auch die Frage der Pariser Verträge betrachten.

Die Pariser Kriegsverträge

Sowohl in dem abgelegten Projekt einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" als auch in den Pariser Verträgen läuft letzten Endes alles auf ein und dasselbe hinaus: sowohl das erste als auch das zweite Projekt eröffnet der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus in Westdeutschland und der Eingliederung eines remilitarisierten Westdeutschlands in aggressive militärische Gruppierungen der Westmächte Tür und Tor. Der Unterschied zwischen ihnen ist nicht groß: Früher war vorgesehen, die westdeutsche Armee in eine sogenannte „Europaarmee" einzugliedern; nach den Pariser Verträgen aber soll sie in eine „Westeuropäische Armee" einbezogen werden. Dazu läßt sich nur sagen: „Der Meerrettich ist nicht süßer als der Rettich, und die Kohle ist nicht weißer als der Ruß."

All das geschieht unter direkter Verletzung der bekannten internationalen Abkommen, unter denen die Unterschriften der vier Großmächte stehen und die die Nichtzulassung des Wiedererstehens des deutschen Militarismus bezwecken. Das ist doch ein grober Verstoß sowohl gegen den britisch-sowjetischen als auch gegen den französisch-sowjetischen Vertrag, denen zufolge Großbritannien und Frankreich sich verpflichtet haben, gemeinsam mit der UdSSR Maßnahmen gegen die Möglichkeit einer neuen deutschen Aggression zu ergreifen, wie sie sich auch verpflichtet haben, sich an keinerlei militärischen Gruppierungen gegen die Sowjetunion zu beteiligen. Unter Verletzung der wichtigsten internationalen Abkommen und Verträge, die gemeinsam mit der UdSSR unterzeichnet wurden, lassen die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich nichts unversucht, um die Ratifizierung durchzubringen und die Verwirklichung der Pariser Verträge zu beschleunigen.

Mit Ach und Krach gehen die Pariser Abkommen durch die europäischen Parlamente. Es genügt zu erwähnen, daß trotz des ganzen

Druckes von außen her und trotz aller Drohungen der Vereinigten Staaten gegen diejenigen, die nicht an die Notwendigkeit der Pariser Verträge glauben, im französischen Parlament lediglich eine Minderheit der Abgeordneten für die Pariser Verträge gestimmt hat. Im britischen Parlament hat sich ebenfalls nur eine Minderheit der Abgeordneten bereit erklärt, für die Pariser Verträge zu stimmen.

Dabei hat die Labour-Fraktion bekanntlich beschlossen, sich bei der Abstimmung restlos der Stimme zu enthalten. In Westdeutschland selbst haben sich alle wichtigen Gewerkschafts-, Partei- und Massenorganisationen der Arbeiterklasse, nach denen man sich in bestimmtem Sinne ein Bild von der wirklichen Stimmung der Mehrheit des deutschen Volkes machen kann, entschieden gegen die Pariser Verträge und gegen die Remilitarisierung ausgesprochen, da das deutsche Volk natürlich die für Deutschland äußerst schweren Folgen der zwei Weltkriege nicht vergessen kann.

Welchen Wert können denn die Pariser Verträge haben, von außen her aufgezwungen, durch die Völker Europas verurteilt und verworfen?

Dennoch darf man die negativen und geradezu gefährlichen Folgen der Pariser Verträge im Falle ihrer Ratifizierung und Verwirklichung nicht unterschätzen.

Haupthindernis für die Lösung der Deutschlandfrage

Die Gefahr der Ratifizierung der Pariser Verträge für die Völker Europas besteht darin, daß diese Verträge nicht der Festigung des Friedens, sondern der Vorbereitung des Krieges dienen. Gibt es etwa wenig Abenteurer unter den Anhängern der „Politik der Stärke", die danach trachten, sich mit den zügellosen Revanchisten und Militaristen in Westdeutschland zu vereinigen?

Man muß auch berücksichtigen, daß die Ratifizierung der Pariser Verträge den nationalen Interessen des deutschen Volkes einen äußerst schweren Schlag zufügen wird.

Die Pariser Abkommen werden im Falle ihrer Ratifizierung das Haupthindernis für die Lösung des deutschen Problems sein. Auf lange Zeit hinaus werden sie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands unmöglich machen. Nachdem Westdeutschland remilitarisiert und in einen militaristischen Staat verwandelt sein wird, wird die Vereinigung dieses Teiles Deutschlands mit dem östlichen Teil Deutschlands, der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik, unmöglich werden. Alle Behauptungen, daß die Ratifizierung

der Pariser Verträge fruchtbaren Verhandlungen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands nicht im Wege stehen würde, haben nur das Ziel: die Pariser Verträge durch die Parlamente zu bringen und dabei alle Mittel der Irreführung und Täuschung der Öffentlichkeit auszunutzen.

Dagegen würde die Ablehnung der Pariser Verträge und ein entsprechendes Übereinkommen zwischen den vier Mächten — Frankreich, Großbritannien, USA und UdSSR — es ermöglichen, daß schon in diesem Jahr gesamtdeutsche freie Wahlen durchgeführt werden, deren Ziel die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage ist. Darin liegt der Sinn der am 15. Januar abgegebenen Erklärung der Sowjetregierung zur Deutschlandfrage.

III. Der Kampf der Sowjetunion für Frieden und Gewährleistung der kollektiven Sicherheit

Wir werden die Hände nicht in den Schoß legen

Der friedlichen Politik der Sowjetunion, die auf die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit aller Staaten Europas, unabhängig von deren Gesellschaftsordnung gerichtet ist, stellen sie eine Politik der Schaffung militärischer Gruppierungen der einen gegen die anderen Staaten entgegen. So fällt ihnen die Verantwortung für die aggressiven Pläne und dafür zu, daß sie nicht im Interesse des Friedens und folglich auch nicht im Interesse ihrer Völker handeln, sondern im Interesse jener aggressiven Kreise und herrschenden Cliquen, die eine aggressive „Politik der Stärke“ führen und die man mit Recht Kriegsbrandstifter nennt.

Also ist die Haltung der Sowjetunion zu den Pariser Verträgen vollkommen klar. Sie gibt keine Veranlassung zu falschen Auslegungen.

Für uns ist es klar, daß Westdeutschland im Falle der Ratifizierung der Pariser Verträge den Weg der Wiedererrichtung des Militarismus beschreiten und sich faktisch in den Händen der deutschen Revanchisten befinden wird. Es ist anzunehmen, daß auch die französischen Patrioten, wenn sie die vortrefflichen Reden Edouard Herriots hören, sich darüber klar sind, wohin das führt.

Sofern das remilitarisierte Westdeutschland laut den Pariser Verträgen sowohl in den Nordatlantikblock als auch in die westeuropäische Militärunion gemeinsam mit Frankreich, Großbritannien,

Italien und einigen anderen Staaten eintreten wird, wird in Europa eine neue Lage entstehen, da die Gefahr eines neuen Krieges sich dann um vieles verstärken wird.

Die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie, gegen welche die Pariser Verträge gerichtet sind, können nicht umhin, dem Rechnung zu tragen.

Das Sowjetvolk und seine Armee sind aufrichtig friedliebend und zugleich von dem tiefen Bewußtsein und von der Entschlossenheit erfüllt, ihre sozialistischen Errungenschaften zu erhalten. Bekam der Aggressor auch früher schon ab, was er verdiente, so darf er jetzt nicht vergessen, daß die Macht der Sowjetunion unermeßlich gewachsen ist und daß in unserer Armee auf je 100 Mann 77 Kommunisten und Komsomolzen kommen. Und die Kommunisten und Komsomolzen wissen besonders gut, wie man die Errungenschaften des Kommunismus gegen den Aggressor verteidigen muß.

Angesichts der sich in Europa herausbildenden neuen Situation wird die Sowjetunion ebensowenig wie die anderen friedliebenden Staaten, gegen die die Pariser Verträge gerichtet sind, die Hände in den Schoß legen. Sie werden die entsprechenden Maßnahmen zur weiteren Festigung ihrer Sicherheit und zur Gewährleistung des Friedens in Europa ergreifen müssen.

Die Moskauer Konferenz

Das hat die bekannte Moskauer Konferenz klar und eindeutig gezeigt, die am 2. Dezember vorigen Jahres beendet wurde und ihre einmütige entschiedene Deklaration veröffentlicht hat. Diese Deklaration unterzeichneten die Sowjetunion, die Volksrepublik Polen, die Tschechoslowakische Republik, die Deutsche Demokratische Republik, die Ungarische Volksrepublik, die Rumänische Volksrepublik, die Volksrepublik Bulgarien und die Volksrepublik Albanien.

Acht Staaten, die an der Moskauer Konferenz teilnahmen, haben ausdrücklich erklärt, daß sie im Falle der Ratifizierung der Pariser Verträge alle notwendigen Maßnahmen zur Festigung ihrer internationalen Positionen und zur Gewährleistung des Friedens und der europäischen Sicherheit durchführen werden. Das wird von uns neue große Anstrengungen und materielle Opfer erfordern. Doch seien sie ohne Sorge, meine Herren Militaristen, wir werden davor nicht zurückschrecken.

Zu diesen Maßnahmen gehört vor allem die Vorbereitung zum Abschluß eines Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen den acht Teilnehmerländern der Mos-

kauer Konferenz. Um nicht Zeit zu verlieren, werden jetzt entsprechende Konsultationen durchgeführt. Auf neue Militärblocks und Gruppierungen, die gemeinsam mit dem deutschen Militarismus geschaffen werden, werden wir mit dem weiteren Zusammenschluß unserer Reihen antworten, mit der weiteren Festigung unserer Freundschaft, mit der Verbesserung unserer gesamten Zusammenarbeit und, wo nötig, mit weiterer Ausdehnung des gegenseitigen Beistands.

Zu den Maßnahmen, die wir im Falle der Bildung westeuropäischer militärischer Gruppierungen unter Beteiligung des remilitarisierten Westdeutschlands werden durchführen müssen, gehört auch die Schaffung eines vereinigten militärischen Kommandos der genannten acht Länder. Diese Maßnahme entspringt der Notwendigkeit, die Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion und der anderen friedliebenden europäischen Staaten im Hinblick auf die Möglichkeit verschiedener Zufälligkeiten und unerwarteter Umstände zu stärken. Wenn wir das vereinigte militärische Kommando der friedliebenden europäischen Staaten geschaffen haben werden, dann auch werden wohl die aggressiven Kreise — so muß man annehmen — sich von abenteuerlichen Unternehmungen zurückhalten und sich ruhiger verhalten.

Zusammenarbeit im Friedenslager

Ich sprach bereits davon, wie sich die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und solchen volksdemokratischen Ländern wie Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien und auch der Deutschen Demokratischen Republik gestaltet. Die Beziehungen zu diesen Ländern entwickeln sich erfolgreich auf der Grundlage der brüderlichen Freundschaft und allseitigen Zusammenarbeit im Interesse der Festigung des Friedens und der Hebung des Wohlstandes der breiten Volksmassen.

Im Osten entwickeln sich ebensolche Beziehungen der brüderlichen Freundschaft und breiten Zusammenarbeit zwischen unserem Land und der Volksrepublik China, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, der Mongolischen Volksrepublik wie auch der Demokratischen Republik Vietnam.

Mit der großen Volksrepublik China verbinden uns die von Jahr zu Jahr erstarkenden Bande der Freundschaft und der brüderlichen Beziehungen.

Sowohl zu den obenerwähnten Ländern als auch zu allen anderen Staaten sucht die Sowjetunion solche Beziehungen aufrechtzuerhal-

ten, die zur Festigung des allgemeinen Friedens und der internationalen Sicherheit beitragen. Mit großer Freude stellen wir fest, daß die Länder der Volksdemokratie sowohl in Europa als auch in Asien dieser Politik allseitige Unterstützung erweisen und zusammen mit der Sowjetunion konsequente Träger der auf die Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen gerichteten Politik sind. Zwischen der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie entstand und festigt sich immer mehr die freundschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten — auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Diese Zusammenarbeit beruht auf der konsequenten Einhaltung der Prinzipien der Souveränität und der nationalen Unabhängigkeit. Es versteht sich, daß sie sich nötigenfalls auch auf das Gebiet der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit aller dieser Länder erstreckt.

Jedoch schufen die Sowjetunion und die Länder des sozialistischen Lagers keinerlei gegen andere Staaten gerichteten Militärblocks. Sie werden das auch fernerhin nicht tun. Jedoch werden sie gezwungen sein, ihre Kräfte zu vereinen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten, falls aggressive Pläne durchgeführt werden, mit deren Hilfe man den deutschen Militarismus wiedererrichten und einen Überfall auf friedliche Staaten vorbereiten will.

Unsere Hauptaufgabe ist die Festigung des Friedens

Unsere Gegner zetern von einer „Politik der Stärke". Sie sind nervös und wollen außerdem Angst verbreiten. Sie greifen zu Drohungen und Erpressungen, wobei sie mit Schwachnervigen und Schwankenden rechnen.

Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß diejenigen, die mit Hinblick auf das Sowjetvolk zu derartigen untauglichen Mitteln ihre Zuflucht nehmen, sich ganz gewiß verkalkulieren werden. Sie müssen wissen, daß, wenn es darauf ankommt, wir es verstehen werden, unser Recht zu behaupten.

Es ist schon höchste Zeit, zu begreifen, daß im Kräfteverhältnis zwischen der UdSSR und den USA die Lage bereits restlos klar ist. Vergleicht man die Sowjetunion mit all ihren Menschenkräften, mit ihren kolossalen materiellen Ressourcen, mit all ihren äußeren Verbündeten und zieht hierbei die moralische und politische Unterstützung in Betracht, die die Volksmassen der anderen Länder der Frie-

denspolitik erweisen: vergleicht man folglich die Sowjetunion, wie sie bereits heute dasteht, mit den Vereinigten Staaten von Amerika, auch wenn man dieses Land mit allen oben aufgeführten Merkmalen nimmt, so wird klar, daß die Sowjetunion nicht schwächer als die Vereinigten Staaten von Amerika ist.

Man darf ferner nicht vergessen, daß die Sowjetunion den USA dadurch unstreitig überlegen ist, daß die friedliebende Sowjetunion niemanden bedroht und sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischt, sondern sich vielmehr wirklich für eine gerechte Sache einsetzt, die bei allen Werktätigen und allen geknechteten Völkern in der ganzen Welt heißen Anklang findet und der der Sieg gewiß ist.

Was schlägt die Sowjetunion vor?

Wir schlagen vor, daß weder die eine noch die andere Seite zur Politik der Drohungen und der Erpressungen greift, weil das zu nichts Gutem führen kann.

Mehr noch. Wir sind der Ansicht, daß die Seite, die sich tatsächlich ihrer Kräfte gewiß ist, nicht für einen Krieg sein wird. Diejenigen, die sich ihrer Kräfte gewiß sind, die sich ihrer Zukunft gewiß sind, brauchen das nicht.

Der Aggressor wird ein schlechtes Ende nehmen

Jegliches Abenteuer mit der Entfesselung eines neuen Weltkrieges wird unausbleiblich ein schlimmes Ende für den Aggressor nehmen, denn heutzutage haben bereits Hunderte Millionen Menschen eine solche Stufe des Bewußtseins erreicht, daß sie, ebenso wie alle Sowjetmenschen, von der Gerechtigkeit ihrer Sache restlos überzeugt, konsequent gegen eine solche verbrecherische Aggression kämpfen werden. **Untergehen wird nicht die „Weltzivilisation", wie sehr sie auch durch eine neue Aggression zu Schaden kommen mag; untergehen wird jenes durch und durch verrottete Gesellschaftssystem mit seiner von Blut getränkten imperialistischen Grundlage, mit dem es zu Ende geht, und das wegen seiner Ausbeutung der Werktätigen und der geknechteten Völker abgelehnt wird.**

Die Außenpolitik der Sowjetunion beruht auf den Leninschen Prinzipien des Nebeneinanderbestehens verschiedener gesellschaftlicher Systeme. Wir vertreten diese Prinzipien, weil wir wünschen, daß die Völker in Frieden und Ruhe leben.

Wir vertreten diese Prinzipien, da in den Verhältnissen der Koexistenz die volle Möglichkeit besteht, im Laufe einer ganzen geschichtlichen Periode den Frieden und die Freiheit der Völker sowie friedliche Beziehungen zwischen den Ländern und weitere Erfolge des Fortschritts der Menschheit zu gewährleisten.

Wir treten für die Leninschen Prinzipien der Koexistenz ein, und wir stehen für diese Prinzipien ein, weil wir uns der Kräfte des Sozialismus gewiß und davon überzeugt sind, daß wir den richtigen Weg zum Kommunismus gewählt haben.

11. Mai 1955:

Ein neuer Schritt zur Entspannung der internationalen Lage

Vorschlag der Sowjetregierung über Einschränkung der Rüstungen, Verbot der Atomwaffe und Beseitigung der Gefahr eines neuen Krieges

DEKLARATION

Im Bewußtsein der großen Verantwortung, die die Organisation der Vereinten Nationen für die Erhaltung des Friedens zwischen den Völkern trägt, hält es die Vollversammlung für ihre Pflicht, alle Staaten auf die Lage aufmerksam zu machen, die sich heute in den Beziehungen zwischen den Staaten herausbildet.

Die Völker, die erst vor kurzer Zeit den zweiten Weltkrieg erlebt haben, der schwere Opfer an Menschenleben forderte und ungeheure materielle Zerstörungen mit sich brachte, bekunden heute mehr denn je zuvor ihren unbeugsamen Friedenswillen.

Dieses tiefe Streben der Völker nach Frieden hat bereits bewirkt, daß dem Blutvergießen in Korea und Indochina ein Ende gesetzt werden konnte und daß dadurch günstigere Bedingungen für die Regelung anderer ungelöster internationaler Probleme geschaffen wurden.

Zugleich machen sich die Völker berechtigte Sorge um die Geschicke des Friedens, besonders angesichts der Lage, die sich in Europa und Asien herausbildet. Das fand seinen Ausdruck unter anderem in den Beschlüssen der unlängst in Bandung abgehaltenen Konferenz asiatischer und afrikanischer Länder, die von großer Bedeutung im Kampf für Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit der Völker ist.

Nicht nur, daß sich die Situation in einigen Gebieten der Welt gegenwärtig nicht bessert, wird sie im Gegenteil noch komplizierter, und es

verstärkt sich das gegenseitige Mißtrauen zwischen den Staaten. **Das Fehlen des notwendigen Vertrauens in den Beziehungen zwischen den Staaten ist die Hauptursache, die die Regelung der ungelösten Probleme sowohl in Europa als auch in Asien verhindert.**

Das gilt vor allem für die Beziehungen zwischen den Großmächten die die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit der Völker tragen. Trotz der von den Großmächten gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten der Organisation der Vereinten Nationen übernommenen Verpflichtung, für die Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit zusammenzuarbeiten, entsprechen ihre gegenseitigen Beziehungen diesen Forderungen nicht. Das Mißtrauen in den Beziehungen zwischen den Mächten hat dazu geführt, daß nach Beendigung des zweiten Weltkrieges die Gefahr eines neuen, noch folgenschwereren Krieges entstanden ist.

Infolge dieses Mißtrauens, vor allem in den Beziehungen zwischen den Mächten, die ständige Mitglieder des Sicherheitsrats sind, nimmt das Wettrüsten ein immer größeres Ausmaß an und werden die Armeen, die Kriegsflotten und die Luftstreitkräfte ununterbrochen vergrößert. Die höchsten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik werden für die Produktion der verheerendsten Massenvernichtungsmittel zur Menschenvernichtung ausgenützt. Besonders großes Ausmaß hat das Wettrüsten auf dem Gebiet der Produktion so gefährlicher Waffen wie der Atom- und Wasserstoffwaffe angenommen.

Zahlreiche ausländische Militärstützpunkte werden auf fremden Territorien angelegt, was berechtigte Befürchtungen der Staaten hervorruft, in deren Nähe diese Stützpunkte geschaffen werden. Die Errichtung dieser Stützpunkte verstärkt auch die Gefahr für die Sicherheit jener Staaten, auf deren Territorium sie angelegt werden.

Das Bestehen solcher Stützpunkte, von denen viele für die von gewissen Mächten betriebene Vorbereitung eines Atomkrieges benutzt werden, verstärkt das Mißtrauen in den Beziehungen zwischen den Staaten noch mehr und verschärft die internationale Spannung.

All dies hat dazu geführt, daß sich die Welt seit vielen Jahren im Zustand des sogenannten „kalten Krieges" befindet und daß die Kriegsvorbereitungen der Staaten immer schwerer auf den Schultern der Völker lasten.

Trotz der schon im Jahre 1947 einmütig gefaßten Entschließung der Vollversammlung, in der jede Form von Propaganda, „die den Zweck verfolgt oder geeignet ist, eine Gefahr für den Frieden, eine Friedensstörung oder einen Aggressionsakt herbeizuführen oder zu ver-

stärken", geächtet wurde, wird in einer Reihe von Staaten offene Propaganda für einen neuen Krieg betrieben. In der Presse, im Rundfunk, in öffentlichen Reden werden Aufrufe zum Krieg nicht etwa eingestellt, sondern sie erfolgen immer häufiger. Besonders zahlreich sind in der letzten Zeit Aufrufe zum Atomkrieg geworden. Zwischen vielen Staaten sind die traditionellen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, die früher bestanden und die sich im Laufe vieler Jahre herausgebildet hatten, gestört, mit allen für die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit daraus erwachsenden negativen Konsequenzen.

Die entstandene Lage gebietet, dringende und wirksame Maßnahmen zur Minderung der internationalen Spannung und zur Festigung des gegenseitigen Vertrauens in den Beziehungen zwischen den Staaten zu ergreifen. Das kann man nur dann erreichen, wenn dem „kalten Krieg" ein Ende gesetzt wird, wenn die in einigen Staaten betriebene Propaganda für einen neuen Krieg aufhört, die Feindschaft und Haß zwischen den Völkern schürt und ein Volk gegen das andere hetzt.

Die Fortführung der in einigen Staaten betriebenen Propaganda, die auf die Entfachung einer Kriegshysterie abzielt, sowie die Aufrufe zum Krieg sind lediglich geeignet, die internationale Spannung und das gegenseitige Mißtrauen zwschen den Staaten zu verstärken und somit die Gefahr eines neuen Weltkrieges zu verschärfen.

Die Beseitigung des Zustandes des „kalten Krieges" zwischen den Staaten würde dagegen zur Minderung der internationalen Spannung, zur Herstellung des nötigen Vertrauens in den internationalen Beziehungen, zur Beseitigung der Gefahr eines neuen Krieges und zur Schaffung der Voraussetzungen für ein friedliches und ruhiges Leben der Völker beitragen.

Das wiederum würde die notwendigen Voraussetzungen für die Verwirklichung eines umfangreichen Abrüstungsprogramms einschließlich einer notwendigen internationalen Kontrolle über die Durchführung dieses Programms schaffen.

Zu diesem Zweck empfiehlt die Vollversammlung:

1. **Alle Staaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen zur strikten Einhaltung des Beschlusses der Vollversammlung, der jede Form der Propagierung eines neuen Krieges verurteilt;** sie ergreifen Maßnahmen, um jegliche Kriegspropaganda und Völkerverhetzung in der Presse, im Rundfunk, im Film und in öffentlichen Reden zu unterbinden. Die Nichtbefolgung dieser Empfehlung durch irgendeinen Staat wird als Verletzung seiner internationalen Pflicht und seiner

Verpflichtungen gegenüber der Organisation der Vereinten Nationen, sich in seinen internationalen Beziehungen der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten, die territoriale Unantastbarkeit oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates nicht zu verletzen, betrachtet werden.

2. Die Vollversammlung stellt die erreichten Erfolge in den Verhandlungen zwischen den interessierten Staaten über die Koreafrage, die zur Einstellung des Krieges in Korea geführt haben, wie auch hinsichtlich der Einstellung der Kampfhandlungen in Indochina mit Genugtuung fest. Dadurch wurden zwei gefährliche Kriegsherde im Fernen Osten beseitigt.

Infolge der zwischen den interessierten Staaten durchgeführten Verhandlungen ist es möglich geworden, auch die Frage des Abschlusses des Staatsvertrages mit Österreich zu regeln, der die Wiederherstellung eines unabhängigen Österreichs gewährleistet. Die Regelung der Österreichfrage ist ein neuer wichtiger Beitrag zur Festigung des Friedens in Europa und trägt zur Schaffung der Voraussetzungen für die erfolgreiche Lösung anderer ungeregelter Nachkriegsprobleme bei.

All das zeigt, daß bei weitem noch nicht alle Möglichkeiten für die Regelung der ungelösten internationalen Probleme auf dem Wege von Verhandlungen zwischen den Staaten im Interesse des Friedens, der Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit der Völker ausgeschöpft sind.

3. Die Vollversammlung ist der Meinung, daß es zur Minderung der internationalen Spannung und zur Herstellung des notwendigen Vertrauens zwischen den Staaten beitragen würde, wenn die vier Mächte — die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich — **sofort ihre Besatzungstruppen vom Territorium Deutschlands auf ihr nationales Territorium zurückzögen,** mit Ausnahme streng begrenzter Truppenkontingente, die zeitweilig bis zum Abschluß eines Abkommens über ihren restlosen Abzug auf dem Territorium Deutschlands belassen werden. Diesen Zwecken würde auch die Festsetzung streng begrenzter Kontingente lokaler Polizeikräfte in beiden Teilen Deutschlands und die Festsetzung einer gemeinsamen Viermächtekontrolle über die Einhaltung eines diesbezüglichen Abkommens entsprechen.

Die Vollversammlung wird auch alle anderen Schritte begrüßen, die von den vier Mächten unternommen werden könnten, um **den Abzug ihrer Truppen vom Territorium Deutschlands herbeizuführen sowie die Lösung der Deutschlandfrage im Interesse der europäischen**

Sicherheit und der nationalen Vereinigung Deutschlands zu einem einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Staat zu erleichtern.

4. Die Vollversammlung hält es für notwendig, daß die Staaten, die ständige Mitglieder des Sicherheitsrats sind, ein **Übereinkommen über die Liquidierung der ausländischen Militärstützpunkte auf fremden Territorien** erzielen und den Sicherheitsrat und die Vollversammlung über die Ergebnisse informieren. Dieses Übereinkommen wäre von großer Bedeutung für die Minderung der internationalen Spannung und die Beseitigung des Mißtrauens in den Beziehungen zwischen den Staaten und würde zur Schaffung der erforderlichen Voraussetzung für die Einstellung des Wettrüstens beitragen.

5. Die Vollversammlung fordert die Staaten auf, die Erfahrungen in der Produktion von Atommaterialien und Atomenergie besitzen, anderen Ländern umfassende Produktionshilfe und wissenschaftlich-technische Hilfe auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Atomenergie zu leisten, ohne an diese Hilfe irgendwelche Forderungen politischer oder militärischer Natur zu knüpfen.

6. Die Vollversammlung fordert die interessierten Staaten auf, die ungelösten Fragen im Fernen Osten in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Souveränität und der territorialen Integrität zu regeln, da die bestehende gespannte Lage in einigen Gebieten des Fernen Ostens die Gefahr eines neuen Krieges in sich birgt und eine ernste Bedrohung des Weltfriedens darstellt.

7. Die Vollversammlung erachtet es als notwendig, daß die Staaten in ihren Wirtschaftsbeziehungen jede Diskriminierung beseitigen, die die Entwicklung einer umfassenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit untereinander, vor allem auf dem Gebiet des Handels, verhindert. Die Tatsache, daß seit langem bestehende Handelsbeziehungen zwischen den Staaten abgebrochen sind, schadet sowohl privaten als auch staatlichen Interessen. Die Beseitigung solcher Diskriminierung und die umfassende Entwicklung der internationalen Handelsbeziehungen, beruhend auf dem Prinzip des gegenseitigen Vorteils, werden zur Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten und zur Hebung des Wohlstands der Völker beitragen. Solange diese Hindernisse der Entwicklung des internationalen Handels im Wege stehen, kann man nicht damit rechnen, eine wirkliche Entspannung in den internationalen Beziehungen herbeizuführen.

Ein wichtiges Mittel zur Verbesserung des gegenseitigen Verstehens und der Annäherung der Völker ist auch die Erweiterung der internationalen kulturellen Beziehungen, insbesondere durch umfangreichen Austausch von Delegationen, durch gegenseitige Besuche von

Vertretern der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels, der Wissenschaft, der Kultur und der Kunst, durch den Austausch von Studentendelegationen und durch die Entwicklung des Fremdenverkehrs.

8. Die Vollversammlung beschließt, auf die Tagesordnung ihrer nächsten Tagung die Frage zu setzen, wie die in dieser Deklaration enthaltenen Bestimmungen durch die Staaten eingehalten wurden. Sie hat dabei im Auge, daß die Einhaltung dieser Bestimmungen dem Friedenswillen der Völker entsprechen, zur Schaffung des nötigen Vertrauens zwischen den Staaten beitragen und dadurch die Verwirklichung eines umfassenden Abrüstungsprogramms einschließlich einer wirksamen internationalen Kontrolle über die Erfüllung dieses Programms erleichtern wird.

Über den Abschluß einer internationalen Konvention zur Einschränkung der Rüstungen und zum Verbot der Atomwaffe

In dem Bestreben, die Menschheit vor einem neuen verheerenden Krieg zu bewahren, die Spannung in den Beziehungen zwischen den Staaten zu mindern und die Völker von der schweren Steuerlast, die sie infolge des anhaltenden Wettrüstens tragen, zu befreien; **in dem Wunsch,** die Verwendung der freiwerdenden Mittel für die Hebung des Wohlstandes der Völker und für eine umfangreiche Unterstützung der wirtschaftlich schwach entwickelten Länder möglich zu machen, **beauftragt** die Vollversammlung (der Sicherheitsrat) die UN-Abrüstungkommission, den Entwurf einer „Internationalen Konvention (Vertrages) zur Frage der Einschränkung der Rüstungen und des Verbots der Atom- und Wasserstoffwaffe sowie der anderen Arten von Massenvernichtungswaffen" auszuarbeiten und dem Sicherheitsrat zur Bestätigung vorzulegen.

Diese Konvention, die die Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit bezweckt, soll vorsehen:

a) ein völliges Verbot der Anwendung und Produktion von Kernwaffen und aller anderen Arten von Massenvernichtungswaffen sowie die Verwendung der vorhandenen Vorräte an Kernwaffen für friedliche Zwecke;

b) eine bedeutende Einschränkung sämtlicher Streitkräfte und sämtlicher Waffen herkömmlicher Art;

c) die Gründung eines Kontrollorgans mit angemessenen Befugnissen, Vollmachten und Funktionen, die eine gleich wirksame Einhaltung der vereinbarten Verbote und Einschränkung durch alle Staaten garantieren.

Demgemäß muß die Konvention (Vertrag) die nachstehend angegebenen Grundbestimmungen enthalten, die die Durchführung von Maßnahmen zur Einschränkung der konventionellen Waffen der Staaten und zum Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen und der anderen Arten von Massenvernichtungswaffen sowie die Art und Weise der Durchführung dieser Maßnahmen im Laufe von zwei Perioden betreffen.

Die erste Periode — die im Laufe des Jahres 1956 durchzuführenden Maßnahmen

Im Laufe des Jahres 1956 sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Die Teilnehmerstaaten der Konvention (des Vertrages) übernehmen die Verpflichtung, als ersten Schritt auf dem Weg zur Einschränkung der Rüstungen und der Streitkräfte ihre Streitkräfte und Rüstungen herkömmlicher Art nicht über den Stand der Rüstungen und der Streitkräfte vom 31. Dezember 1954 hinaus zu vergrößern.

Sie verpflichten sich ferner, ihre Budgetmittel für die Streitkräfte und Rüstungen, einschließlich der Atomwaffe, nicht über den Stand der Ausgaben zu erhöhen, die für diese Zwecke im Laufe des mit dem 31. Dezember 1954 abgeschlossenen Jahres gemacht wurden.

Die genannten Maßnahmen sollen im Laufe von zwei Monaten, gerechnet vom Augenblick des Inkrafttretens des entsprechenden Abkommens, durchgeführt werden.

Die USA, die UdSSR, China, Großbritannien und Frankreich legen der Abrüstungskommission innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten der Konvention (des Vertrages) vollständige offizielle Angaben über ihre Streitkräfte, ihre Rüstungen konventioneller Art und ihre Ausgaben für militärische Zwecke vor.

2. Es wird ein koordiniertes Niveau vereinbart, auf welches die dieses Niveau übersteigenden Streitkräfte sämtlicher Staaten zu reduzieren sind, damit kein Staat über Streitkräfte verfügt, die eine ernste Gefahr für den Weltfrieden darstellen können. Eine wesentliche Einschränkung der Streitkräfte führen die USA, die UdSSR, China, Großbritannien und Frankreich durch. Zu diesem Zweck verpflichten sich die erwähnten fünf Staaten, die zahlenmäßige Stärke ihrer Streit-

kräfte einzuschränken. Es dürfen folgende Ausmaße nicht überschritten werden:

Die USA 1 000 000 bis 1 500 000 Mann;
die UdSSR 1 000 000 bis 1 500 000 Mann;
China 1 000 000 bis 1 500 000 Mann;
Großbritannien 650 000 Mann;
Frankreich 650 000 Mann.

Die fünf Mächte verpflichten sich, auch ihre Rüstungen konventioneller Art entsprechend einzuschränken. Diese fünf Mächte führen im Laufe eines Jahres die Einschränkung ihrer Rüstungen und Streitkräfte um 50 Prozent der Differenz zwischen dem Stand ihrer Streitkräfte und Rüstungen vom 31. Dezember 1954 und dem reduzierten Stand der Streitkräfte und Rüstungen jedes dieser Staaten durch, der gemäß den von diesen Staaten übernommenen Verpflichtungen in der oben dargelegten Weise festgesetzt wurde.

Demgemäß werden die Budgetmittel der Staaten für die Streitkräfte und die Rüstungen konventioneller Art eingeschränkt.

3. Spätestens in der ersten Hälfte des Jahres 1956 eine Weltkonferenz zur allgemeinen Einschränkung der Rüstungen und zum Verbot der Atomwaffe unter Beteiligung der Mitgliedstaaten der UN und der Staaten, die nicht Mitglieder der UN sind, einzuberufen, um das Ausmaß der Einschränkung der Rüstungen und Streitkräfte der anderen Staaten und des Verbots der Atomwaffe festzusetzen.

Die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte, die zu unterhalten den anderen Staaten gestattet sein wird, wird in allen Fällen bedeutend unter dem für die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats festgesetzten Niveau liegen.

Bei der Festsetzung des Ausmaßes der Rüstungseinschränkung der Staaten, darunter der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, müssen einfache vereinbarte Kriterien berücksichtigt werden, die demographische, geographische und ökonomische sowie politische Faktoren umfassen, wobei man die Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und die Minderung der Aggressionsgefahr im Auge haben muß.

4. Als eine der dringendsten Maßnahmen zur Verwirklichung des Programms der Rüstungseinschränkungen und des Verbots der Atomwaffe verpflichten sich die Staaten, die über Atom- und Wasserstoffwaffen verfügen, die Experimente mit diesen Waffenarten einzustellen.

Zur Überwachung der Einhaltung dieser Verpflichtung durch die Staaten wird eine internationale Kommission eingesetzt, die dem Sicherheitsrat und der Vollversammlung zu berichten hat.

5. Gleichzeitig mit dem Beginn der Durchführung der Maßnahmen zur Einschränkung der Rüstungen und Streitkräfte der fünf Mächte um die ersten 50 Prozent der vereinbarten Reduzierung auf den festgesetzten Stand **nehmen die Staaten vor dem Inkrafttreten des Abkommens über das völlige Verbot der Atomwaffe die feierliche Verpflichtung auf sich, von der Kernwaffe, die sie für verboten ansehen, keinen Gebrauch zu machen.**

Ausnahmen von dieser Regel können zur Verteidigung gegen eine Aggression zugelassen werden, wenn der Sicherheitsrat einen entsprechenden Beschluß faßt.

6. Die Staaten, die über Land-, Luft- und Seestützpunkte auf den Territorien anderer Staaten verfügen, übernehmen die Verpflichtung, diese Stützpunkte zu liquidieren.

In der Frage, welche Stützpunkte im Laufe der ersten Periode zu liquidieren sind, ist eine zusätzliche Vereinbarung erforderlich.

Die Durchführung dieser Maßnahmen soll zur Festigung des notwendigen Vertrauens zwischen den Staaten beitragen und die Möglichkeit der Durchführung der für die zweite Periode vorgesehenen Maßnahmen zur Einschränkung der Rüstungen und zum Verbot der Atomwaffe erleichtern.

Die zweite Periode — die im Laufe des Jahres 1957 durchzuführenden Maßnahmen

Im Laufe des Jahres 1957 sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Die Produktion von Atom- und Wasserstoffwaffen wird unverzüglich eingestellt, und die Budgetmittel der Staaten für militärische Zwecke werden entsprechend eingeschränkt.

2. Die USA, die UdSSR, China, Großbritannien und Frankreich schränken im Laufe des Jahres ihre Streitkräfte und Rüstungen um die restlichen 50 Prozent der Differenz zwischen dem Stand der Streitkräfte und der Rüstungen jedes dieser fünf Staaten vom 31. Dezember 1954 und dem reduzierten Stand der Streitkräfte und Rüstungen jedes dieser Staaten ein, der gemäß den durch die Konvention übernommenen Verpflichtungen festgesetzt wurde.

Entsprechend schränken diese Staaten ihre Budgetmittel für Streitkräfte und Rüstungen koventioneller Art ein.

Im Laufe dieser Periode werden auch die Maßnahmen zur Einschränkung der Rüstungen und Streitkräfte der anderen Staaten in den für sie auf der Weltkonferenz festgesetzten Ausmaßen abgeschlossen.

3. Nachdem die Einschränkung der Streitkräfte und Rüstungen konventioneller Art um 75 Prozent des allgemeinen Ausmaßes ihrer durch die Konvention vorgesehenen Einschränkung durchgeführt ist, wird das volle Verbot der Anwendung der Atom-, Wasserstoff- und anderen Massenvernichtungswaffen in Kraft treten. Die Ausschaltung dieser Waffen aus den Rüstungen der Staaten und ihre Vernichtung, die Einschränkung der Streitkräfte und Rüstungen konventioneller Art um die restlichen 25 Prozent des vereinbarten Einschränkungsmaßes werden gleichzeitig beginnen; hierbei werden beide Prozesse innerhalb der äußersten Fristen im Jahre 1957 abgeschlossen sein. **Sämtliche Atommaterialien werden dann ausschließlich zu friedlichen Zwecken verwendet werden.**

Die Staaten verpflichten sich, zur Herstellung einer breiten internationalen Zusammenarbeit für die friedliche Verwendung der Atomenergie beizutragen. Diese Zusammenarbeit wird sich auch auf den freien Austausch von Informationen erstrecken, die die Anwendung der Atomenergie in der Industrie, der Landwirtschaft, der Medizin und in anderen Bereichen der Wirtschaft und der Wissenschaft betrifft. Besondere Aufmerksamkeit muß hierbei der Hilfe für die wirtschaftlich schwach entwickelten Länder geschenkt werden. Diese Hilfeleistung darf nicht von irgendwelchen Forderungen politischer oder militärischer Art abhängig gemacht werden.

Die Staaten werden bestrebt sein, einen Teil der durch die Abrüstung im Weltmaßstab und durch die Ausschaltung der Kernwaffen entstandenen Einsparungen für die allseitige Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke einzusetzen.

4. Die Maßnahmen zur Liquidierung aller ausländischen Kriegs-, Marine- und Luftstützpunkte auf den Territorien anderer Staaten werden abgeschlossen.

Nach Durchführung aller oben angeführten Maßnahmen dürfte eine weitere Einschränkung der Rüstungen und der Streitkräfte durch die Mächte auf einen Stand, der für die Erhaltung der inneren Sicherheit und für die Erfüllung der den Mächten durch die Charta der Organisation der Vereinten Nationen auferlegten Verpflichtungen unbedingt notwendig ist, wünschenswert sein.

Die Frage der Verpflichtungen Chinas als eines ständigen Mitglieds des Sicherheitsrats, wie sie sich aus der Konvention über die Einschränkung der Rüstungen und über das Verbot der Atom-, Wasserstoff- und anderen Massenvernichtungswaffen ergeben, muß unter Beteiligung der Volksrepublik China erörtert werden.

Die internationale Kontrolle über die Einschränkung der Rüstungen und über das Verbot der Atomwaffe

In Anerkennung der außerordentlichen Bedeutung und der Notwendigkeit der Errichtung einer effektiven internationalen Kontrolle über die Erfüllung der Verpflichtungen gemäß der Konvention über die Einschränkung der Rüstungen und der Streitkräfte und über das Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffe durch die Staaten stellt die Vollversammlung fest, daß gegenwärtig die nötigen Voraussetzungen für die Errichtung einer Kontrolle, die das Vertrauen aller Staaten genießen und restlos den Interessen der internationalen Sicherheit entsprechen würde, fehlen.

Man darf nicht die Tatsache ignorieren, daß gegenwärtig bedeutende internationale Spannungen und Mißtrauen in den Beziehungen zwischen den Staaten bestehen. Daraus erklärt sich auch die Tatsache, daß in dieser Atmosphäre des Mißtrauens zwischen den Staaten Hindernisse jeder Art sogar beim gegenseitigen Austausch von Delegationen auf industriellen, landwirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und anderen Gebieten errichtet werden. Diese Lage erschwert die Möglichkeit, eine Vereinbarung über die Zulassung ausländischer Kontrolleure durch die Staaten zu erzielen, die eine Inspizierung der Betriebe und besonders solcher Betriebe, die sich mit der Rüstungsproduktion befassen, vornehmen könnten.

In der gegenwärtigen Lage, da viele Staaten mit Recht um ihre Sicherheit besorgt sind, kann man kaum damit rechnen, daß es diese Staaten vertrauensvoll anderen Staaten gestatten würden, sich Zutritt zu ihren industriellen und anderen Ressourcen zu verschaffen, die für ihre Sicherheit lebenswichtig sind.

Da gegenwärtig das nötige Vertrauen zwischen den Staaten nicht vorhanden ist, kann eine Lage entstehen, in der Beschlüsse über eine internationale Kontrolle in Wirklichkeit auf eine bloße Formalität hinauslaufen würden, die ihr Ziel verfehlt. Das ist um so unzulässiger, als unter den gegenwärtigen Bedingungen die fried-

liebenden Völker die größten Befürchtungen angesichts des Vorhandenseins von Atom- und Wasserstoffwaffen hegen, für die die Errichtung einer internationalen Kontrolle besonders schwierig ist.

Eine solche Gefahr ergibt sich aus dem Charakter der Atomproduktion selbst. Es ist wohlbekannt, daß die Atomenergieerzeugung für friedliche Zwecke zur Anhäufung von immer größeren Vorräten an Atomsprengstoffen ausgenutzt werden kann. Das bedeutet, daß die Staaten, die über Atomenergie erzeugende Betriebe verfügen, in Verletzung entsprechender Abkommen große Mengen an Sprengstoffen für die Atomwaffenerzeugung anhäufen können. Wie gefährlich eine solche Lage ist, wird um so verständlicher, wenn man in Betracht zieht, daß die Produktion von Atom- und Wasserstoffbomben bei Vorhandensein entsprechender Mengen an Atomsprengstoffen technisch durchaus möglich ist und in großem Umfange erfolgen kann.

Somit gibt es einer internationalen Kontrolle nicht zugängliche Möglichkeiten, diese Kontrolle zu umgehen und eine heimliche Produktion von Atom- und Wasserstoffbomben selbst bei Vorhandensein eines formellen Abkommens über internationale Kontrolle zu organisieren. Bei einer solchen Lage kann die Sicherheit der Signatarstaaten der internationalen Konvention nicht gesichert werden, da für einen potentiellen Aggressor die Möglichkeit bestünde, Atom- und Wasserstoffwaffenvorräte für einen plötzlichen Atomüberfall auf friedliebende Staaten anzuhäufen.

Jedes Abkommen über die Errichtung einer internationalen Kontrolle ist, solange nicht eine Atmosphäre des Vertrauens in den zwischenstaatlichen Beziehungen geschaffen wird, lediglich geeignet, die Wachsamkeit der Völker einzuschläfern. Es ist geeignet, ein falsches Sicherheitsgefühl aufkommen zu lassen, während in Wirklichkeit die Gefahr der Atom- und Wasserstoffwaffenproduktion und damit auch die Gefahr eines plötzlichen Überfalls und der Entfesselung eines Atomkrieges mit allen sich daraus für die Völker ergebenden schwersten Folgen besteht.

Man muß auch damit rechnen, daß die Vorbereitung eines neuen Krieges, der im Zusammenhang mit dem Aufkommen der Atom- und Wasserstoffwaffe zu einer gewaltigen Gefahr geworden ist, unausbleiblich mit der Notwendigkeit bedeutender Truppenkonzentrationen an bestimmten Punkten mit großen Mengen konventioneller Waffen, das heißt mit Flugzeugen, Artillerie, Panzern, Kriegsschiffen und so weiter, verbunden ist. Diese Konzentration großer Kontingente an Land-, See- und Luftstreitkräften und ihre Verschiebung kann

lediglich über große Knotenpunkte, Häfen und Flugplätze erfolgen. Die Bedeutung dieser Punkte für die Vorbereitung eines Aggressionskrieges wird bei der gegenwärtigen Kriegstechnik keineswegs geringer, sondern im Gegenteil noch größer.

Neben den Atom- und Wasserstoffwaffen mit ihrer ganzen Zerstörungskraft würden im Falle des Ausbruchs eines Krieges in den Kriegshandlungen unweigerlich Millionenarmeen und riesige Mengen von konventionellen Waffen eingesetzt werden, die für den Ausgang jedes großen Krieges von entscheidender Bedeutung sind.

All das muß berücksichtigt werden, wenn man die Frage der Errichtung einer internationalen Kontrolle über die Erfüllung der Verpflichtungen der Staaten gemäß der Konvention über die Einschränkung der Rüstungen und über das Verbot der Atomwaffen entscheidet.

Die Errichtung einer internationalen Kontrolle und die Frage der Rechte und Vollmachten eines internationalen Kontrollorgans müssen also in engem Zusammenhang mit der Verwirklichung der oben dargelegten Maßnahmen zur Verminderung der internationalen Spannung, zur Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten und zur Durchführung anderer Maßnahmen, die sich auf die Einschränkung der Rüstungen und auf das Verbot der Atomwaffe beziehen, behandelt werden.

Ausgehend von dem Obengesagten, schafft die Vollversammlung ein internationales Kontrollorgan mit folgenden Rechten und Vollmachten:

1. Für die erste Periode der Durchführung von Maßnahmen zur Einschränkung der Rüstungen und zum Verbot der Atomwaffe:

a) Zur Verhütung eines plötzlichen Überfalls eines Staates auf einen anderen Staat richtet das internationale Kontrollorgan auf dem Territorium aller betreffenden Staaten auf Gegenseitigkeit beruhende Kontrollposten in größeren Häfen, an Eisenbahnknotenpunkten, auf Autostraßen und auf Flugplätzen ein.

Aufgabe dieser Posten ist es, dafür zu sorgen, daß keine gefährlichen Konzentrationen von Land-, Luft- und Seestreitkräften vorgenommen werden können.

b) Das internationale Kontrollorgan wird das Recht haben, die nötigen Angaben über die Durchführung der Maßnahmen zur Einschränkung der Rüstungen und der Streitkräfte bei den Staaten anzufordern.

c) Das Kontrollorgan wird ungehinderten Zugang zu den Unterlagen haben, die die Budgetmittel der Staaten für militärische Zwecke betreffen, darunter auch zu allen Beschlüssen der Legislativ- und Exekutivorgane der Staaten in dieser Frage. Die Staaten werden regelmäßig zu festgesetzten Terminen dem Kontrollorgan Angaben über die Durchführung der in der Konvention (im Vertrag) vorgesehenen Maßnahmen vorlegen.

2. Für die zweite Periode der Durchführung der Maßnahmen zur Einschränkung der Rüstungen und zum Verbot der Atomwaffe:

Die Verwirklichung der Maßnahmen, die in der oben angeführten Deklaration vorgesehen sind sowie der Maßnahmen zur Einschränkung der Rüstungen und der Streitkräfte und zum Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffe, die für die erste Periode vorgesehen sind, wird die nötige Atmosphäre des Vertrauens zwischen den Staaten schaffen. Dadurch werden die notwendigen Bedingungen für eine Erweiterung der Funktionen des internationalen Kontrollorgans gesichert werden.

Unter diesen Bedingungen wird das internationale Kontrollorgan folgende Rechte und Vollmachten besitzen:

a) Eine Kontrolle einschließlich einer ständigen Inspektion in einem Umfang auszuüben, der notwendig ist, um die Erfüllung der genannten Konvention durch alle Staaten zu gewährleisten. Das internationale Kontrollorgan wird diese Funktionen ausüben und dabei auch das Recht haben, die nötigen Angaben über die Durchführung der Maßnahmen zur Einschränkung der Rüstungen und der Streitkräfte von den Staaten einzufordern.

Zur Inspektion wird auf internationaler Grundlage ausgewähltes Personal herangezogen werden.

b) In allen Ländern, die die Konvention unterzeichnet haben, ständig einen eigenen Stab von Inspektoren zu besitzen, die im Rahmen ihrer Kontrollfunktionen jederzeit ungehinderten Zutritt zu allen Kontrollobjekten hätten.

Um einen plötzlichen Überfall eines Staates auf einen anderen Staat zu verhüten, wird das internationale Kontrollorgan unter anderem auf dem Territorium aller betreffenden Staaten auf Gegenseitigkeit beruhende Kontrollposten in größeren Häfen, an Eisenbahnknotenpunkten, auf Autostraßen und Flugplätzen besitzen.

c) Das Kontrollorgan wird ungehinderten Zugang zu den Unterlagen besitzen, die sich auf die Budgetmittel der Staaten für mili-

tärische Zwecke beziehen, unter anderem auch zu allen Beschlüssen der Legislativ- und Exekutivorgane der Staaten über diese Frage. Die Staaten werden regelmäßig zu festgesetzten Terminen dem Kontrollorgan Angaben über die Durchführung der in der Konvention (im Vertrag) vorgesehenen Maßnahmen vorlegen.

3. Das Kontrollorgan empfiehlt dem Sicherheitsrat vorbeugende und unterbindende Maßnahmen gegen die Länder, die die Konvention über die Einschränkung der Rüstungen und über das Verbot der Atomwaffen verletzen.

4. Auf Grund der oben genannten Prinzipien müssen die Funktionen und Vollmachten des ständigen internationalen Kontrollorgans präzisiert und dazu eine entsprechende Instruktion ausgearbeitet werden.

11.—14. Mai 1955

Die Warschauer Konferenz

Vom 11. bis zum 14. Mai 1955 fand in Warschau die zweite Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa statt, an der teilnahmen: Die Volksrepublik Albanien, die Volksrepublik Bulgarien, die Ungarische Volksrepublik, die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Rumänische Volksrepublik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Tschechoslowakische Republik.

Die Teilnehmer der Warschauer Konferenz haben die mit der Ratifizierung der Pariser Kriegsverträge verbundenen Veränderungen in der internationalen Lage allseitig erörtert und festgestellt, daß die Ratifizierung der Pariser Verträge, die die Bildung einer neuen militärischen Gruppierung in Gestalt der Westeuropäischen Union unter Teilnahme des in Remilitarisierung begriffenen Westdeutschlands und dessen Einbeziehung in den Nordatlantikblock vorsehen, die Gefahr eines neuen Krieges verstärkt und eine Bedrohung der nationalen Sicherheit der friedliebenden Staaten schafft.

Die Teilnehmerstaaten der Konferenz haben beschlossen, für die Gewährleistung ihrer Sicherheit und im Interesse der Einhaltung des Friedens in Europa erforderliche Maßnahmen zu treffen.

Zu diesem Zweck haben die Teilnehmerstaaten der Warschauer Konferenz einen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik abgeschlossen.

Auf der Konferenz wurde ferner ein Beschluß über die Schaffung eines vereinten Kommandos der Streitkräfte der Partnerstaaten des Vertrages gefaßt.

Die Konferenz verlief in einer Atmosphäre voller Einmütigkeit, die Ausdruck der herzlichen Freundschaft und Zusammenarbeit der Brudervölker des Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus ist.

Erklärung N. A. Bulganins in Warschau

Genosse Vorsitzender! Genossen Delegierte!

Ein feststehendes Prinzip der sowjetischen Außenpolitik ist das Leninsche Prinzip der Koexistenz verschiedener gesellschaftlicher Systeme. Die Sowjetregierung vertritt dieses Prinzip, um die Menschheit vor den Schrecken und Leiden des Krieges zu bewahren, um den Völkern Frieden und Ruhe zu gewährleisten. Die Sowjetunion führt einen aktiven Kampf für die Festigung des Friedens und für die Minderung der internationalen Spannung und begrüßt jegliche Schritte der Regierungen anderer Länder in dieser Richtung.

Aus diesem Grunde mißt die Sowjetregierung der gegenwärtigen Konferenz, die mit der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa zusammenhängende Fragen erörtern soll, außerordentliche Bedeutung bei.

Ende des vergangenen Jahres haben sich die Regierungen der hier vertretenen Staaten auf der Moskauer Konferenz europäischer Länder über die Notwendigkeit geeinigt, die Lage erneut zu prüfen, falls die Pariser Verträge ratifiziert werden sollten.

Jetzt ist eine solche Notwendigkeit eingetreten. Die Ratifizierung der Pariser Verträge ist zur Tatsache geworden. Das hat ernste Veränderungen in der gesamten internationalen Lage hervorgerufen und hat die friedliebenden Staaten vor neue Aufgaben gestellt.

In den Reden der Teilnehmer der Moskauer Konferenz sowie in der von ihnen angenommenen Deklaration wurde eine allseitige Analyse der Pariser Verträge gegeben, und es wurde auf die Gefahren hingewiesen, die sie für die Sache des Friedens in Europa mit sich bringen. Die Ereignisse seit jener Zeit haben die Richtigkeit dieser Analyse bestätigt.

Der deutsche Imperialismus bedroht erneut Europa

Wir müssen der Tatsache Rechnung tragen, daß die Pariser Verträge ratifiziert sind und in Kraft treten. Durch diese Ratifizierung haben die westdeutschen Militaristen und Revanchepolitiker die Möglichkeit erhalten, offen mit der Aufstellung einer Kaderarmee zu beginnen und sie mit allen Arten der modernen Waffen, einschließlich der Atomwaffen, der chemischen und bakteriologischen Kampfmittel auszurüsten. Westdeutschland wird in ein Aufmarschgebiet für die Entfaltung großer aggressiver Kräfte verwandelt. In verstärktem

Maße werden Flugplätze, Schießplätze, Kasernen und Waffenlager errichtet. Maßnahmen zur Anwendung der Atomwaffe durch die westdeutschen Militaristen werden ausgearbeitet. Massenlieferungen amerikanischer Waffen nach Westdeutschland werden vorbereitet, und gleichzeitig wird die Militarisierung der westdeutschen Industrie verstärkt.

Somit spielen die Pariser Verträge den Aggressoren und Okkupanten von gestern Mittel zu neuerlicher Unterdrückung in die Hände. Der deutsche Militarismus, der im Laufe des Lebens einer Generation zwei Weltkriege entfesselt hat, erscheint aufs neue auf dem europäischen und internationalen Schauplatz und bedroht den Frieden und die Sicherheit der Völker.

Zehn Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges wird Westdeutschland mit Hilfe der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs in den Hauptherd der Kriegsgefahr in Europa verwandelt. Es wird zu einem Glied des aggressiven Nordatlantikblocks sowie der westeuropäischen militärischen Union, die sich gegen die Länder der Volksdemokratie richten.

Man muß daran erinnern, daß Großbritannien und Frankreich dem Militärblock mit den westdeutschen Militaristen und Revanchepolitikern entgegen den Verpflichtungen beigetreten sind, die sie durch die in den Jahren des zweiten Weltkrieges mit der Sowjetunion abgeschlossenen Verträge übernommen hatten, jener Verträge, die sich gegen eine Aggression seitens des deutschen Militarismus richteten. Damit haben sich Großbritannien und Frankreich faktisch von diesen wichtigen Verträgen losgesagt. Angesichts dieser Tatsache hat das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken am 7. Mai Erlasse über die Annullierung dieser Verträge angenommen.

Die in der zweiten Hälfte des Dezembers des vergangenen Jahres, also bereits nach der Moskauer Konferenz, abgehaltene Tagung des Nordatlantikblocks hat einen Beschluß über die Vorbereitung eines Atomkrieges gefaßt.

Auch das steht in direktem Zusammenhang mit den Pariser Verträgen und bestätigt ein weiteres Mal ihren gefährlichen Charakter für die Sache des Friedens in Europa.

USA-Kriegsvorbereitungen in Asien

Die Aktivierung der aggressiven Kräfte ist nicht nur in Europa zu beobachten. Bekanntlich wird gegenwärtig ein starker Druck auf mehrere Staaten des Nahen und Mittleren Ostens ausgeübt, um sie zu

zwingen, sich Militärblocks anzuschließen, die als Anhängsel zu dem aggressiven Nordatlantikblock geschaffen werden. Es wird ein Druck auf Syrien, Ägypten und auf andere arabische Länder ausgeübt, ferner auch auf das an die Sowjetunion grenzende Afghanistan. Man versucht, Iran in aggressive Blocks einzubeziehen, obgleich Iran, entsprechend dem Sowjetisch-Iranischen Vertrag über Garantie und Neutralität vom 1. Oktober 1927, die Verpflichtung übernommen hat, an keinen politischen Bündnissen oder Abkommen teilzunehmen, die sich gegen die Sowjetunion richten.

Gleichzeitig mit der Organisierung militärischer Gruppierungen unternehmen die Vereinigten Staaten von Amerika Schritte zur Erweiterung des Netzes ihrer militärischen Stützpunkte, insbesondere in der Nähe der Grenzen der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie. Es wird kein Geheimnis daraus gemacht, daß von diesen Stützpunkten aus ein Luftüberfall auf unser Land und auf andere friedliebende Staaten geplant wird.

Im Fernen Osten, im Raum von Taiwan, werden die Provokationen gegen die Volksrepublik China fortgesetzt. Es ist ganz klar, daß sich die Tschiang-Kai-schek-Clique, die sich auf der Insel Taiwan eingenistet hat, niemals zu ihren räuberischen Handlungen entschlossen hätte, wenn sie nicht die Unterstützung eines starken Gönners in Gestalt der USA hätte, die die aus China vertriebene Tschiang-Kai-schek-Bande in ihre Dienste genommen hat.

Taiwan, Penhuledao und die Küsteninseln wurden zu militärischen Stützpunkten, von wo aus die von den Vereinigten Staaten kontrollierten Streitkräfte — ohne provoziert worden zu sein — Überfälle auf die Volksrepublik China verüben sowie Piratenangriffe auf Handelsschiffe im offenen Meer unternehmen.

Offizielle Persönlichkeiten in den Vereinigten Staaten von Amerika bezeichnen eine solche Politik als „Verteidigung gegen eine kommunistische Aggression", obgleich die ganze Welt weiß, daß sich kein anderer als eben die USA des seit altersher chinesischen Bodens — der Insel Taiwan — bemächtigt hat und ihn besetzt hält und daß die amerikanischen Generale und Admirale bestrebt sind, einen großen Krieg unter Anwendung von Atomwaffen zu entfesseln.

In Südostasien wurde ein Militärblock geschaffen, der unter der Bezeichnung SEATO bekannt ist und eine Vereinigung der Kolonialmächte des Westens und einiger von ihnen abhängiger Staaten Asiens darstellt. Dieser Block verfolgt das Ziel, das Kolonialregime zu erhalten und zu festigen, die nationale Befreiungsbewegung zu unterdrücken und sich in die Angelegenheiten der Volksrepublik China

und anderer Länder Asiens einzumischen. Es ist nicht verwunderlich, daß solche Staaten Südostasiens wie Indien, Burma und Indonesien, die die Freiheit und Unabhängigkeit achten, es entschieden abgelehnt haben, sich dem aggressiven und reaktionären Block der Kolonialherren anzuschließen.

Aus dem oben Gesagten geht hervor, daß **die Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland von einer verstärkten Aktivität der aggressiven Kräfte in der ganzen Welt begleitet wird. Hierbei ist der westdeutschen Wehrmacht die besondere Rolle der Hauptstoßkraft zugedacht.**

Konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion

Die Sowjetunion führt einen konsequenten Kampf für die Minderung der internationalen Spannung, für die Erhaltung und Festigung des Friedens. In dieser ihrer Politik rechnet die Regierung der Sowjetunion auf die Unterstützung und die Mitarbeit der friedliebenden Staaten, die auf der gegenwärtigen Konferenz vertreten sind. Sie ist ferner von der Unterstützung ihrer Politik durch die friedliebenden Kräfte auch in anderen Ländern überzeugt. Unsere Zuversicht ist darauf begründet, daß die ureigensten Interessen aller Völker die Erhaltung des Friedens und die Minderung der internationalen Spannung erfordern.

Der Kampf der Völker Westeuropas gegen die Pariser Verträge hat gezeigt, welch große Kräfte in jenen Ländern für den Frieden eintreten, deren innere Entwicklung und deren Außenpolitik man jetzt in vollem Umfang der Vorbereitung eines neuen Krieges unterordnen will. Der Widerstand der fortschrittlichen Kräfte und der Volksmassen der westeuropäischen Länder hat die Verwirklichung der Pläne zur Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland lange hinausgezögert. Die Volksmassen haben die ganze Gefahr einer Politik der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus und der Vorbereitung eines neuen Krieges in Europa erkannt.

Auch jetzt für die Einheit Deutschlands kämpfen

Die Sowjetunion war und bleibt ein entschiedener und konsequenter Gegner der Remilitarisierung Westdeutschlands. Als wir gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge kämpften, waren wir der Ansicht, wie wir auch jetzt der Auffassung sind, daß die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in den Nordatlantikblock das Haupthindernis bei der Wiedererrichtung der nationalen Einheit

Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage ist. **Gleichzeitig waren und bleiben wir Verfechter der Wiedererrichtung eines einheitlichen Deutschlands als eines freien, friedliebenden und demokratischen Staates.** Die Politik der Sowjetunion in der Deutschlandfrage wird auch in Zukunft von diesen Grundsätzen ausgehen.

Dementsprechend ist es notwendig, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus nicht zuzulassen und einen breiten, allseitigen Kampf gegen die Verwirklichung der Pariser Verträge zu führen. **Es ist erforderlich, auch unter den neuen Voraussetzungen für die nationale Vereinigung Deutschlands zu kämpfen. Eine entscheidende Rolle bei der Verwirklichung dieser Aufgaben müssen in erster Linie die patriotischen Kräfte des deutschen Volkes selbst spielen, die bestrebt sind, die Remilitarisierung Westdeutschlands nicht zuzulassen.**

Einen wichtigen Beitrag zur Vereinigung Deutschlands sowie zur Erhaltung des Friedens in Europa kann die Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschland und die Minderung der Spannung bilden, die in den Beziehungen zwischen ihnen besteht. **Es ist außer Zweifel, daß die Herbeiführung gemeinsamer Aktionen der beiden Teile Deutschlands zur Bildung eines geeinten, freien und demokratischen Deutschlands nicht nur notwendig, sondern auch durchaus möglich ist, da das den Interessen des ganzen deutschen Volkes entspricht.**

Wir können selbstverständlich den Umstand nicht übersehen, daß die Ratifizierung der Pariser Verträge für die Regelung der Deutschlandfrage eine neue Lage geschaffen hat, die, insgesamt gesehen, für das deutsche Volk ungünstig ist.

Bekanntlich hat die Sowjetregierung in ihren früheren Erklärungen mehrmals auf die Wichtigkeit der Lösung der Frage der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands durch Verhandlungen zwischen den vier Großmächten unter Teilnahme von Vertretern beider Teile Deutschlands hingewiesen. Wenn sich die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs tatsächlich die Wiedervereinigung Deutschlands zum Ziel gesetzt und nicht die Remilitarisierung Westdeutschlands und seinen Anschluß an ihre aggressiven Gruppierungen betrieben hätten, was selbstverständlich zur Vertiefung der Spaltung führen muß, so wären die von der Sowjetunion vorgeschlagenen Verhandlungen zweifellos zu positiven Ergebnissen geführt worden. Jedoch die Regierungen der drei Westmächte haben einen anderen Weg beschritten. Sie ratifizierten die Pariser Verträge und zeigten damit, daß sie nicht wünschen, die nationalen Interessen des deutschen Volks sowie die Interessen des Friedens und der Sicherheit in Europa zu berücksichtigen.

Die Sowjetregierung ist bereit, auch weiterhin mit allen Kräften zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland auf annehmbarer Grundlage beizutragen.

Die Sowjetunion tritt für die Minderung der internationalen Spannungen ein

Die Sowjetunion hat die Staaten und Kräfte unterstützt und wird sie weiterhin unterstützen, die an der Minderung der internationalen Spannung, an der Erhaltung und Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit interessiert sind.

Dieser Linie entspricht die Haltung der Sowjetregierung in der Österreichfrage. Man kann nicht umhin anzuerkennen, daß die völlige Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit eines neutralen Österreichs ein wesentlicher Beitrag zur Festigung des Friedens in Europa ist. Die Tatsache, daß sich in Österreich gesellschaftliche Kräfte gefunden haben, die entschieden diesen Weg beschritten, zeugt von den vorhandenen großen Möglichkeiten für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung.

Es wäre falsch anzunehmen, daß allein die österreichische Regierung eine derartige Haltung einnimmt. Sowohl in Europa als auch in Asien gibt es nicht wenige Staaten, die sich keinem aggressiven Militärblock anschließen wollen. Die friedlichen Bestrebungen solcher Staaten finden das volle Verständnis und die Unterstützung der Sowjetunion.

Die Sowjetregierung hat mit Zustimmung der Regierung der Volksrepublik China in letzter Zeit Schritte unternommen, um eine Entspannung im Raum von Taiwan zu erreichen, und zu diesem Zweck Verhandlungen mit den Regierungen Großbritanniens und Indiens geführt.

Die Sowjetregierung machte den Vorschlag, daß die Länder, die besonders an der Regelung der im Raum von Taiwan und der anderen chinesischen Inseln entstandenen Lage interessiert sind, diese Frage auf einer entsprechenden Konferenz erörtern, an der neben der Volksrepublik China und den Vereinigten Staaten von Amerika auch Großbritannien, die Sowjetunion, Frankreich, Indien, Burma, Indonesien, Pakistan und Ceylon teilnehmen könnten. Die Konferenz fand infolge des Widerstandes der USA nicht statt, die darauf bestanden, daß an ihr die Tschiang-Kai-scheck-Clique teilnimmt, obgleich diese außer sich selbst niemanden vertritt.

Die Regierung der Sowjetunion unterstützt ihrerseits voll und ganz die Haltung der Volksrepublik China in der Taiwanfrage und jene Schritte, die Volkschina zur Festigung des Friedens in diesem Raum unternimmt.

Im Zusammenhang mit der Zuspitzung der Lage im Nahen und Mittleren Osten hat die Sowjetregierung in ihrer kürzlich abgegebenen Erklärung über die Sicherheit in diesem Raum hervorgehoben, daß sie sich zu der dort entstandenen Lage nicht gleichgültig verhalten kann. Die Regierung der Sowjetunion erklärte, daß diese Frage in der Organisation der Vereinten Nationen erörtert werden muß, wenn die Politik des Drucks und der Drohungen gegenüber den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens fortgesetzt wird.

Die Sowjetregierung ist fest davon überzeugt, daß bei Vorhandensein guten Willens von seiten der Staaten, die die Hauptverantwortung für die Erhaltung des Friedens tragen, die Regelung einer Reihe wichtiger internationaler Probleme möglich wäre, die gegenwärtig die Minderung der internationalen Spannung behindern.

Die Führer des Sowjetstaates haben wiederholt erklärt, daß sie für die Schaffung eines normalen Zustandes in den Beziehungen zwischen den Ländern, für Zusammenkünfte, für die allseitige Entwicklung des Handels, für gegenseitigen Austausch von Kulturdelegationen, mit einem Wort, daß sie für alles das eintreten, was man Entspannung der Lage nennt. Jedoch hängt in diesen Dingen nicht alles von uns ab. Sogar eine so einfache Frage wie der Austausch von Studentendelegationen hat keine positive Lösung gefunden. Wir haben den USA vorgeschlagen, Studentendelegationen auszutauschen. Man antwortete uns jedoch, daß Fingerabdrücke gefordert werden. **Um die Beziehungen zwischen den Ländern zu entspannen und die Möglichkeit zu haben, diese oder jene konkreten Fragen positiv zu lösen, ist es notwendig, eine gute Atmosphäre zu schaffen, die sich auf Vertrauen und gegenseitige Verständigung gründet.**

In letzter Zeit wird in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Großbritannien und in Frankreich, wie dies aus der Presse ersichtlich ist, viel über die Notwendigkeit einer Konferenz der Großmächte auf höchster Ebene gesprochen und geschrieben. Das ist kein Zufall. Der Gedanke einer solchen Konferenz hat tiefe Wurzeln in den Volksmassen gefaßt, die auf sie große Hoffnungen setzen und der Ansicht sind, daß eine Konferenz zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten beitragen kann. Eine solche Stimmung darf nicht unterschätzt werden.

Die Sowjetregierung steht dem Gedanken einer Konferenz der Großmächte positiv gegenüber. Natürlich ist die Einberufung einer

solchen Konferenz nur dann zweckmäßig, wenn sie tatsächlich zur Minderung der internationalen Spannung und zur Verbesserung der internationalen Beziehungen beiträgt.

Gestern, am 10. Mai, hat die Sowjetregierung eine Note von den Regierungen der USA sowie Frankreichs und Großbritanniens erhalten. In der Note wird vorgeschlagen, eine Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte mit Beteiligung der Außenminister einzuberufen. Diese Note wird von der Sowjetregierung aufmerksam studiert werden.

Die Regierung der Sowjetunion, die unbeirrbar nach der Festigung des Friedens und der Minderung der internationalen Spannung strebt, wird weiterhin alle Maßnahmen ergreifen, um ein Abkommen über das Verbot der Atomwaffe, die Einschränkung der Rüstungen und der Streitkräfte sowie über die Beseitigung der Gefahr eines neuen Krieges herbeizuführen.

Heute wurden in der Presse neue Vorschläge der Sowjetregierung zu diesen Fragen veröffentlicht.

Für Beendigung des „kalten Krieges"

Die neuen Vorschläge der Sowjetunion, die der Vollversammlung der Vereinten Nationen zur Erörterung unterbreitet werden, haben große Bedeutung und sind ein gewaltiger Beitrag für die Sache des Friedens. Sie führen zur Minderung der internationalen Spannung und schaffen die Voraussetzungen für die Herstellung des notwendigen Vertrauens und Verständnisses zwischen den Staaten.

In der von der Sowjetunion vorgeschlagenen Deklaration heißt es, daß die Völker, die unlängst den zweiten Weltkrieg erlebt haben, der schwere Verluste an Menschenleben und gewaltige materielle Zerstörungen gebracht hat, mehr denn je ihren unbeugsamen Friedenswillen bekunden. Dieses tiefe Streben der Völker nach Frieden trägt Früchte, jedoch wird die Lage trotzdem in einigen Gebieten der Welt gegenwärtig nicht nur nicht besser, sondern im Gegenteil komplizierter, und das gegenseitige Mißtrauen zwischen den Staaten vertieft sich.

„Das Fehlen des notwendigen Vertrauens in den Beziehungen zwischen den Staaten", heißt es in der Deklaration, „ist die Hauptursache, die die Regelung der ungelösten Probleme sowohl in Europa als auch in Asien behindert.

Dies bezieht sich vor allem auf das gegenseitige Verständnis zwischen den Großmächten, die die Hauptverantwortung für die Erhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit der Völker tragen."

Das Mißtrauen in den Beziehungen zwischen den Großmächten führte dazu, daß nach Beendigung des zweiten Weltkrieges die Gefahr eines neuen Krieges heraufzog, der noch folgenschwerer sein würde. Das Wettrüsten nimmt immer größere Ausmaße an, Armeen, Kriegsflotten und Luftstreitkräfte werden ständig vervollkommnet. Die höchsten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik werden für die Produktion der verheerendsten Massenvernichtungsmittel verwendet. Besonders großes Ausmaß hat das Wettrüsten auf dem Gebiet solch gefährlicher Waffenarten wie der Atom- und der Wasserstoffwaffe angenommen. Es werden zahlreiche ausländische Militärstützpunkte auf fremden Territorien angelegt, was berechtigte Befürchtungen bei den Staaten hervorruft, gegen die sie gerichtet sind. Die Organisierung solcher Stützpunkte verstärkt auch die Bedrohung der Sicherheit jener Staaten, auf deren Territorien sie angelegt werden.

Seit vielen Jahren befindet sich die Welt im Zustand des „kalten Krieges", und die Kriegsvorbereitungen der Staaten lasten schwer auf den Schultern der Völker. In einer Reihe von Staaten wird offen die Propagierung eines neuen Krieges betrieben. In der Presse, im Rundfunk und in öffentlichen Reden wird immer häufiger zum Krieg, darunter zum Atomkrieg, aufgerufen. Die früher bestehenden traditionellen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen vielen Staaten, die im Laufe vieler Jahre entstanden sind, wurden zerstört.

Man braucht keine Beweise, um die entstandenen internationalen Beziehungen als völlig anomal zu erkennen. Es sind tiefgreifende Maßnahmen zur Minderung der internationalen Spannung, zur Schaffung des notwendigen elementaren Vertrauens in den internationalen Beziehungen, zur Beseitigung der Gefahr eines neuen Krieges und zur Schaffung der Voraussetzungen für ein friedliches und ruhiges Leben der Völker notwendig.

Wie ist das zu erreichen? **Es ist vor allem notwendig, dem „kalten Krieg" ein Ende zu setzen.** Die Sowjetunion ist der Ansicht, daß die Vollversammlung der UN allen Staaten empfehlen muß, die notwendigen Maßnahmen zu treffen zur strikten Einhaltung ihres Beschlusses, der jegliche Form der Propagierung eines neuen Krieges verurteilt, sowie zur Einstellung jeglicher Kriegshetze und jeglicher Aufrufe zur Entfesselung der Feindschaft zwischen den Völkern in Presse, Rundfunk, Film und öffentlichen Reden. Die Mißachtung dieser Empfehlungen muß als Verletzung der internationalen Pflicht und der Verpflichtungen eines Staates gegenüber der Organisation der Vereinten Nationen angesehen werden.

Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß der unverzügliche Abzug der Besatzungstruppen der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten

von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs vom Territorium Deutschlands, mit Ausnahme streng begrenzter Kontingente der Truppen, die zeitweilig bis zum Abschluß eines Abkommens über ihren völligen Abzug auf deutschem Territorium verbleiben sollen, zur Minderung der internationalen Spannung und zur Schaffung des notwendigen Vertrauens zwischen den Staaten beitragen würde.

Nach Ansicht der Sowjetunion müssen die Staaten, die ständige Mitglieder des Sicherheitsrates sind, ein **Abkommen über die Beseitigung ausländischer Militärstützpunkte auf fremden Territorien erreichen.**

Die gespannte Lage in einigen Gebieten des Fernen Ostens birgt die Gefahr eines neuen Krieges in sich und stellt eine ernste Gefahr für die Erhaltung des Weltfriedens dar. Die interessierten Staaten müssen die ungelösten Fragen im Fernen Osten in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Souveränität und der territorialen Integrität lösen.

Die Sowjetunion vertritt die Ansicht, daß die Staaten in ihren Wirtschaftsbeziehungen jegliche Art von Benachteiligung, die die Entwicklung einer breiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen ihnen vor allem auf dem Gebiet des Handels behindert, beseitigen und die internationalen kulturellen Verbindungen erweitern müssen.

Für eine umfassende Abrüstung

Die Verwirklichung dieser Maßnahmen wird zur Herstellung von Vertrauen zwischen den Staaten beitragen, was die Hauptvoraussetzung für eine wirklich praktische Lösung des Abrüstungsproblems ist. Ohne Herstellung des notwendigen Vertrauens zwischen den Staaten kann das Abrüstungsproblem ein in der Luft hängendes Problem bleiben. **Wir sind entschieden dafür, daß die Abrüstungsfrage aus einem in der Luft hängenden Problem zu einer Frage wird, die auf realem Boden steht, und daß sie gelöst wird.**

Zu diesem Zweck schlägt die Sowjetunion vor, daß die Vollversammlung neben der Durchführung der oben erwähnten Vorschläge zur Entspannung der internationalen Beziehungen die UN-Abrüstungskommission beauftragt, einen Entwurf einer „Internationalen Konvention zur Frage der Einschränkung der Rüstungen und des Verbots der Atom-, der Wasserstoff- und anderer Massenvernichtungswaffen" ausarbeitet und dem Sicherheitsrat zur Bestätigung vorlegt.

In den Vorschlägen der Sowjetunion ist vorgesehen, daß die Einschränkung der Rüstungen und das Verbot der Atomwaffe im Laufe von zwei Etappen durchgeführt werden sollen, von denen jede ein Jahr beansprucht.

Im Verlaufe der ersten Periode, die das Jahr 1956 umfaßt, sollen folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

Als ersten Schritt verpflichten sich die Teilnehmerstaaten der Konvention, ihre Streitkräfte und Rüstungen gegenüber dem Stand der Rüstungen und der Streitkräfte vom 31. Dezember 1954 nicht zu erhöhen. Ihre Aufwendungen für militärische Zwecke werden ebenfalls auf den Stand der Ausgaben beschränkt, die für diese Zwecke im Laufe des Jahres 1954 gemacht wurden.

Die Vorschläge der Sowjetunion sehen ferner die Festlegung eines Niveaus vor, auf das die Streitkräfte der Staaten zu reduzieren sind. Die Streitkräfte der USA, der UdSSR, Chinas, Großbritanniens und Frankreichs sollen folgende Ausmaße nicht überschreiten:

USA: von einer Million bis 1,5 Millionen Mann;
China: von einer Million bis zu 1,5 Millionen Mann;
UdSSR: von einer Million bis zu 1,5 Millionen Mann;
Großbritannien: 650 000 Mann;
Frankreich: 650 000 Mann.

Die Staaten dürfen nicht über Streitkräfte verfügen, die eine Gefahr für den Weltfrieden darstellen könnten.

Die Einschränkung der Streitkräfte und der Rüstungen dieser fünf Mächte auf den festgelegten Stand soll in zwei gleichen Teilen erfolgen: zu 50 Prozent im Jahre 1956 und die übrigen 50 Prozent im Jahre 1957. Gleichzeitig sollen dementsprechend die Aufwendungen dieser Staaten für militärische Zwecke eingeschränkt werden.

Die sowjetischen Vorschläge sehen vor, daß zur restlosen Durchführung der Maßnahmen für eine allgemeine Einschränkung der Rüstungen sowie zur Bestimmung des Ausmaßes der Einschränkung der Rüstungen und der Streitkräfte anderer Staaten nicht später als in der ersten Hälfte des Jahres 1956 eine Weltkonferenz einberufen werden soll. Die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte, die diese Konferenz für andere Staaten festlegen wird, soll beträchtlich unter dem Stand liegen, der für die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats festgelegt wurde.

Als vordringlichste Maßnahme zur Verwirklichung des Programms der Einschränkung der Rüstungen und des Verbots der Atomwaffe sehen die sowjetischen Vorschläge die Einstellung der Experimente mit Atom- und Wasserstoffwaffen vor.

In den sowjetischen Vorschlägen wird ferner darauf verwiesen, daß die Staaten gleichzeitig mit Beginn der Durchführung von Maßnahmen zur Einschränkung der Rüstungen und der Streitkräfte die feierliche Verpflichtung übernehmen, die Kernwaffe nicht anzuwen-

den, die sie für verboten ansehen. Ausnahmen von dieser Regel können bei Verteidigung gegen eine Aggression zugelassen werden, wenn ein entsprechender Beschluß des Sicherheitsrats gefaßt wird.

Die neuen Vorschläge der Sowjetunion sehen vor, daß die Staaten, die über Land-, See- und Luftstützpunkte auf den Territorien anderer Staaten verfügen, die Verpflichtung übernehmen, einen Teil dieser Stützpunkte im Verlauf des Jahres 1956 zu liquidieren.

Für die zweite Periode, d. h. für das Jahr 1957, sehen die sowjetischen Vorschläge die Durchführung folgender Maßnahmen vor:

Erstens muß unverzüglich die Produktion von Atom- und Wasserstoffbomben eingestellt werden;

zweitens müssen die USA, die UdSSR, China, Großbritannien und Frankreich ihre Streitkräfte und Rüstungen um die übrigen 50 Prozent der Differenz zwischen dem Stand der Streitkräfte und der Rüstungen vom 31. Dezember 1954 und dem Stand verringern, der ihnen durch die Konvention gestattet ist.

Nachdem die Einschränkung der Streitkräfte und der herkömmlichen Rüstungen zu 75 Prozent des Gesamtausmaßes ihrer Einschränkung durchgeführt ist, **tritt das völlige Verbot der Anwendung der Atom-, der Wasserstoff- und anderer Massenvernichtungswaffen in Kraft.** Die Ausschaltung dieser Waffen aus den Rüstungen und die Einschränkung der Streitkräfte und der herkömmlichen Rüstungen um die letzten 25 Prozent müssen im Jahre 1957 begonnen und in demselben Jahre beendet werden.

Die sowjetischen Vorschläge verpflichten alle Staaten, zur Herstellung einer breiten internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Atomenergie beizutragen. Besondere Aufmerksamkeit muß dabei der Hilfeleistung für wirtschaftlich schwach entwickelte Länder gewidmet werden.

Schließlich sehen die sowjetischen Vorschläge für die zweite Periode die Beendigung der Maßnahmen zur Liquidierung aller ausländischen Land-, See- und Luftstützpunkte auf den Territorien anderer Staaten vor.

Für eine wirksame Kontrolle der Abrüstung

Es ist ganz offensichtlich, daß die Durchführung all dieser Maßnahmen ohne ein System einer realen und wirksamen Kontrolle undenkbar wäre. Deshalb ist die Frage der Kontrolle ein äußerst wichtiger Teil der Konvention.

Es ist kein Zufall, daß die Kontrolle bereits seit neun Jahren die zentrale Frage der Diskussion in den Organen der Organisation der Vereinten Nationen und der Hauptpunkt der Meinungsverschieden-

heiten ist. Wir sind der Ansicht, daß diese Meinungsverschiedenheiten u. a. eine Folge des unrealen Herangehens an die Frage der Kontrolle sind.

Die Sowjetregierung ist zutiefst davon überzeugt, daß eine wirksame Kontrolle der Abrüstung möglich ist. Jedoch alle Arten und Formen der Kontrolle sowie die Rechte und Funktionen der Kontrollorgane, die bis jetzt von verschiedenen Staaten vorgeschlagen wurden, sind unter den gegenwärtigen Bedingungen unzuverlässig.

Die Sowjetregierung, die einen neuen Vorschlag zur Kontrolle vorlegt, berücksichtigt dabei die gegenwärtig entstandenen Beziehungen zwischen den Staaten. Diese Beziehungen sind, wie bereits gesagt wurde, durch Mißtrauen und Argwohn gekennzeichnet. Solche Beziehungen ermöglichen es nicht, eine wirksame Kontrolle auf jener Grundlage durchzuführen, die bis jetzt vorgeschlagen wurde.

Man kann kaum annehmen, daß Staaten, die einander nicht trauen und in gespannten Beziehungen zueinander stehen, wirklich Kontrolleure anderer Länder zu sich in die Rüstungswerke und Betriebe lassen würden, die Atommaterialien sowie Atom- und Wasserstoffwaffen produzieren. Die Tatsachen zeigen, daß die Regierungen einiger Länder sogar der Einreise von Kultur-, Landwirtschafts- und Studentendelegationen Hindernisse in den Weg legen.

Wenn auch wirklich eine derartige Kontrolle möglich wäre, so würde sie unwirksam sein, da bei Fehlen gegenseitigen Vertrauens auch die Umgehung dieser Kontrolle möglich ist. Das wäre um so wahrscheinlicher, als die Technologie der Atomproduktion es ermöglicht, rasch und ohne besondere Schwierigkeiten, nur mit Hilfe einiger Spezialanlagen die Atommaterialien, die für friedliche Verwendung vorgesehen sind, in Atomwaffen zu verwandeln. Auf diese Weise kann man Kontrolleure besitzen, ohne eine Kontrolle zu haben.

Wie soll man in diesem Falle verfahren?

Es ist allgemein bekannt, daß ein moderner Krieg ohne Entfaltung und Konzentrierung großer Land-, See- und Luftstreitkräfte undenkbar ist. Die Atomwaffe an sich kann ohne aktive Mitwirkung aller Arten von Streitkräften nicht in dem Sinne wirksam sein, daß sie allein den Ausgang des Krieges entscheidet. Die Atomwaffe kann nicht ohne Mittel verwendet werden, die diese Waffe zu ihrem Ziel transportieren. Deshalb gehen die sowjetischen Vorschläge zur Kontrolle von der Notwendigkeit aus, solche Voraussetzungen zu schaffen, unter denen aggressive Absichten irgendeines Staates rechtzeitig aufgedeckt und durchkreuzt werden können.

Wir schlagen vor, eine solche Kontrolle zu errichten, die rechtzeitig vor einer gefährlichen Konzentrierung von Land-, Luft- und See-

streitkräften warnen könnte. Dazu ist es notwendig, Kontrollposten in den großen Häfen, auf Flugplätzen und Verkehrsknotenpunkten zu unterhalten, die strategische Bedeutung haben. Die Errichtung einer solchen Kontrolle schließt den plötzlichen Überfall eines Staates auf einen anderen vollkommen aus.

Die sowjetischen Vorschläge sehen eine wirksame Kontrolle der Einschränkung der Streitkräfte der herkömmlichen Rüstungen und der Ausgaben für militärische Zwecke vor. Das für diesen Zweck geschaffene internationale Kontrollorgan muß das Recht haben, von den Staaten die notwendigen Informationen über die Durchführung von Maßnahmen zur Einschränkung der Rüstungen und der Streitkräfte anzufordern, und muß ungehinderten Zugang zu den Unterlagen haben, die die Haushaltausgaben der Staaten für militärische Zwecke betreffen.

Bei der Unterbreitung dieser Vorschläge ist die Sowjetregierung der Ansicht, daß die von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen zur Kontrolle in der Anfangszeit die notwendigen Voraussetzungen für die internationale Entspannung und für die Herstellung des Vertrauens schaffen, die es ermöglichen, im weiteren auch zu anderen Kontrollarten, darunter auch zur Kontrolle der Vernichtung und Ausschaltung der Atomwaffe auf ständiger Grundlage, überzugehen, deren Inhalt im einzelnen in einer Sonderinstruktion festgelegt werden soll, nachdem ein Abkommen im Prinzip erreicht wurde.

Die neuen Vorschläge der Sowjetunion zur Abrüstungsfrage haben die Aufgabe, die Menschheit vor einem neuen vernichtenden Krieg zu bewahren, die Spannung in den Beziehungen zwischen den Staaten zu mindern, die Völker von der schweren Steuerlast, die sie im Zusammenhang mit der Fortsetzung des Wettrüstens tragen, zu befreien und die Möglichkeit der Verwendung der freiwerdenden Hilfsquellen zur Hebung des Wohlstandes der Völker und zur Leistung umfangreicher Hilfe für wirtschaftlich schwach entwickelte Länder sicherzustellen.

Kollektive Sicherheit — bester Weg zum Frieden

Ein deutlicher Ausdruck der Stimmung, von der gegenwärtig breite Volksmassen erfaßt sind, ist die vor kurzem in Bandung beendete Konferenz von 29 Ländern Asiens und Afrikas. Die Arbeit der Konferenz zog die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich, und ihre positiven Ergebnisse werden eine große Rolle im Kampf für Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit spielen. Obgleich auf der Konferenz verschiedene soziale Systeme vertreten waren, nahmen die Teilnehmer gemeinsame Beschlüsse in allen erörterten Fragen an. Die von der

Konferenz angenommene Deklaration über die Förderung des Weltfriedens und der Zusammenarbeit gründet sich auf die Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Die Beschlüsse der Konferenz der Länder Asiens und Afrikas, die Fragen der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Zusammenarbeit erörterte, zeugen von richtigem Herangehen an die Probleme des internationalen Lebens. Die Konferenz erklärte, daß die Regelung der internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln, auf dem Wege von Verhandlungen, vor sich gehen muß. Ein solcher Weg ist richtig und fruchtbringend. Es ist bekannt, daß es in jüngster Vergangenheit auf diesem Wege gelungen ist, dem Krieg in Korea und in Indochina ein Ende zu setzen. Wenn man in Zukunft den gleichen Weg verfolgt, kann man die Regelung auch anderer ungelöster Fragen erreichen. Das wird durch die Österreichfrage bekräftigt. Bis jetzt ist eine Vereinbarung der Mächte darüber erzielt, daß der Staatsvertrag über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs am 15. Mai in Wien unterzeichnet werden soll.

Auf die Frage der Sicherheit in Europa zurückkommend, muß ich erklären, daß die Sowjetregierung weiterhin davon ausgeht, daß auch in der gegenwärtigen Situation der beste Weg zur Gewährleistung des Friedens und zur Verhinderung einer neuen Aggression in diesem Raum die Organisierung eines Systems der kollektiven Sicherheit mit Beteiligung aller europäischen Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung ist.

Die Frage der Sicherheit in Europa ist gegenwärtig ein besonders wichtiges Problem. Eine positive Lösung jeder mit diesem Problem verknüpften Frage würde zur Schaffung der Voraussetzungen für ein friedliches und ruhiges Leben der Völker beitragen. Die Ratifizierung der Pariser Verträge hat die Lösung dieses Problems erschwert, es jedoch nicht von der Tagesordnung abgesetzt.

Als die Sowjetregierung der Aufmerksamkeit der europäischen Staaten und der Vereinigten Staaten von Amerika den Entwurf der Organisierung eines gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit empfahl, wurde dieser Vorschlag leider nicht von den Westmächten unterstützt und blieb unrealisiert.

Die Westmächte zogen die Politik der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus mit allen sich daraus ergebenden Folgen vor, eine Politik, welche die Bildung einer militärischen Gruppierung in der Art der Westeuropäischen Union mit der Beteiligung des remilitarisierten Westdeutschlands vorsieht. Diese Politik eröffnet jedoch den Weg für eine neue Aggression, verstärkt die Gefahr eines neuen Krieges

und schafft eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der friedliebenden Staaten.

Enge Freundschaft der acht Mächte

Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß die friedliebenden Staaten Europas unter diesen neuen Bedingungen für die Gewährleistung ihrer Sicherheit sorgen müssen. Dies muß auf der Grundlage getan werden, die von den acht Staaten auf der Moskauer Konferenz und in den folgenden Beratungen zwischen ihnen festgelegt wurde. Die Regierung der Sowjetunion bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß sich in Zukunft die Möglichkeit bieten möge, eine solche Gewährleistung der Sicherheit Europas zu erreichen, an der alle europäischen Staaten sowie auch die USA beteiligt wären.

Die Moskauer Konferenz trug zum weiteren Zusammenschluß der Kräfte unseres demokratischen Lagers bei und fand positiven Widerhall bei allen Freunden des Friedens. Die Völker der Teilnehmerstaaten der Konferenz billigten ihrerseits einmütig die Arbeit der Konferenz. Die Konferenz hat erneut die enge und herzliche Freundschaft bestätigt, die zwischen unseren Ländern besteht, und hat zur Erweiterung der Sphäre der Zusammenarbeit zwischen ihnen geführt, die sich jetzt auch auf das Gebiet der Fragen erstreckt, die mit der Organisierung einer gemeinsamen Verteidigung verbunden sind.

In der Deklaration, die auf der Moskauer Konferenz einmütig angenommen wurde, erklärten die Regierungen der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei, der Deutschen Demokratischen Republik, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und Albaniens, daß die entstandene Lage die Aufgabe auf die Tagesordnung stellt, die Anstrengungen der auf der Konferenz vertretenen Staaten zur Gewährleistung ihrer Sicherheit zu vereinen. Sie erklärten damals, es sei notwendig, unverzügliche Maßnahmen zu ergreifen, um den aggressiven Kräften des Militärblocks der Westmächte die vereinte Macht der friedliebenden Staaten im Interesse der Gewährleistung ihrer Sicherheit entgegenzustellen.

Die nach der Moskauer Konferenz durchgeführten Konsultationen zwischen den Teilnehmern erwiesen die volle Einmütigkeit der Ansichten bezüglich der Notwendigkeit des Abschlusses eines Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen den acht Teilnehmerstaaten der Moskauer Konferenz sowie über die Prinzipien eines solchen Vertrages.

Es ist bekannt, daß zwischen unseren Ländern neue, in der Geschichte noch nie dagewesene Beziehungen entstanden, die die Gemeinsamkeit der Ziele und Interessen, die Prinzipien der Gleichbe-

rechtigung, der Achtung der staatlichen Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zur Grundlage haben. Unsere Staaten streben aufrichtig danach, einander zu helfen und einen allgemeinen Aufschwung zu erzielen. In den Beziehungen zwischen unseren Ländern verkörpern sich die edlen Prinzipien des sozialistischen Internationalismus, die großen Ideen der brüderlichen Freundschaft der freien und gleichberechtigten Völker.

Fast alle unsere Staaten sind untereinander durch zweiseitige Verträge über Freundschaft und gegenseitige Hilfe verbunden, die eine wichtige Rolle bei der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa spielten und weiterhin spielen.

In der neuen Lage genügt dies jedoch bereits nicht mehr. Wir alle stimmen darin überein, daß die Gefährdung der Sicherheit unserer Staaten, die infolge der aggressiven Maßnahmen der Westmächte gewachsen ist, es erfordert, daß die Anstrengungen vereint und neue Maßnahmen zur Festigung der Verteidigungsfähigkeit unserer friedliebenden Länder ergriffen werden. Diesen Zielen soll auch der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe dienen, zu dessen Abschluß wir hier zusammengekommen sind.

In dem Vertrag sollen die Verpflichtungen über gemeinsame Verteidigung im Falle eines bewaffneten Überfalls auf einen der Teilnehmer festgelegt werden. Wenn ein solcher Überfall erfolgte, so muß jeder Teilnehmerstaat des Vertrages auf Grund der Verwirklichung des Rechtes auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung in Übereinstimmung mit Artikel 51 der Charta der Organisation der Vereinten Nationen dem Staat oder den Staaten, die überfallen werden, einzeln oder auf Grund einer Abmachung mit anderen Teilnehmern des Vertrages mit allen den Mitteln unverzüglich Hilfe leisten, die von ihm für notwendig gehalten werden, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt.

In diesem Falle müssen die Signatarstaaten des Vertrages sich unverzüglich über gemeinsame Maßnahmen beraten, die zur Wiederherstellung und Erhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit notwendig sind.

In Übereinstimmung mit der auf der Moskauer Konferenz angenommenen Deklaration soll der Vertrag die Schaffung eines vereinigten Kommandos der Streitkräfte vorsehen, die auf Grund des Abkommens zwischen den Vertragspartnern diesem Kommando unterstellt werden. Es ist ferner ins Auge gefaßt, daß die Vertragspartner andere koordinierte Maßnahmen ergreifen, die zur Festigung ihrer Verteidigungsfähigkeit notwendig sind, um die Unantastbarkeit ihrer

Grenzen und Territorien zu garantieren und den Schutz vor einer möglichen Aggression zu gewährleisten.

Gemäß dem Vertragsentwurf werden sich die Partner in allen wichtigen internationalen Fragen, die ihre gemeinsamen Interessen berühren, untereinander beraten.

Es versteht sich, daß die Zusammenarbeit zwischen den Signatarländern des Vertrages nicht nur Fragen der gemeinsamen Verteidigung, sondern auch Fragen der weiteren Entwicklung und Festigung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen umfassen wird.

Über imperialistische Militärblocks und Freundschaftspakte

Die Blocks, die von den imperialistischen Staaten geschaffen werden, haben das Prinzip der Herrschaft und der Unterordnung zur Grundlage. Das ist die Natur der Blocks, die den Interessen ihrer Organisatoren — der imperialistischen Großmächte — dienen. Die herrschenden Kreise dieser Mächte beziehen kleine Länder in die von ihnen zusammengezimmerten aggressiven militärischen Gruppierungen ein, um Menschenreserven zu erhalten und die Schaffung neuer Aufmarschgebiete und Militärstützpunkte zu gewährleisten. Gleichzeitig benutzen sie die aggressiven Blocks für eine politische und wirtschaftliche Unterwerfung ihrer Bündnispartner. Es ist allen bekannt, daß seit der Schaffung der Nordatlantikunion der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit der an ihr beteiligten Länder beträchtlicher Schaden zugefügt wurde. Die Vereinigten Staaten von Amerika, die in diesem Block die Hauptrolle spielen, unterwerfen sich seine anderen Teilnehmer immer mehr.

Der uns zur Erörterung vorgeschlagene Vertragsentwurf gründet sich auf vollkommen andere Prinzipien. **Unseren Staaten, unseren Völkern und unserer Gesellschaftsordnung ist das Prinzip der Herrschaft des einen Staates über den anderen, des einen Volkes über das andere fremd.** Der Entwurf unseres Vertrages geht von den Prinzipien der Achtung der staatlichen Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten aus, was die Grundlage der Außenpolitik aller hier vertretenen Staaten ist.

Es ist bekannt, daß die von imperialistischen Staaten abgeschlossenen aggressiven Verträge die Möglichkeit ausschließen, daß sich ihnen andere Staaten frei anschließen. Und anders kann es auch nicht sein, da die aggressiven Verträge abgeschlossen werden, um sie gegen andere Staaten zu benutzen. Als Beispiel dafür kann der Nordatlantikpakt dienen.

Sie erinnern sich, daß — als die Sowjetregierung im März 1954 vorschlug, gemeinsam mit den interessierten Ländern der Frage der Be-

teiligung der Sowjetunion am Nordatlantikpakt zu erörtern — die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs diesen Vorschlag ablehnten. Damit bezeugten sie vor der Weltöffentlichkeit, daß die Nordatlantikunion ein aggressiver, gegen die Sowjetunion gerichteter Block ist.

Der Entwurf des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe, der für den Abschluß zwischen unseren acht Staaten vorgeschlagen wurde, wird nicht begrenzt sein. Ihm können sich alle anderen Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschafts- und Staatsordnung, anschließen. Diese Besonderheit des Vertrages der acht Staaten zeugt von seinem Verteidigungscharakter ebenso wie auch vom Verteidigungscharakter der Organisation, die auf dieser Grundlage geschaffen wird.

Im Verlauf der Vorkonsultationen kamen wir alle einmütig zu der Schlußfolgerung, daß der Abschluß eines solchen Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe keinen Verzicht der Vertragspartner auf weitere Versuche zur Schaffung eines gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit bedeutet. Das fand seinen Ausdruck in dem Vertragsentwurf, in dem es heißt, daß seine Teilnehmer auch weiterhin unbeirrt nach der Schaffung eines gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit und zu diesem Zweck nach dem Abschluß eines gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit streben werden. Der Entwurf unseres Vertrages geht davon aus, daß im Falle der Schaffung eines gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit der Vertrag der Acht vom Inkrafttreten des gesamteuropäischen Vertrages an seine Wirksamkeit verliert.

Der unserer Konferenz vorgelegte Vertragsentwurf entspricht voll und ganz den Zielen und Prinzipien der Charta der Organisation der Vereinten Nationen. Die Sowjetunion und, wie ich hoffe, alle anderen Konferenzteilnehmer werden alle Anstrengungen unternehmen, um auf der Grundlage der strengen Einhaltung der UN-Charta die von uns zu schaffende Organisation zu einem wirksamen Mittel der Gewährleistung des Weltfriedens und der Sicherheit zu machen.

In dem Vertragsentwurf wird darauf verwiesen, daß die vertragschließenden Seiten ihre Bereitschaft erklären, im Geiste aufrichtiger Zusammenarbeit an allen internationalen Aktionen teilzunehmen, die die Gewährleistung des Weltfriedens und der Sicherheit zum Ziel haben, und daß sie ihre Kräfte uneingeschränkt zur Verwirklichung dieser Ziele einsetzen werden.

Die hier vertretenen Staaten waren und sind konsequente Anhänger einer entschiedenen allgemeinen Einschränkung der Rüstungen

und des Verbots der Atomwaffe. Dieses unser gemeinsames Streben hat seine Widerspiegelung in dem Vertragsentwurf gefunden, wo es heißt, daß seine Teilnehmer die Durchführung wirksamer Maßnahmen zur allgemeinen Einschränkung der Rüstungen und zum Verbot der Atom-, der Wasserstoff- und anderer Massenvernichtungswaffen nach Vereinbarung mit anderen Staaten, die in dieser Sache mitarbeiten wollen, anstreben werden.

„Politik der Stärke" zum Scheitern verurteilt

Genossen! Dem imperialistischen Lager würde es natürlich besser gefallen, wenn wir die Hände in den Schoß legen und nichts unternehmen, sie jedoch ihre „Politik der Stärke" durchführen, aufrüsten und allen ihren Willen diktieren würden.

Die „Politik der Stärke" ist jedoch ein zweischneidiges Schwert. Wenn die eine Seite ihre Kräfte verstärkt, so ist auch die andere gezwungen, dies zu tun. Im Ergebnis entsteht das, was man in der politischen Sprache als Wettrüsten bezeichnet und was die ernste Gefahr der Entfesselung eines Krieges in sich birgt.

Wir sind nicht Anhänger der „Politik der Stärke". Wir streben nicht nach Krieg und wollen kein Wettrüsten, wir sind für die wirksamsten Maßnahmen zur Abrüstung. Die Hilfsquellen, die wir gegenwärtig für militärische Zwecke ausschöpfen müssen, würden wir lieber für friedliche Zwecke, für die Hebung des Wohlstandes unserer Völker verwenden. Wenn man jedoch gegen uns Militärblocks aufstellt, die unsere Länder mit Militärstützpunkten einkreisen und uns mit einem Atomkrieg bedrohen, dann können wir nicht untätig bleiben. Unter diesen Umständen sind wir verpflichtet, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, und eine dieser Maßnahmen sind unsere Konferenz und die Beschlüsse, die wir hier annehmen werden.

Die Moskauer Deklaration sowie die zwischen den Teilnehmern der gegenwärtigen Konferenz geführten Vorkonsultationen haben gezeigt, daß die hier vertretenen Staaten von der Entschlossenheit erfüllt sind, als Antwort auf das Wiedererstehen des deutschen Militarismus und auf die Schaffung neuer Militärblocks durch die imperialistischen Staaten ihre Kräfte zusammenzuschließen und ihre Freundschaft und Zusammenarbeit noch mehr zu festigen.

Der Abschluß des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen den acht Staaten legt ein unerschütterliches Fundament für gemeinsame Handlungen der friedliebenden Staaten zur Abwehr der in Vorbereitung befindlichen Aggression, zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa.

Die Regierung der Sowjetunion ist fest davon überzeugt, daß die Beschlüsse der gegenwärtigen Konferenz eine zuverlässige Grundlage für die Gewährleistung der Sicherheit aller Staaten des Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus schaffen werden. Gleichzeitig wird unsere Konferenz ein wichtiger Schritt bei der Lösung der Aufgaben der Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa wie in der ganzen Welt werden.

11. Mai 1955:

Warschauer Vertrag — Lebenssicherung für das deutsche Volk

Aus der Erklärung Otto Grotewohls auf der Konferenz europäischer Länder in Warschau

In Westdeutschland ist es den amerikanischen und deutschen Militaristen gelungen, den Bonner Bundestag unter Anwendung zahlreicher Manöver zur Annahme der Pariser Verträge zu bringen. Das ist ein neuer Schritt zur Vertiefung der Spaltung Deutschlands und zur Verwandlung Westdeutschlands in eine Kriegsbasis und in ein Aufmarschgebiet des amerikanischen und deutschen Imperialismus. Die deutschen Militaristen haben damit einen Teil Deutschlands an ausländische Interventen auf 50 Jahre verkauft und zu einem Protektorat des amerikanischen Imperialismus gemacht.

Eine neue Lage ist entstanden

Die Durchführung der Pariser Verträge behindert die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlichem und demokratischem Wege. Die Eingliederung Westdeutschlands in das aggressive amerikanische Kriegspaktsystem hat die Lage in Europa verschärft. Die politische Entwicklung in Deutschland und Europa hat die Richtigkeit unserer Einschätzung der Lage und der Beschlüsse der Moskauer Konferenz vom 29. November bis 2. Dezember 1954 vollinhaltlich bestätigt. Nachdem in der Zwischenzeit die Regierungen der Sowjetunion, der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Republik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik, der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Albanien Beratungen über den Abschluß eines Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen den acht Teilnehmerländern der Moskauer Konferenz geführt haben, ist es offensichtlich notwendig geworden, weitere Schritte zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit der beteiligten Völker zu unternehmen.

Auf Grund der Vorschläge des Ministerpräsidenten Genossen Siroky auf der Moskauer Konferenz vom 29. November bis 2. Dezember 1954 haben die drei vom westdeutschen Militarismus zuerst bedrohten Länder, die Volksrepublik Polen, die Tschechoslowakische Republik und die Deutsche Demokratische Republik, untereinander die Fragen behandelt, die sich aus ihrer besonderen politischen und geographischen Lage ergeben, und Maßnahmen zur weiteren Festigung ihrer freundschaftlichen Beziehungen untereinander ergriffen.

Die Bonner Politik ist Aggression

Der Bonner Staat, das ist heute offensichtlich, ist kein friedliebender Staat. Er wird immer mehr von den gleichen aggressiven und revanchelüsternen imperialistischen Kräften beherrscht, die durch Hitler den zweiten Weltkrieg auslösten.

Die Verwirklichung der Pariser Verträge würde den Bestand und die Existenz der deutschen Nation aufs äußerste gefährden. Die Bundestagsdebatte um die Ratifizierung der Verträge bestätigte die Erklärungen zahlreicher amerikanischer Politiker, daß für die Zielsetzung des Westens die Wiedervereinigung Deutschlands verhindert werden muß. Diese Politik ist gegen die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands gerichtet. Sie will die gewaltsame Eingliederung der Deutschen Demokratischen Republik in die Bundesrepublik.

Westdeutschland ist völlig versklavt

Wie ist die Lage nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge? Die Bonner Regierung versucht neben anderen Täuschungsmanövern immer wieder, der westdeutschen Bevölkerung einzureden, die Bonner Bundesrepublik besäße nach Inkrafttreten der Pariser Verträge die Souveränität und könne ihre inneren und äußeren Angelegenheiten selbst entscheiden. Ganz abgesehen davon, daß diese Behauptung durch den Wortlaut und den Geist der Pariser Verträge als eine Lüge entlarvt wird, hat der amerikanische Außenminister Dulles kürzlich sehr grob und kurz gesagt, daß von Souveränität in Westdeutschland nicht die Rede sein kann. Als Dulles am 30. März 1955 im amerikanischen Senat bei der Beratung über die Pariser Verträge befragt wurde, welche Sicherungen es gebe, daß die Bundesrepublik nach „Wiedererlangung der Souveränität" nicht auf eigene Faust Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Wiederherstellung der deutschen Einheit einleiten könne, erwiderte Dulles: „Die Westmächte können auf Grund der Pariser Abmachungen derartige Verhandlungen untersagen."

Das ist also die „Souveränität“ der Bonner Bundesrepublik. Ihre „Souveränität“ besteht in dem „Recht“, aufzurüsten und als Mitglied der sogenannten „Westeuropäischen Union“ in die NATO, die ein Instrument der Durchsetzung der amerikanischen Weltherrschaftspläne ist, eingegliedert zu werden. Westdeutschland ist damit an einen einseitigen, gegen die friedliebenden Völker gerichteten Militärblock gebunden, dessen aggressive Bestrebungen durch die eindeutigen Äußerungen seiner politischen und militärischen Führer, durch seine Politik und Praxis unter Beweis gestellt sind.

Durch die dunklen Machenschaften der deutschen Militaristen und Faschisten ist für das deutsche Volk ein nationaler Notstand eingetreten, der das ganze Volk zum entschlossenen Handeln zwingt. Jeder Deutsche muß sich darum heute der Tatsache bewußt werden, daß heute — 10 Jahre nach Beendigung des von den deutschen Imperialisten inszenierten großen Völkermordens — in Westdeutschland die gleichen Kräfte immer mehr Macht an sich reißen, die die europäischen Staaten unter Bruch des Völkerrechts überfielen und ausplünderten, die das deutsche Volk bereits zweimal an den Rand der nationalen Katastrophe brachten.

Die europäischen Völker und alle friedliebenden Menschen auch im deutschen Volke können und dürfen nicht vergessen, daß der deutsche Militarismus Millionen und aber Millionen unschuldige und friedliebende Menschen in den Gaskammern von Maidanek und Auschwitz ermordete. Sie können und dürfen nicht vergessen, daß Hunderttausende Angehörige der europäischen Länder, die besten patriotischen Kräfte dieser Völker, in den deutschen Konzentrationslagern versklavt, mißhandelt und getötet wurden. Sie können nicht vergessen, daß der deutsche Imperialismus im Interesse seiner Maximalprofite Ströme von Menschenblut vergoß und schließlich zu dem Versuch überging, ganze Nationen und Völker auszurotten.

Der Militarismus ist und bleibt das raubgierigste und beutelüsternste Instrument der deutschen Imperialisten, der Todfeind des deutschen Volkes, dessen Gefährlichkeit sich durch sein Bündnis mit dem aggressiven amerikanischen Imperialismus noch erhöht. Wir stellen jedoch fest, daß die Träger dieser militärischen Gewaltpolitik, die Verantwortlichen für die Durchpeitschung der Pariser Verträge, mit dem deutschen Volk nichts gemein haben. Sie stellen nur eine dünne Schicht aus Monopolherren, Rüstungsunternehmern, Großagrariern und korrupten Politikern dar, die keinerlei Legitimation durch das deutsche Volk besitzen.

Das Volk denkt anders

Die Ratifizierung der Pariser Abkommen ist gegen den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes erfolgt, und alle Beschlüsse sind darum rechtsungültig. **Die Deutsche Demokratische Republik und alle deutschen Patrioten werden die Pariser Verträge niemals anerkennen. Sie werden die Massen des deutschen Volkes für den Kampf gegen die Pariser Verträge, für die friedliche Lösung der deutschen Frage mobilisieren, den Kampf organisieren, bis die Pariser Verträge gefallen sind und Deutschland ein einiger, friedliebender demokratischer Staat** ist. In der Deutschen Demokratischen Republik haben in den wenigen Jahren ihrer Existenz die Arbeiter und Bauern, die Techniker und Wissenschaftler eine wahrhaft demokratische Ordnung geschaffen und bei der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus beträchtliche Erfolge errungen und große Werte geschaffen.

Das alles läßt die westdeutschen Monopolherren nicht ruhig schlafen. Sie wollen diese Reichtümer den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik rauben und die alten gesellschaftlichen Zustände der Junker und Kapitalisten wiederherstellen. Sie wissen auch, daß die Deutsche Demokratische Republik bereits heute großen Einfluß auf die westdeutschen Arbeiter, die Bauern und die Intelligenz ausübt. Sie wissen, daß eine friedliche Wiedervereinigung der westdeutschen Bevölkerung die Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik allzu deutlich vor Augen führen würde. Sie wissen, daß das deutsche Volk dann willens wäre, den gleichen friedlichen und demokratischen Weg wie die Deutsche Demokratische Republik zu gehen.

Da sie nicht hoffen können, daß die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik ihre Errungenschaften freiwillig abtreten, versuchen sie, die friedliche Arbeit zu stören. Sie schrecken nicht vor den schmutzigsten Methoden der Spionage und Diversion zurück.

Von unseren Untersuchungsorganen wurde festgestellt, daß die verbrecherische Spionage- und Diversionstätigkeit im Zusammenhang mit der Ratifizierung der Pariser Abkommen wesentlich verstärkt wurde. Es versteht sich, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik alle weiteren erforderlichen Maßnahmen ergreifen wird, um die Errungenschaften der Arbeiter, der Bauern und der Intelligenz sowie das Leben, die Gesundheit und das Eigentum der Bevölkerung gegen die verbrecherischen Anschläge der imperialistischen Geheimdienste zu schützen.

Die konkreten Vorschläge der Sowjetunion, noch im Jahre 1955 die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes und freie Wahlen in ganz Deutschland durchzuführen, werden einfach durch die Adenauer-

Regierung verheimlicht. Die Bonner Regierungskoalition versucht, das deutsche Volk und die Welt zu täuschen, und legte dem Bundestag eine Resolution vor, in der behauptet wird, die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege sei oberstes Gesetz der Bundesrepublik. Bundestag und Bundesrat glauben, mit solchen Entschließungen könnten sie sich vor dem deutschen Volk ein Alibi verschaffen. Nachdem in Westdeutschland mit der Durchführung praktischer Maßnahmen zur Schaffung einer neuen Wehrmacht begonnen wurde, versuchte die Bonner Regierung, um das Einverständnis einiger westeuropäischer Länder zur Aufrüstung Westdeutschlands zu erlangen, das deutsche Volk und die Völker der Nachbarländer mit der Erklärung irrezuführen, die Pariser Verträge würden die Sicherheit der europäischen Länder garantieren, da sie die Aufrüstung Westdeutschlands beschränken und die Möglichkeit einer Aggression von seiten einer westdeutschen Armee ausschließen.

Aber das Gegenteil ist der Fall. Westdeutschland hat als Mitglied der „Westeuropäischen Union" nach Artikel drei des „Protokolls Nr. 2" der Pariser Abkommen die Möglichkeit, die Stärke seiner Söldnerarmee ständig zu erhöhen. Bereits jetzt betrachten die Bonner Militaristen ganz offen die durch diese Übereinkommen vorgesehene Schaffung einer Armee von einer halben Million Mann lediglich als eine erste Etappe zur weiteren Remilitarisierung des Landes. Bereits jetzt — in der ersten Etappe — soll die geplante Stärke von zwölf Divisionen wesentlich überschritten werden.

Um den Widerstand des deutschen Volkes gegen die Verwirklichung der Pariser Abkommen zu schwächen, spekuliert Adenauer in der letzten Zeit in verstärktem Maße auf die im deutschen Volk populäre Forderung nach Minderung der internationalen Spannung, wobei er sich als Anhänger dieser Forderung ausgibt. Aber die Tatsache, daß es die Bonner Regierung abgelehnt hat, die Frage der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa zu erörtern, so wie es von der Sowjetregierung vorgeschlagen und von der Deutschen Demokratischen Republik unterstützt wurde, zeigt genau das Gegenteil.

Der Abschluß eines Vertrages über kollektive Sicherheit in Europa, an dem alle europäischen Länder, gleich welcher Gesellschaftsordnung, beteiligt wären, würde die Sicherheit in Europa garantieren und die internationale Spannung mildern. **Wer friedliche Absichten hat, der stellt Verhandlungen und Verständigung in den Mittelpunkt seiner Politik, nicht aber Aufrüstung, chauvinistische und antisowjetische Hetze.**

Das deutsche Volk sagt „nein"

Die Deutsche Demokratische Republik hat bereits in mehreren Willenskundgebungen die volksfeindliche Politik der Bonner Militaristen abgelehnt. 12 230 000 Bürger der Deutschen Demokratischen Republik haben im Juni 1954 für den Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen, gegen Kriegsverträge und Belassung der Besatzungstruppen auf 50 Jahre gestimmt. Die Volksmassen in Westdeutschland haben ebenfalls die Gefährlichkeit dieser Lage erkannt und beginnen, sich aus der Passivität zu lösen. Ein Umschwung ist eingetreten. Die Arbeiterklasse beginnt, sich zu rühren. Sie setzt sich energischer und zielbewußter als bisher gegen die Ausbeutung im Interesse der Rüstungs- und Militarisierungspläne der Unternehmer zur Wehr. Die Arbeiterklasse wehrt sich gegen die Bonner Regierung, gegen die Monopolherren und Junker, von denen sie unterdrückt und ausgeplündert wird. Die deutsche Jugend lehnt es ab, die imperialistische Uniform anzuziehen und sich in den Kasernen von den ehemaligen SS-Verbrechern schinden zu lassen.

Die Tatsachen beweisen das. Die Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf am 24. September 1954 lehnte die Remilitarisierung im Auftrage von 670 000 organisierten jungen Gewerkschaftern ab. Im Kampf der Jugend gegen die Rekrutierung schließen sich Jugendorganisationen zu gemeinsamen Aktionen zusammen, wobei die Forderung nach Verständigung und Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik immer stärker und populärer wird.

Viele Kampfaktionen der Arbeiterklasse zeigen, daß sie willens ist, die Einheit der Arbeiterschaft, die von den Kommunisten stets und ständig gefordert wurde, herzustellen und gemeinsam gegen Unternehmerwillkür und Militarisierung zu streiken und zu demonstrieren. Die Arbeiterschaft Westdeutschlands, auch die im Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten Arbeiter, erinnern sich ihrer großen revolutionären Traditionen. Sie erkennen, daß die Zukunft Deutschlands in ihren Händen liegt. Die gewerkschaftlichen Landeskonferenzen des DGB in Bayern, in Hessen, in Württemberg-Baden, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen forderten die Verwirklichung der Beschlüsse des 3. Bundeskongresses des DGB und beschlossen energische Maßnahmen gegen die Remilitarisierung. 550 000 Bergarbeiter und 290 000 Metallarbeiter in Aktionseinheit gaben ihre Antwort auf die Provokationen der Unternehmer gegen die Aufrüstungs- und Ausbeutungspolitik der westdeutschen Militaristen, indem sie Proteststreiks durchführten. Das alles zeigt, daß die deutschen Gewerk-

schaften beginnen, aus der bitteren Erfahrung der Vergangenheit zu lernen, daß sie wachsam sind und ihre Kraft einzusetzen beginnen.

Viele westdeutsche bürgerliche Persönlichkeiten, darunter sehr viele Pfarrer, forderten die sofortige Aufnahme von Viermächteverhandlungen über die Wiedervereinigung eines deutschen demokratischen Staates. Dringende und leidenschaftliche Rufe an das Gewissen von Künstlern und Wissenschaftlern richteten so hochgeachtete Männer des deutschen Geistes wie Thomas Mann, Professor Albert Schweitzer, der kürzlich verstorbene große Physiker Professor Albert Einstein, Professor Hahn, der Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Professor Friedrich, Bertolt Brecht, Johannes R. Becher, Anna Seghers und viele andere. 250 000 Geistesschaffende aus Ost und West gaben zu einer von Bertolt Brecht und dem Präsidenten des Deutschen Friedensrates, Professor Friedrich, veranlaßten Protestaktion gegen die Pariser Verträge ihre Unterschrift.

Der friedliche Weg der Vereinigung ist möglich

Das Beispiel Österreichs zeigt den realen Weg zur Lösung der deutschen Frage. Die positiven Ergebnisse der sowjetisch-österreichischen Verhandlungen wurden deshalb möglich, weil die österreichische Regierung den Weg einer unabhängigen nationalen Politik beschritten hat. Österreich verpflichtete sich, keinerlei Militärbündnisse einzugehen und keine ausländischen militärischen Stützpunkte auf seinem Territorium zu dulden. Das österreichische Volk wird dadurch seine nationale Unabhängigkeit erhalten. Das ist der Erfolg, der auf dem Wege des Friedens, der Verständigung und der Freundschaft der Völker beruht. **Die Lösung der deutschen Frage hängt jetzt vor allem davon ab, ob es die patriotischen Kräfte in Westdeutschland vermögen, eine wirklich unabhängige nationale Politik durchzuführen, eine Politik der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage, der friedlichen Verhandlungen und der Verständigung. Voraussetzung dafür ist, daß die Pariser Verträge durch das deutsche Volk wieder beseitigt werden und daß die Deutschen sich untereinander verständigen über alle Fragen, die der Lösung des deutschen Problems im Wege stehen.**

Adenauers Weigerung, mit der Deutschen Demokratischen Republik zu verhandeln, ist engstirnig. **Adenauer wird nicht ewig sein, aber Deutschland wird sein, und die deutschen Menschen werden sein, die sich an einen Tisch setzen, sich verständigen, die Pariser Verträge zerreißen und sich die Hände reichen und ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland schaffen werden.**

Die Deutsche Demokratische Republik ist die Basis des Kampfes für Frieden und Demokratie

Unter dem Druck der gegen die Remilitarisierung kämpfenden Volksmassen in Westdeutschland nahmen auch die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei auf einer aus vielen Parteien und Gruppen zusammengesetzten Versammlung in Frankfurt (Main) und im Bonner Bundestag gegen die Pariser Verträge Stellung. Sie fanden harte Worte gegen die Bonner Militaristen. Ihre Erklärungen aber verloren an Glaubwürdigkeit, als sie im gleichen Atemzuge behaupteten, mit der Deutschen Demokratischen Republik gäbe es keine Verhandlungen, als sie sich weigerten, die Existenz und das Wirken der Deutschen Demokratischen Republik anzuerkennen. Aber die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik ist eine Realität. Sie kämpft im Namen des ganzen deutschen Volkes für den Frieden und die Herstellung der Einheit Deutschlands auf friedlichem Wege. **Die Deutsche Demokratische Republik existiert aber nicht nur, sondern sie wächst und erwirbt sich in zunehmendem Maße das Vertrauen der Völker, unabhängig davon, ob es den rechten sozialdemokratischen Führern paßt oder nicht.**

Die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer begünstigen durch ihre prinzipienlose Politik die Bonner Militaristen. Durch ihren Verzicht auf außerparlamentarische Aktionen negieren sie den Willen der Arbeiterklasse Westdeutschlands und arbeiten den amerikanischen und westdeutschen Imperialisten in die Hände. Sie sind aber nicht imstande, die nationale Bewegung gegen die Pariser Verträge in Westdeutschland zu verhindern.

Die nationale Bewegung hat sich in den letzten Monaten wesentlich verstärkt. Die Deutsche Demokratische Republik leistet den westdeutschen patriotischen Kräften jede mögliche Unterstützung. Eine solche Unterstützung der nationalen Bewegung in Westdeutschland ist auch die Billigung der Moskauer Deklaration durch die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 8. Dezember 1954. Die Moskauer Deklaration hat neben der vollinhaltlichen Zustimmung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik auch die Zustimmung breiter Kreise in Westdeutschland gefunden. Wir können feststellen, daß sich durch die Einwirkung der Moskauer Deklaration und die Vorschläge der Sowjetunion im Zusammenhang mit den von uns dargelegten Fakten der nationale Kampf des deutschen Volkes verstärkt. **Um diesen Kampf nach vorwärts zum Erfolg zu bringen, kommt es jetzt darauf an, alle Bäche und Flüsse der nationalen Bewegung zu einem einzigen, gewaltigen Strom zu vereinen, damit der Wille des Volkes entschiedener zum Durchbruch kommt.**

Freundschafts- und Beistandspakt verhindert das Verbrechen eines neuen Krieges

Friedliche Wiedervereinigung oder Remilitarisierung und Spaltung — das ist die Entscheidung, vor der heute Westdeutschland steht. Die Bonner Militaristen haben es sehr eilig, sie haben bereits mit der Aufrüstung begonnen.

Der NATO-Generalstabschef Schuyler formulierte seinen Plan folgendermaßen: „Unser Operationsziel wird Mord sein, und die Atomexplosion ist unser Hauptmordinstrument." Diese zynische und barbarische Äußerung entspricht der verbrecherischen Ideologie einer sterbenden Gesellschaft. Diese Äußerung soll Furcht und Schrecken verbreiten, aber sie erreicht das Gegenteil, sie schlägt mit voller Kraft auf ihre Urheber zurück. **Wenn die Kriegstreiber es wagen sollten, einen neuen Weltbrand auszulösen, werden nicht die Menschheit, nicht die Zivilisation zerstört, sondern sie selbst, die imperialistischen Kriegsbrandstifter samt ihrem System des internationalen Imperialismus.**

Die friedliebenden Völker, die friedliebenden Menschen sind heute auch in Deutschland stärker denn je, auch in Westdeutschland. Sie stützen sich auf das wohlorganisierte und mächtige Lager des Friedens unter Führung der Sowjetunion. Alle ihre Maßnahmen sind von einem einzigen Ziel bestimmt: Erhaltung des Friedens, damit alle Völker das Glück eines friedlichen, ruhigen Daseins genießen können. Ein Krieg aber würde ihren friedlichen Aufbau stören und Millionen Menschen unermeßliches Leid und Schmerzen zufügen.

Aus dieser Perspektive ergibt sich vor allem für das deutsche Volk eine unabweisbare politische Verantwortung: die Pariser Verträge müssen fallen. Da die deutschen und amerikanischen Militaristen gegen den Willen des Volkes ihren Kurs auf die Militarisierung Westdeutschlands weiter fortsetzen, wird die Deutsche Demokratische Republik nicht tatenlos zusehen. Offensichtlich lassen die Kriegsbrandstifter sich nur durch handfeste Tatsachen belehren. Die in Europa durch das Inkrafttreten der Pariser Abkommen entstandene Lage erfordert von den friedliebenden Staaten die Vereinigung ihrer Anstrengungen zur Gewährleistung ihrer Sicherheit. Deshalb müssen sie gemeinsame Maßnahmen bei der Organisierung der Streitkräfte und ihrer Kommandos ergreifen, um ihre Wehrfähigkeit zu stärken und den Schutz gegen eine mögliche Aggression zu gewährleisten.

Die Aufrüstung Westdeutschlands zwingt auch die Deutsche Demokratische Republik, Verteidigungsmaßnahmen zu ergreifen, die den Schutz der Errungenschaften unseres friedlichen Aufbaus sichern. Da die Einbeziehung Westdeutschlands in die aggressiven Militär-

blocks beschlossen ist, hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zugestimmt, an dem Vertrag mit den sieben Ländern, den Teilnehmern der Moskauer Konferenz über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, teilzunehmen. Von nun an wird die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik durch das gesamte Friedenslager, mit der mächtigen Sowjetunion an der Spitze, gewährleistet.

Die westdeutschen Patrioten müssen Adenauer, dem amerikanischen Kanzler für deutsche Angelegenheiten, die Pariser Verträge zerreißen und vor die Füße legen, damit die Spaltung Deutschlands beseitigt und der Friede erhalten wird. **Jeder politisch klar denkende Mensch muß verstehen, daß es die Deutsche Demokratische Republik niemals zulassen wird und kann, daß ein vereintes Deutschland den Weg der Vorbereitung des Krieges und der Revanche beschreitet.** Ebenso klar ist es, daß es die Sowjetunion nicht zulassen wird, daß das vereinigte Deutschland in einen gegen sie und die mit ihr befreundeten Staaten gerichteten aggressiven Block einbezogen wird. Die Deutsche Demokratische Republik stimmt darum dem Abschluß eines Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand sowie der Schaffung eines vereinigten Kommandos zu.

Diese Maßnahmen unterscheiden sich grundlegend von der Politik der Teilnehmerstaaten der zur Vorbereitung einer neuen Aggression geschaffenen „Westeuropäischen Union". Sie geben das Beispiel einer vollkommen neuen Zusammenarbeit gleichberechtigter und souveräner Staaten, die die Sicherung des Friedens und die Organisierung der Verteidigung ihrer Länder zum Ziele haben.

Der Warschauer Vertrag ist ein bedeutungsvoller Schritt zu einem gesamteuropäischen System der kollektiven Sicherheit. Er entspricht vollauf den staatlichen Interessen der Deutschen Demokratischen Republik und des ganzen deutschen Volkes. Von nun an wird ihre Sicherheit von sieben Staaten unter der Führung des stärksten Staates der Welt, der Sowjetunion, garantiert. **Jeder Anschlag auf die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik wird von dem gesamten Lager des Friedens und der Demokratie zurückgewiesen werden. Die Deutsche Demokratische Republik wird alle Kräfte anspannen, um ihren Beitrag zur Stärkung des Friedenslagers zu leisten und die Wiederholung einer Aggression durch den deutschen Militarismus nicht zulassen.** Der Warschauer Vertrag ist notwendig geworden durch die von den Pariser Verträgen heraufbeschworene Remilitarisierung Westdeutschlands. Er ist darum nicht nur eine europäische Notwendigkeit, sondern gleichzeitig die Lebenssicherung für das deutsche Volk.

Die Pariser Verträge bedeuten Spaltung Deutschlands. **Der Warschauer Vertrag bestärkt die deutschen patriotischen Kräfte, auf dem Wege zur friedlichen Wiedervereinigung ihres Vaterlandes erfolgreich weiterzuschreiten.** Die Pariser Verträge sollen der westdeutschen Bevölkerung das Recht nehmen, sich über die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage zu verständigen. Der Warschauer Vertrag aber — und das sollte nach Auffassung der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik im Protokoll besonders verankert werden — läßt der Deutschen Demokratischen Republik die volle Freiheit, über die friedliche Wiedervereinigung zu verhandeln.

Das Ziel des Vertrages, dem wir aus ganzem Herzen zustimmen, ist es, den Frieden und die Sicherheit der Völker Europas zu gewährleisten und nicht zuletzt die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands im Interesse der Erhaltung des Friedens in Europa zu ermöglichen. **Die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands ist das unabdingbare nationale Recht des deutschen Volkes. Die Deutsche Demokratische Republik wird dieses Recht mit aller Kraft verteidigen und durchsetzen.**

Sicherheit für Arbeit, Freiheit und Leben des polnischen Volkes

Aus der Erklärung des Leiters der polnischen Delegation, J. Cyrankiewicz, auf der Warschauer Konferenz

Der polnische Delegationsleiter behandelte die Entwicklung in den zehn Jahren seit der Kapitulation des deutschen Militarismus vor den siegreichen Kräften der Sowjetunion, vor den friedliebenden und freiheitliebenden Völkern. Er verwies darauf, daß dieses Jahrzehnt in der Außenpolitik Polens eine Zeit war, in der sie unaufhörlich eine Zusammenarbeit mit allen europäischen Ländern, unabhängig von ihrer wirtschaftlichen und politischen Ordnung, erstrebte.

In unserem Kampf für den Frieden in Europa, so sagte er, stießen wir jedoch ständig auf eine Wand von Feindschaft und Mißgunst seitens der Vertreter der Westmächte, in erster Linie der herrschenden Kreise der USA. Diese Kreise zeigten stets eine feindliche Haltung gegenüber den Lebensinteressen des polnischen Volkes.

Cyrankiewicz betonte, daß die Politik der Westmächte nicht nur in bezug auf Polen sondern auch in bezug auf alle Völker Europas feindselig war, und er sagte dazu weiter: Die sogenannte „Politik der Stärke", die Politik, die auf den Krieg gerichtet ist, ist gegenwärtig

am eindringlichsten durch die Pariser Verträge gekennzeichnet. So schätzt nicht nur das polnische Volk, so schätzen auch die Völker Westeuropas die Lage ein. Das kommt deutlich darin zum Ausdruck, daß die Regierungen Frankreichs und anderer Länder komplizierte Manöver und verzweifelte Schritte einleiten mußten, um unter dem Druck der USA ihren Völkern die verderblichen Pariser Verträge aufzuzwingen.

Nicht das französische Volk, sondern auch andere Völker Westeuropas sehen die Gefahr des wiedererstandenen deutschen Militarismus. Auch das deutsche Volk und besonders die Jugend in Westdeutschland sieht diese Gefahr. Immer lauter und häufiger erheben sich Stimmen, die zeigen, daß die Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands keine Wiedergeburt der Hitlerwehrmacht will.

Wohin führen die Pariser Verträge in Wirklichkeit? fragte Cyrankiewicz. Die militärischen Kräfte erstehen wieder, und es wird eine neofaschistische Wehrmacht geschaffen, die in der ersten Zeit außer den Einheiten für die „innere Sicherheit" und denen der Polizei über 500 000 Mann zählen wird. Diese Kräfte werden mit modernen Waffen, darunter mit Massenvernichtungswaffen, ausgerüstet sein.

Man gibt den Völkern betrügerische Garantien und gewährt in Wirklichkeit weitgehende Möglichkeiten für die Entfaltung der Rüstungsindustrie in Westdeutschland. Die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte kann verhältnismäßig schnell anwachsen. Von dem illusorischen Charakter derartiger Garantien haben sich die Völker bereits in der Vergangenheit mehrmals überzeugt. Das komplizierte System der Bestimmungen der Pariser Verträge ist auf die willkürliche Auslegung durch diejenigen berechnet, die dieses Dokument als Instrument einer Aggressionspolitik betrachten.

Cyrankiewicz zitierte dann Äußerungen zukünftiger Führer der Wehrmacht darüber, was sie von der Schaffung der neuen militärischen Gruppierung erwarten, und sagte, daß zweifellos jene Leute im Irrtum sind, die da meinen, daß die Kräfte des wiedererstandenen deutschen Militarismus sich ausschließlich nach Osten wenden werden, die meinen, daß sie ihre Sicherheit auf Kosten der Völker Osteuropas gewährleisten können. Derartige Illusionen haben die Völker Europas schon einmal mit ihrer Unabhängigkeit bezahlt. Nur die entschiedene Niederlage, die der Hitlerherrschaft von der Sowjetarmee bereitet wurde, gab den Völkern Europas die Möglichkeit, ihre Unabhängigkeit wiederherzustellen. Cyrankiewicz umriß die Gefahr, die aus den Pariser Verträgen hervorgeht, und erklärte:

Die polnische Regierung sagt dem Volk klar und eindeutig: Infolge der Ratifizierung der Pariser Verträge wird die Gefahr der Wieder-

errichtung des deutschen Militarismus ganz real. **Der deutsche Militarismus ist eine ernsthafte Gefahr für das polnische Volk. Die deutschen Revanchepolitiker träumen von der Eroberung und der Kolonisierung unseres Bodens, ihnen schwebt der Weg Hitlers vor, von der Mosel bis zur Memel, von den Sudeten bis zum Ural ...**

Wir können nicht die Hände in den Schoß legen

Was verlangen angesichts einer solchen Gefahr unsere nationalen Interessen von uns? Können wir die Hände in den Schoß legen und abwarten, bis die wiedererstandene Kriegsmaschine des revisionistischen Deutschlands auf uns, auf unsere Länder zurollt?

Keine ehrliche Regierung, fuhr Cyrankiewicz fort, kann angesichts einer derartigen Lage untätig bleiben. Die Sorge um die Sicherheit des Volkes, um seine Zukunft, seine Errungenschaften und seine friedliche Arbeit, die Sorge um den Frieden in Europa zwingt die polnische Regierung, wirksame Wege für die Sicherheit zu suchen, damit sich die finsteren Jahre der Okkupation nie mehr wiederholen, damit es nie mehr ein Auschwitz, Maidanek und andere Todeslager gibt.

Wir wollen nicht, daß unsere Unabhängigkeit von Garantien abhängt, die keinen realen Inhalt haben.

Cyrankiewicz erklärte, die Erfahrungen der polnischen Geschichte lehren, daß Polen Hilfe unter Freunden suchen kann und muß.

Dort ist diese Hilfe real und konkret, fuhr er fort. **Unser einziger wirklicher Freund unter den vier Großmächten war von Anfang an und bleibt unwandelbar die Sowjetunion.**

Außer dem Sowjetisch-Polnischen Vertrag, fuhr der Redner fort, haben wir in diesem Jahrzehnt Verteidigungsbündnisse mit anderen Ländern Ost- und Mitteleuropas abgeschlossen, unter denen das Bündnis mit der an uns angrenzenden brüderlichen Tschechoslowakischen Republik eine besondere Rolle spielt. Die Bündnisse zwischen den Ländern der Demokratie und des Sozialismus haben vom Baltikum durch ganz Europa einen Wall gegen den deutschen Imperialismus errichtet.

Als wir in Moskau am 21. April 1945 den Polnisch-Sowjetischen Vertrag unterzeichneten, sagte J. W. Stalin dazu: „Jetzt kann man zuversichtlich sagen, daß der deutschen Aggression im Osten Einhalt geboten ist. Es unterliegt keinem Zweifel: Wenn diese Barriere im Osten durch eine Barriere im Westen, also durch ein Bündnis unserer Länder mit unseren Verbündeten im Westen, vervollständigt wird, dann kann man bestimmt sagen, daß die deutsche Aggression gezügelt ist und es nicht mehr leicht haben wird, sich auszutoben."

Cyrankiewicz stellte fest, daß die Barriere gegen den deutschen Militarismus vom Westen her nicht ergänzt wurde, da die USA im Laufe der Nachkriegsjahre alles taten, was sie konnten, um eine Grundlage für das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus zu schaffen, dem deutschen Imperialismus eine dominierende Rolle unter den europäischen Staaten zu sichern und ihn gegen die im Osten errichtete Barriere, gegen die UdSSR, Polen und die europäischen Länder der Volksdemokratie, zu lenken. Wir kämpften beharrlich und konsequent für das Prinzip der Nichtanwendung von Gewalt bei der Lösung von strittigen internationalen Fragen, fuhr er fort. Wir haben auf Gewalt, als Mittel zur Lösung strittiger internationaler Fragen verzichtet. Dies haben wir in der Charta der Vereinten Nationen und in unseren Grundgesetzen, unseren Verfassungen niedergelegt. Unsere Staaten werden niemals einen Aggressionskrieg beginnen. Möge sich jedoch niemand der trügerischen Hoffnung hingeben, daß uns Gewaltandrohung zwingen könnte, uns seinen Beschlüssen zu unterwerfen. **Wir werden niemandem gestatten, ungestraft einen Anschlag auf unsere Lebensrechte zu verüben.**

Reale Garantie für Polen

Um unseren Willen in die Tat umzusetzen, um der drohenden Gefahr wirklich entgegenzutreten, erklärt die Regierung der Volksrepublik Polen deshalb ihre Bereitschaft, an dem Vertrag über Sicherheit, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe teilzunehmen, der Gegenstand der Erörterung dieser Konferenz ist.

Dies ist ein Vertrag, der unsere Souveränitätsrechte wahren und sie tatsächlich garantieren wird. Der polnische Staat unterzeichnet diesen Vertrag als ein souveräner, gleichberechtigter Partner. Der Vertrag garantiert die gegenseitige Achtung der Souveränität aller seiner Teilnehmer. Dies ist ein Vertrag, der — während er Polen mit vielseitigen Verpflichtungen an andere Staaten bindet — zweifellos erstmals in der polnischen Geschichte dazu beiträgt, daß die Interessen Polens die eigenen Interessen dieser Staaten und die Interessen jedes der Vertragspartner die Interessen Polens werden.

Die wesentlichste Besonderheit des Vertragsentwurfs, stellte Cyrankiewicz fest, besteht vor allem darin, daß er gegen keinen anderen Staat gerichtet ist, sondern für alle offensteht, die ihre Anstrengungen mit unseren Bemühungen bei der Verteidigung des Friedens vereinen wollen. Im Unterschied zum Nordatlantikpakt, zur „Westeuropäischen Union“ oder zum Südostasienpakt zielt er nicht darauf ab, strategische Positionen und günstige Stützpunkte für einen Überfall zu gewinnen, dient er nicht einer Politik des Diktats gegen-

über einem anderen. Im Unterschied zu diesen Pakten hat er nicht das Ziel, irgendeinen Staat Westeuropas einzukreisen oder zu überfallen, da dies ein Vertrag ist, der Staaten in brüderlichem Bündnis vereint, die gleichermaßen den Krieg hassen und den Frieden lieben, da dies ein Vertrag ist, der gegen die Gefahr einer Aggression gerichtet ist, von wo sie auch ausgehen möge.

Dieser Vertrag, sagte Cyrankiewicz weiter, bringt in unsere Beziehungen etwas grundsätzlich Neues; denn um den Verteidigungsmechanismus zu verbessern und unsere Verteidigungskräfte bestmöglich zu verwenden, schaffen wir ein vereinigtes Kommando und erhöhen auf diese Weise die Wirksamkeit unserer Verteidigungsmöglichkeiten um ein Mehrfaches.

Zusammenschluß im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen

Wenn wir alle diese notwendigen Maßnahmen ergreifen, so beabsichtigen wir dabei natürlich nicht, auf weitere Anstrengungen zur allgemeinen Abrüstung und zur Schaffung einer allgemeinen Sicherheitsorganisation zu verzichten. Der vorgeschlagene Vertrag wird völlig im Rahmen der Charta der Organisation der Vereinten Nationen ausgearbeitet. Dabei ist in dem Vertrag vorgesehen, daß er seine Wirksamkeit verliert, sobald eine gesamteuropäische Organisation der kollektiven Sicherheit geschaffen ist.

Der Kampf für die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens, erklärte der Leiter der polnischen Delegation, wird auch in Zukunft weitergeführt werden. Er wird so bedeutende und zentrale Fragen umfassen wie das Verbot der Atom- und der Wasserstoffbombe, die allgemeine Abrüstung und das Verbot der Kriegspropaganda und der Völkerhetze.

Die Regierung der Volksrepublik Polen begrüßt und unterstützt voll und ganz die neuen Abrüstungsvorschläge, die der Vertreter der UdSSR gestern in der Sitzung des Unterausschusses der UN-Abrüstungskommission in London einbrachte. Diese Vorschläge sind ein weiterer und überzeugender Beweis für die konsequente Friedenspolitik der UdSSR.

Obwohl die Warschauer Konferenz europäischen Fragen gewidmet ist, führte Cyrankiewicz weiter aus, können die Teilnehmer dieser Konferenz die wichtigen Ereignisse, die in den letzten Tagen auf anderen Kontinenten vor sich gegangen sind, nicht mit Schweigen übergehen.

Die Situation in Europa und die Frage des Friedens in Europa darf nicht getrennt von der Entwicklung der Situation und der Bemühun-

gen, die zur Erhaltung des Friedens auf dem asiatischen Kontinent unternommen werden, erörtert werden.

Im Laufe der letzten Wochen kann man auch in Europa bedeutende Erfolge der Friedenspolitik feststellen. Während des Aufenthalts einer österreichischen Regierungsdelegation in Moskau wurden außerordentlich wichtige Beschlüsse gefaßt, die in kurzer Zeit zum Abschluß eines Staatsvertrages und zur Wiederherstellung der völligen Souveränität des österreichischen Volkes führen können. Ohne Zweifel werden diese Beschlüsse weit über Österreichs Grenzen hinaus ein Echo finden.

Was die Deutschlandfrage betrifft, sagte Cyrankiewicz, **so glauben wir nach wie vor, daß diese Frage endgültig auf eine Weise geregelt werden wird, die den Lebensinteressen ganz Europas und damit auch des deutschen Volkes entspricht. Polen hat den Kriegszustand mit Deutschland beendet und damit sein Streben nach Normalisierung der Beziehungen zum ganzen deutschen Volk bezeugt. Wir glauben, daß das deutsche Volk, eingedenk der Erfahrungen der Geschichte, erkennen wird, daß die Machtergreifung durch die deutschen Militaristen das deutsche Volk nur zu einer Katastrophe und in ein Unglück führen kann, das noch größer ist als jenes, in das es durch die hitlerfaschistischen Machthaber gestürzt worden ist.**

Der Leiter der polnischen Delegation stellte ferner fest, daß der neue Vertrag die völlige Unterstützung der mächtigen Großmacht Volkschina genießt. Die Teilnahme eines chinesischen Beobachters an der Moskauer und an der Warschauer Konferenz und die auf der Moskauer Konferenz abgegebene Solidaritätserklärung sind ein Beweis dafür.

Das polnische Volk ist sich darüber klar, daß der vorgeschlagene Vertrag die Verteidigungsmöglichkeiten Polens durch die Kräfte seiner Verbündeten mehrt. Die polnische Oder-Neiße-Grenze sowie Sicherheit und Unabhängigkeit unseres Landes werden dank diesem Vertrag nicht nur vom polnischen Volk und seinen Streitkräften, sondern auch von der mächtigen Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie, die durch den gemeinsamen Willen zur Verteidigung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit vereint sind, beschützt. Als Partner dieses Vertrages stehen auf der anderen Seite der polnischen Oder-Neiße-Grenze die Friedenskräfte des deutschen Volkes, die bereit sind, gemeinsam mit uns und auf gleicher Ebene mit uns den Frieden gegen den deutschen Militarismus zu schützen.

Deshalb gibt dieser Vertrag jedem Polen ein Gefühl der Sicherheit für Arbeit, Freiheit und Leben. Dieser Vertrag wird uns gestatten, unsere Volkswirtschaft zu entwickeln und die grandiosen Aufgaben zu

lösen, die wir uns für die Erhöhung unseres Lebensstandards und unseres kulturellen Niveaus gestellt haben.

Der Vorsitzende des Ministerrats der Volksrepublik Polen stellte fest, daß die Politik der Länder des Friedenslagers auf die Verwirklichung der kollektiven Sicherheit gerichtet ist und daß der Vertrag und die Möglichkeit seiner Erweiterung dieser Idee dient, und sagte abschließend:

Ich will den Delegierten der hier vertretenen Regierungen die Versicherung geben, daß sich das polnische Volk über die historische Bedeutung des neuen Vertrages voll und ganz im klaren ist und daß es keine Mühen zur Verwirklichung der Bestimmungen des Vertrages scheuen wird, daß es zusammen mit seiner Regierung die hier ausgearbeiteten Prinzipien der Zusammenarbeit der freien Völker wie seinen Augapfel hüten wird.

Feste Einheitsfront gegen die Aggressoren

Aus der Erklärung des Leiters der tschechoslowakischen Delegation, V. Siroky, auf der Warschauer Konferenz

Die tschechoslowakische Delegation, sagte Siroky, stimmt der vom Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, N. A. Bulganin, gegebenen ausführlichen Analyse der internationalen Lage in vollem Umfange zu und begrüßt die Vorschläge der Sowjetregierung über die Einschränkung der Rüstungen, das Verbot der Atomwaffe und zur Abwendung der Gefahr eines neuen Krieges. Diese neue Initiative der Regierung der Sowjetunion weist allen Völkern den Weg zu einer erheblichen Verbesserung der gesamten internationalen Lage, zur Minderung der internationalen Spannung und zur Lösung wichtiger Fragen, die die Interessen aller Länder der Welt berühren. Die tschechoslowakische Regierung unterstützt mit allen ihren Kräften die Friedensbestrebungen der Sowjetunion und setzt sich für die Annahme und Verwirklichung der sowjetischen Vorschläge ein.

Der tschechoslowakische Ministerpräsident erinnerte daran, daß die Teilnehmer der Moskauer Konferenz zu dem einmütigen Schluß gelangt waren, daß **die Ratifizierung der Pariser Verträge, die die Restaurierung des Militarismus in Westdeutschland und die Aufnahme des remilitarisierten Westdeutschlands in aggressive Blocks besiegelt, ein gegen die Erhaltung des Friedens und auf die Vorbereitung eines neuen Krieges in Europa gerichteter Akt** sein wird. Siroky erinnerte gleichfalls daran, daß die Teilnehmerstaaten der Moskauer Konferenz ihre Bereitschaft erklärt haben, in diesem Falle die für die Gewähr-

leistung ihrer Sicherheit und im Interesse der Erhaltung des Friedens in Europa erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Er sagte weiter: **Mit der Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland und der Einbeziehung Westdeutschlands in aggressive westliche Blocks taucht in Europa ein neuer schwerwiegender Faktor auf, der die Spannungen allgemein verschärft und Sicherheit und Freiheit der Völker bedroht.** Die kurze Frist seit der Unterzeichnung der Pariser Verträge im Oktober vorigen Jahres genügte vollkommen, um unseren Völkern völlig klarzumachen, daß sich die Pariser Verträge gegen den Frieden, gegen die Sicherheit und gegen die Unabhängigkeit unseres Landes sowie der anderen friedliebenden Länder richten.

Eine richtige und wirksame Antwort

Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik — die nach wie vor unbeirrt eine Politik der Minderung der internationalen Spannung, eine Politik der Lösung der internationalen Fragen auf dem Verhandlungswege verfolgt — ist der Ansicht, daß es infolge der Ratifizierung der Pariser Verträge nicht nur richtig, sondern auch sehr notwendig ist, die von der Moskauer Konferenz vorgesehenen Maßnahmen zu ergreifen und alle erforderlichen und dringenden Vorkehrungen zum Schutz der Interessen und der Sicherheit unserer Völker sowie zur Erhaltung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt zu treffen.

Unsere gemeinsame Antwort ist fest und bestimmt. Am 2. Dezember 1954 unterzeichneten wir in Moskau eine Deklaration, die unseren einmütigen Standpunkt zu den Pariser Verträgen zum Ausdruck bringt, und schon heute, wenige Tage nach der Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden zu den Pariser Verträgen, schicken wir uns an, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Wir sind zusammengekommen, um den Abschluß eines Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe sowie über die Bildung eines vereinigten Kommandos unserer acht Staaten zu erörtern. Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik gab bei den vorangegangenen Konsultationen ihrer Überzeugung Ausdruck, daß diese Maßnahmen die richtige und wirksame Antwort der friedliebenden Länder Europas auf die aus den Pariser Verträgen resultierende Bedrohung ihrer nationalen Sicherheit sein wird.

Warschauer Vertrag — Ausdruck der Geschlossenheit

Ministerpräsident Siroky stellte in seiner Erklärung weiter fest, daß der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe, der jetzt auf der Konferenz erörtert wird, voll und ganz

den Interessen und Bedürfnissen des tschechoslowakischen Volkes entspricht. Unser Vertrag, sagte er, ist der Ausdruck einer neuen und noch engeren Geschlossenheit der friedliebenden Völker Europas. Er gewinnt noch größere Bedeutung, da unsere Anstrengungen von der Volksrepublik China — der 600-Millionen-Macht Asiens — unterstützt werden, deren Vertreter als Beobachter an unseren Verhandlungen teilnehmen. Wir schaffen jedoch keinen isolierten exklusiven Block, der den exklusiven aggressiven Blocks des Westens gegenübersteht. Unser Vertrag ist nicht nur eine feste Grundlage der Sicherheit unserer Völker für ihre gegenseitige Sicherung gegen eine Aggression und die Grundlage ihrer Zusammenarbeit im friedlichen Aufbau und im Friedenskampf, sondern auch eine feste und verläßliche Grundlage für das Streben aller europäischen Länder nach Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit, eine Grundlage des weiteren Strebens nach der Gewährleistung der kollektiven Sicherheit in ganz Europa, nach der Lösung strittiger Fragen auf dem Verhandlungswege, nach dem Verbot der Massenvernichtungswaffen, nach allgemeiner Abrüstung und nach friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen allen Staaten.

Der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe schafft die feste Grundlage für die engste Zusammenarbeit der acht europäischen Länder, gegen die sich die Intrigen und Kriegsvorbereitungen der Friedensfeinde vor allem richten, der Länder, die sich mit der Sowjetunion an der Spitze in der Nachkriegsentwicklung als die konsequentesten und verläßlichsten Kämpfer für Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern Europas erwiesen haben.

Der Vertrag legt sehr notwendige Maßnahmen zur Koordinierung unseres weiteren gemeinsamen Kampfes für die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa fest. Er wird ein wirksames und mächtiges Instrument im weiteren gemeinsamen Kampf unserer Länder gegen die Vorbereitung eines neuen Krieges in Europa, gegen jegliche Intrigen des wiedererrichteten deutschen Militarismus und gegen alle Pläne und Manöver der aggressiven Blocks im Westen sein.

Im Zusammenhang mit der erheblichen Intensivierung der Kriegsvorbereitungen der Streitkräfte der westlichen Blocks kommt der Koordinierung unserer Verteidigungsaktionen und der Bildung eines vereinigten Kommandos unserer acht Länder gewaltige Bedeutung zu. Vom Standpunkt der tschechoslowakischen Regierung ist die gemeinsame Verpflichtung, bei einem bewaffneten Überfall auf eines unserer Länder unverzügliche und allseitige Hilfe zu leisten, eine völlig richtige Maßnahme und eine feste Garantie dafür, daß gegen jeden Aggressor sich unsere gewaltige gemeinsame Kraft richten wird.

Ein vereinigtes Kommando wird eine Garantie dafür sein, daß bei der weiteren Formierung von Streitkräften unserer Länder die Erfahrungen des Großen Vaterländischen Krieges noch wirksamer ausgewertet werden. Es wird die Ausbildung unserer bewaffneten Einheiten in der Weise gewährleisten, daß sie, falls wir angegriffen werden, den Sieg auch über einen Feind erringen können, der technisch vollendet ausgerüstet ist. Möge niemand daran zweifeln, daß unsere Völker stets alle notwendigen Kräfte und Mittel zur Verfügung haben werden, um jegliche Aggressionsversuche sofort im Keim zu ersticken.

Siroky wies in seiner Erklärung darauf hin, daß der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe für die Tschechoslowakische Republik eine weitere Bestätigung und Festigung ihrer Verbundenheit mit den befreundeten Ländern ist, mit denen sie bisher ein solcher Vertrag noch nicht verband, und sagte:

Gestatten Sie mir deshalb, im Namen der tschechoslowakischen Regierung und des ganzen tschechoslowakischen Volkes unseren neuen Verbündeten — die Deutsche Demokratische Republik — herzlich zu grüßen. Unser Land verbinden mit der Deutschen Demokratischen Republik seit mehreren Jahren enge Freundschaftsbande, die unaufhörlich gefestigt werden. Diese unsere brüderlichen Beziehungen finden jetzt ihren Ausdruck in einem Vertrag.

Der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe ist für die weitere Entwicklung in Europa und in der ganzen Welt von weitgehender historischer Bedeutung.

Er ist die verläßliche Grundlage unseres gemeinsamen Kampfes für den Sieg des Friedens, für die Schaffung eines Gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit, für die friedliche Lösung der internationalen Fragen sowie für friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit der Länder — unabhängig vom Unterschied der gesellschaftlichen Systeme. Wir waren und sind gegen die Aufspaltung Europas in einander gegenüberstehende Blocks. Wir sind fest davon überzeugt, und die Ereignisse bis zum heutigen Tag bestätigen dies, daß allein der Weg der kollektiven Sicherheit richtig und für alle europäischen Völker gangbar ist. Aus diesem Grunde bekräftigen unsere Länder feierlich ihr Streben nach der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit, das auf der Beteiligung aller europäischen Staaten — unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und politischen Ordnung — beruht. Ziel und Sinn unseres Vertrages bestehen nicht darin, einen abgeschlossenen Staatenblock zu schaffen, der gegen eine andere Gruppe von Staaten gerichtet ist; der Vertrag steht allen

Staaten offen, die bereit sind, sich mit uns in dem Bemühen um die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit der Völker zu vereinigen. Auf Grund dieses Vertrages werden unsere Länder auch weiterhin unermüdlich die Vereinigung der Friedensbemühungen aller europäischen Länder anstreben. Ziel und Sinn unseres Vertrages bestehen nach wie vor in der verläßlichen Gewährleistung des Friedens in Europa durch ein Gesamteuropäisches System der kollektiven Sicherheit. Wenn dieses Ziel erreicht ist, wird unser Vertrag seinen ursprünglichen Sinn verlieren und hinfällig werden.

Ein Beispiel für die Lösung strittiger Fragen

Ein Beweis und ein Beispiel dafür, daß man offene europäische Probleme lösen kann und wie man sie lösen kann, ist die Österreichfrage. Gerade hierbei wurde bewiesen, daß man zur Lösung derartiger Fragen nicht durch einander gegenüberstehende Blocks und noch weniger auf der Grundlage der Politik der Stärke gelangen kann. Mit der Politik der Stärke kann man nur ein Ergebnis erzielen: die Spannungen verschärfen und die Gefahr eines neuen Krieges erhöhen, doch niemals dieses oder jenes internationale Problem lösen. **Das Abkommen, das zwischen der sowjetischen und der österreichischen Regierungsdelegation in Moskau erzielt wurde, wird in der ganzen Welt als ein Beispiel für die erfolgreiche Lösung strittiger Fragen auf der Grundlage von Verhandlungen bei gutem Willen beider Seiten bewertet.** Wenn in diesen Tagen die Verhandlungen der Botschafter der vier Mächte und der österreichischen Vertreter in Wien mit positiven Ergebnissen beendet werden und wenn die Hoffnungen begründet sind, daß wir am Vorabend der Unterzeichnung des Staatsvertrages stehen, so ist dies nicht das Ergebnis der „Politik der Stärke" — wie einige ihrer Verfechter erklären — sondern vor allem das Ergebnis der intensiven Friedensbemühungen der Sowjetunion, ein Beweis für die positiven Ergebnisse, zu denen ihr unerschütterlicher Wille führt, den Frieden zu erhalten und die internationalen Fragen zu lösen.

Im Zusammenhang mit der Lösung der Österreichfrage werden auch in Westdeutschland mit Recht Stimmen laut, die fordern, daß bei der Lösung der Deutschlandfrage ebenfalls nicht von den Interessen der aggressiven Blocks und der „Politik der Stärke", sondern von den Lebensinteressen des deutschen Volkes und den Interessen des Friedens in Europa ausgegangen wird. Zweifellos besteht in diesem Fall, wenn die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus unmöglich gemacht wird, auch noch jetzt die reale Möglichkeit, die anomale Lage in Deutschland zu beenden und die nationale Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

Der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe — ein mächtiges Instrument gegen eine Aggression in Europa — ist gleichzeitig ein wirksames Werkzeug zur Lösung internationaler Fragen im Geiste des Friedens und des Einvernehmens, in Übereinstimmung mit den Interessen der Völker. Deshalb ist er nicht nur eine Verkörperung der Interessen unserer Völker, sondern auch der Interessen aller europäischen Völker. Unser Vertrag basiert in allen seinen Artikeln auf fundierten und allgemein anerkannten Prinzipien der friedlichen Beziehungen zwischen den Völkern, auf dem Prinzip der gegenseitigen Achtung und der souveränen Gleichheit der Staaten, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates und der Pflicht aller Staaten, gemeinsam nach der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit zu streben, sowie auf dem unveräußerlichen Recht aller Staaten auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung.

Unser Vertrag entspricht voll und ganz den Zielen und Prinzipien der UN-Charta. Unsere Länder verpflichten sich, in ihren internationalen Beziehungen auf Gewaltandrohung und Gewaltanwendung zu verzichten und ihre internationalen Streitfragen mit friedlichen Mitteln zu lösen, um den Weltfrieden und die Sicherheit nicht zu gefährden. Sie werden stets bereit sein, im Geiste aufrichtiger Zusammenarbeit an allen internationalen Aktionen teilzunehmen, die das Ziel verfolgen, den Weltfrieden und die Sicherheit zu gewährleisten, und sie werden alle ihre Kräfte für die Erreichung dieser Ziele einsetzen. Sie werden bestrebt sein, nach Vereinbarungen mit anderen Staaten, die zur Mitarbeit bereit sind, wirksame Maßnahmen zur allgemeinen Einschränkung der Rüstungen und zum Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen sowie auch anderer Arten von Massenvernichtungswaffen zu ergreifen. Dazu verpflichtet uns der Vertrag, dazu verpflichtet uns der Wille unseres Volkes.

Abschließend sagte Ministerpräsident Siroky: Die tschechoslowakische Regierung erklärt im Namen des ganzen tschechoslowakischen Volkes, daß sie sich voll und ganz für einen Vertrag der acht Staaten über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe ausspricht. Sie wird alle seine Artikel akzeptieren, die sich aus dem Vertrag ergebenden Verpflichtungen übernehmen und diesen Vertrag stets konsequent einhalten.

14. Mai 1955:

Vertrag

über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik

Die vertragschließenden Seiten haben beschlossen,

unter erneuter Bekundung ihres Strebens nach Schaffung eines auf der Teilnahme aller europäischen Staaten, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, beruhenden Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, das es ermöglichen würde, ihre Anstrengungen im Interesse der Sicherung des Friedens in Europa zu vereinigen;

unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Lage, die in Europa durch die Ratifizierung der Pariser Verträge entstanden ist, welche die Bildung neuer militärischer Gruppierungen in Gestalt der „Westeuropäischen Union" unter Teilnahme eines remilitarisierten Westdeutschlands und dessen Einbeziehung in den Nordatlantikpakt vorsieht, wodurch sich die Gefahr eines neuen Krieges erhöht und eine Bedrohung der nationalen Sicherheit der friedliebenden Staaten entsteht, in der Überzeugung, daß unter diesen Bedingungen die friedliebenden Staaten Europas zur Gewährleistung ihrer Sicherheit und im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa notwendige Maßnahmen ergreifen müssen, geleitet von den Zielen und Grundsätzen der Satzungen der Organisation der Vereinten Nationen, im Interesse der weiteren Festigung und Entwicklung der Freundschaft, der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Beistandes in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Achtung der Unabhängigkeit und der Souveränität der Staaten sowie der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten;

diesen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand abzuschließen, und ihre Bevollmächtigten ernannt:

das Präsidium der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien — Mehmet Shehu, Vorsitzenden des Ministerrats der Volksrepublik Albanien; das Präsidium der Volksversammlung der Volksrepublik Bulgarien — Wylko Tscherwenkoff, Vorsitzenden des Ministerrats der Volksrepublik Bulgarien; der Präsident der Ungarischen Volksrepublik — Andras Hegedues, Vorsitzenden des Ministerrats der Ungarischen Volksrepublik; der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik — Otto Grotewohl, Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik; der Staatsrat der Volksrepublik Polen — Jozef Cyrankiewicz, Vorsitzenden des Ministerrats der Volksrepublik Polen; das Präsidium der Großen Nationalversammlung der Rumänischen Volksrepublik — Gheorghe Gheorghiu-Dej, Vorsitzenden des Ministerrats der Rumänischen Volksrepublik; das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken — Nikolaj Alexandrowitsch Bulganin, Vorsitzenden des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken; der Präsident der Tschechoslowakischen Republik — Viliam Siroky, Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Republik, die ihre in gehöriger Form und in Ordnung befundenen Vollmachten vorlegten und über Folgendes übereinkamen:

Artikel 1

Die vertragschließenden Seiten verpflichten sich in Übereinstimmung mit den Satzungen der Organisation der Vereinten Nationen, sich in ihren internationalen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder ihrer Anwendung zu enthalten und ihre internationalen Streitfragen mit friedlichen Mitteln so zu lösen, daß der Weltfrieden und die Sicherheit nicht gefährdet werden.

Artikel 2

Die vertragschließenden Seiten erklären ihre Bereitschaft, sich im Geiste aufrichtiger Zusammenarbeit an allen internationalen Handlungen zu beteiligen, deren Ziel die Gewährleistung des Weltfriedens und der Sicherheit ist, und werden alle ihre Kräfte für die Verwirklichung dieser Ziele einsetzen.

Hierbei werden sich die vertragschließenden Seiten dafür einsetzen, in Vereinbarung mit anderen Staaten, die diesbezügliche Zusammenarbeit wünschen, wirksame Maßnahmen zur allgemeinen Abrüstung und zum Verbot von Atom-, Wasserstoff- und anderen Massenvernichtungswaffen zu ergreifen.

Artikel 3

Die vertragschließenden Seiten werden sich in allen wichtigen internationalen Fragen, die ihre gemeinsamen Interessen berühren,

beraten und sich dabei von den Interessen der Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit leiten lassen.

Sie werden sich im Interesse der Gewährleistung der gemeinsamen Verteidigung und der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit untereinander unverzüglich jedesmal beraten, wenn nach Meinung einer der Seiten die Gefahr eines bewaffneten Überfalls auf einen oder mehrere Teilnehmerstaaten des Vertrages entsteht.

Artikel 4

Im Falle eines bewaffneten Überfalls in Europa auf einen oder mehrere Teilnehmerstaaten des Vertrages seitens irgendeines oder einer Gruppe von Staaten wird jeder Teilnehmerstaat des Vertrages in Verwirklichung des Rechtes auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung in Übereinstimmung mit Artikel 51 der Satzungen der Organisation der Vereinten Nationen dem Staat oder den Staaten, die einem solchen Überfall ausgesetzt sind, sofortigen Beistand individuell und in Vereinbarung mit den anderen Teilnehmerstaaten des Vertrages mit allen Mitteln, die ihnen erforderlich scheinen, einschließlich der Anwendung von militärischer Gewalt, erweisen. Die Teilnehmerstaaten des Vertrages werden sich unverzüglich über gemeinsame Maßnahmen beraten, die zum Zwecke der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit zu ergreifen sind.

Von den Maßnahmen, die auf Grund dieses Artikels ergriffen wurden, wird dem Sicherheitsrat, entsprechend den Bestimmungen der Satzungen der Organisation der Vereinten Nationen, Mitteilung gemacht. Diese Maßnahmen werden eingestellt, sobald der Sicherheitsrat die Maßnahmen ergreift, die zur Wiederherstellung und Erhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit erforderlich sind.

Artikel 5

Die vertragschließenden Seiten kamen überein, ein Vereintes Kommando derjenigen ihrer Streitkräfte zu schaffen, die nach Vereinbarung zwischen den Seiten diesem auf Grund gemeinsam festgelegter Grundsätze handelnden Kommando zur Verfügung gestellt werden. Sie werden auch andere vereinbarte Maßnahmen ergreifen, die zur Stärkung ihrer Wehrfähigkeit notwendig sind, um die friedliche Arbeit ihrer Völker zu beschützen, die Unantastbarkeit ihrer Grenzen und Territorien zu garantieren und den Schutz gegen eine mögliche Aggression zu gewährleisten.

Artikel 6

Zur Durchführung der in diesem Vertrag vorgesehenen Beratungen zwischen den Teilnehmerstaaten des Vertrages und zur Erörterung

von Fragen, die im Zusammenhang mit der Verwirklichung dieses Vertrages entstehen, wird ein Politischer Beratender Ausschuß gebildet, in den jeder Teilnehmerstaat des Vertrages ein Regierungsmitglied oder einen anderen besonders ernannten Vertreter delegiert.

Der Ausschuß kann, wenn es erforderlich ist, Hilfsorgane schaffen.

Artikel 7

Die vertragschließenden Seiten übernehmen die Verpflichtung, sich an keinen Koalitionen oder Bündnissen zu beteiligen und keine Abkommen abzuschließen, deren Zielsetzung den Zielen dieses Vertrages widerspricht.

Die vertragschließenden Seiten erklären, daß ihre Verpflichtungen aus bestehenden internationalen Verträgen nicht im Widerspruch zu den Bestimmungen dieses Vertrages stehen.

Artikel 8

Die vertragschließenden Seiten erklären, daß sie im Geiste der Freundschaft und der Zusammenarbeit für die Weiterentwicklung und Festigung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen untereinander in Befolgung der Grundsätze der gegenseitigen Achtung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität und der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten handeln werden.

Artikel 9

Dieser Vertrag steht anderen Staaten zum Beitritt offen, die, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, ihre Bereitschaft bekunden, durch Teilnahme an diesem Vertrag zur Vereinigung der Anstrengungen der friedliebenden Staaten zum Zwecke der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit der Völker beizutragen. Dieser Beitritt wird mit dem Einverständnis der Teilnehmerstaaten des Vertrages nach der Hinterlegung der Beitrittsurkunde bei der Regierung der Volksrepublik Polen in Kraft treten.

Artikel 10

Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Volksrepublik Polen hinterlegt.

Der Vertrag tritt am Tage der Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde in Kraft. Die Regierung der Volksrepublik Polen wird die anderen Teilnehmerstaaten des Vertrages von der Hinterlegung einer jeden Ratifikationsurkunde in Kenntnis setzen.

Artikel 11

Dieser Vertrag bleibt 20 Jahre in Kraft. Für die vertragschließenden Seiten, die ein Jahr vor Ablauf dieser Frist der Regierung der Volks-

republik Polen keine Erklärung über die Kündigung dieses Vertrages übergeben, bleibt er weitere zehn Jahre in Kraft.

Im Falle der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und des Abschlusses eines diesem Ziele dienenden Gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit, den die vertragschließenden Seiten unentwegt anstreben werden, verliert dieser Vertrag am Tage des Inkrafttretens des Gesamteuropäischen Vertrages seine Gültigkeit.

Ausgefertigt in Warschau am vierzehnten Mai 1955 in einem Exemplar in deutscher, russischer, polnischer und tschechischer Sprache, wobei alle Texte gleiche Gültigkeit haben. Beglaubigte Abschriften dieses Vertrages wird die Regierung der Volksrepublik Polen allen anderen Vertragsteilnehmern übergeben.

Zur Bestätigung dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben und mit Siegeln versehen.

In Vollmacht des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien
gez. Mehmet Shehu,

in Vollmacht des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Bulgarien
gez. Wylko Tscherwenkoff,

in Vollmacht des Präsidialrates der Ungarischen Volksrepublik
gez. Andras Hegedues,

in Vollmacht des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik
gez. Otto Grotewohl,

in Vollmacht des Staatsrates der Volksrepublik Polen gez. Jozef Cyrankiewicz,

in Vollmacht des Präsidiums der Großen Nationalversammlung der Rumänischen Volksrepublik gez. Gheorghe Gheorghiu-Dej,

in Vollmacht des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gez. Nikolaj Alexandrowitsch Bulganin,

in Vollmacht des Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik
gez. Viliam Siroky.

Über die Bildung des Vereinten Kommandos der Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand

In Übereinstimmung mit dem Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Union der Sozialistischen

Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik haben die Teilnehmerstaaten des Vertrages den Beschluß über die Bildung eines Vereinten Kommandos der Streitkräfte gefaßt.

In diesem Beschluß ist vorgesehen, daß allgemeine Fragen, die die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und die Organisation der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten betreffen, im politischen Beratungsausschuß erörtert werden, der entsprechende Beschlüsse fassen wird.

Zum Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte, die aus den von den Staaten, die den Vertrag unterschrieben haben, zugeteilten Streitkräften bestehen, wird Marschall der Sowjetunion I. S. Konew ernannt.

Zu Stellvertretern des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte werden die Verteidigungsminister oder andere militärische Führer der Teilnehmerstaaten des Vertrages ernannt, die mit dem Kommando der Streitkräfte eines jeden Teilnehmerstaates des Vertrages beauftragt werden, die den Vereinten Streitkräften zugeteilt wurden.

Die Frage der Teilnahme der Deutschen Demokratischen Republik an Maßnahmen, die die Streitkräfte des Vereinten Kommandos betreffen, wird später erörtert.

Beim Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte wird ein Stab der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Vertrages gebildet, dem ständige Vertreter der Generalstäbe der Teilnehmerstaaten des Vertrages angehören.

Der Standort des Stabes ist die Stadt Moskau.

Die Standortverteilung der Vereinten Streitkräfte auf dem Territorium der Teilnehmerstaaten des Vertrages wird in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der gemeinsamen Verteidigung nach Vereinbarung zwischen diesen Staaten durchgeführt.

Ministerpräsident Otto Grotewohl

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik hält es für ihre Pflicht, bei Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand folgende Erklärung abzugeben:

Im Hinblick auf das Ziel des Vertrages, den Frieden und die Sicherheit in Europa zu gewährleisten, sieht die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in dem Vertrag eine große Unterstützung des deutschen Volkes in seinem Streben nach friedlicher und demokratischer Wiedervereinigung Deutschlands.

Die Deutsche Demokratische Republik sieht nach wie vor die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage als ihre und des ganzen deutschen Volkes Hauptaufgabe an und wird alles tun, um die Wiedervereinigung Deutschlands zu beschleunigen. Bei der Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand geht die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik davon aus, daß das wiedervereinigte Deutschland von den Verpflichtungen frei sein wird, die ein Teil Deutschlands in militärpolitischen Verträgen und Abkommen, die vor der Wiedervereinigung abgeschlossen wurden, eingegangen ist.

Der chinesische Beobachter Peng Teh-huai

Nach Ministerpräsident Otto Grotewohl gab der als Beobachter auf der Konferenz anwesende Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrats und Minister für Nationale Verteidigung der Volksrepublik China, Peng Teh-huai, eine Erklärung ab. Darin wird festgestellt, daß die Warschauer Konferenz nach dreitägigen angestrengten Beratungen zu einem historischen Ergebnis geführt hat. Die Regierung Volkschinas betrachte den abgeschlossenen Vertrag als einen wichtigen Faktor für den Frieden und die Gewährleistung der Sicherheit nicht nur in Europa, sondern auch in Asien. Die Konferenz habe, wie Peng Teh-huai hervorhob, nochmals die Entschlossenheit der Länder des Friedenslagers gezeigt, den Frieden zu erhalten. Sie habe zugleich bewiesen, daß das Friedenslager eine Kraft ist, mit der man rechnen muß. Peng Teh-huai betonte, daß der abgeschlossene Vertrag den Interessen der Völker der ganzen Welt entspricht. Die Regierung Volkschinas mit seinen 600 Millionen Menschen unterstütze deshalb diesen Vertrag voll und ganz.

Anschließend gab der Vorsitzende des Ministerrats der Volksrepublik Polen, Jozef Cyrankiewicz, eine Erklärung über den Abschluß der Konferenz ab, in der er die hervorragende historische Bedeutung der Warschauer Beratungen nochmals hervorhob.

Ein herzlicher Händedruck der führenden Staatsmänner des Friedenslagers besiegelte am Schluß des feierlichen Unterzeichnungsaktes das abgeschlossene Freundschaftsbündnis.

20. Mai 1955:

Der Warschauer Vertrag – ein Friedenswerk

Aus dem Bericht des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

Die Warschauer Konferenz steht in engem Zusammenhang mit der Konferenz in Moskau vom 29. November bis zum 2. Dezember 1954. Sie ist die logische Schlußfolgerung der Konferenz von Moskau. In Moskau warnten die friedliebenden Länder vor der Gefahr der „Politik der Stärke". 54 Millionen Tote, 35 Millionen Kriegsverletzte, 1350 Milliarden Dollar materieller Verluste zeigen uns die traurige Bilanz des zweiten Weltkrieges. Sie mahnt die Menschen eindringlich, daß nur das friedliche Nebeneinanderleben der Völker, ohne Rücksicht auf die Gesellschaftsordnung der Völker, sie vor den Schrecken und Leiden neuer Kriege bewahren und ihnen eine friedliche Zukunft sichern kann.

Die amerikanischen und westdeutschen Militaristen haben die eindeutige Warnung, die die friedliebenden Völker durch die Deklaration der Moskauer Konferenz vom 2. Dezember 1954 an ihre Adresse richteten, in den Wind geschlagen. In der Moskauer Deklaration hieß es über die Deutschlandfrage:

„Statt zur friedlichen Lösung der Deutschlandfrage beizutragen, geben diese Abkommen den Militaristen und Revanchisten in Westdeutschland freie Hand und verstärken die Bedrohung für die Sicherheit der Völker Europas."

So ist es gekommen: Die Ratifizierung der Pariser Verträge ist Tatsache geworden. Westdeutschland wird in schnellem Tempo militarisiert, in den Nordatlantikblock und in die Westeuropäische Union eingegliedert. Unter dem Deckmantel einer Scheinsouveränität haben Militaristen und Revanchisten freie Hand in Westdeutschland erhalten.

Eine neue Lage ist dadurch entstanden. Der Bonner Staat ist kein friedliebender Staat. Er wird immer mehr von den gleichen aggres-

siven, revanchelüsternen imperialistischen Kräften beherrscht, die durch Hitler den zweiten Weltkrieg auslösten und heute im Bündnis mit den amerikanischen, britischen und französischen Imperialisten versuchen, die Vormachtstellung in Europa zu erringen.

Die politische Zielsetzung der imperialistischen Kräfte in Europa ist die Verhinderung der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und die Verwandlung Westdeutschlands in eine strategische Kriegsbasis, in ein Ausfalltor gegen die Sowjetunion, die volksdemokratischen Länder und die Deutsche Demokratische Republik. Hinzu kommt, daß die Wiedererrichtung des westdeutschen Militarismus von einer verstärkten Aktivität der aggressiven Kräfte in der Welt begleitet wird.

Andererseits zeigt die Entwicklung seit der Genfer Konferenz im Jahre 1954 das starke Anwachsen der Idee der Verständigung. Der Beweis dafür ist die friedliche Regelung der Koreafrage, die Beendigung des Krieges in Vietnam, die friedliche Annäherung der Völker Asiens und Afrikas auf der Konferenz in Bandung, die Unterzeichnung des Staatsvertrages für Österreich und das Zustandekommen einer neuen Viermächtekonferenz.

Plattform für internationale Entspannung

Man kann sich verständigen; also muß der Weg der friedlichen Verhandlungen zur Verständigung fortgeführt und gleichzeitig allen Aggressoren in Europa und der Welt der Weg endgültig verlegt werden. Diesen Weg ist die Warschauer Konferenz gegangen. Diesem Geist und Wort entspricht der Warschauer Vertrag. Er ist ein Werk der Freundschaft und der gegenseitigen wirtschaftlichen und kulturellen Hilfe derjenigen Völker, die in der Verwirklichung des Sozialismus die glückliche Zukunft der Menschheit sehen. Dazu bedürfen die Völker des Friedens, den sie festigen und erhalten durch den gegenseitigen militärischen Beistand. Aber der Frieden ist unteilbar, er kennt keine gesellschaftliche oder geographische Begrenzung. **Darum richtet sich der Vertrag auch gegen kein Volk und gegen keine Völkervereinigung.**

Im Gegenteil, der Vertrag wendet sich in Übereinstimmung mit der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen an alle Völker, die bereit sind, in ihren internationalen Beziehungen auf die Drohung mit Gewalt oder ihre Anwendung zu verzichten und Streitfragen mit friedlichen Mitteln so zu lösen, daß der Weltfrieden und die Sicherheit nicht gefährdet werden. Es ist ein offener Vertrag, an dem alle friedliebenden Völker mitzuwirken berufen sind.

Der Vertrag stellt keinerlei gegen irgend jemand gerichtetes Werk dar. Er beruht vielmehr auf völlig neuen Beziehungen des Zusammenlebens der Völker und kennt daher auch keinerlei Vergleiche in der Geschichte. Er geht von der Gemeinsamkeit der Völker in ihren Zielen und Interessen aus und beruht auf drei Prinzipien:

1. **der völligen Gleichberechtigung,**
2. **der Achtung der staatlichen Souveränität und**
3. **der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse.**

Der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand wird anderen Ländern nicht verschlossen sein. Ihm können sich alle anderen Staaten anschließen, unabhängig von ihrer Staats- und Gesellschaftsordnung.

Diese Besonderheit des Vertrages der acht Staaten beweist seinen Verteidigungscharakter, ebenso wie den Verteidigungscharakter der Organisation, die auf seiner Grundlage geschaffen wird. Der Abschluß des Vertrages bedeutet auch nicht den Verzicht der Teilnehmer des Vertrages auf weitere Versuche zur Schaffung eines europäischen Systems der kollektiven Sicherheit. Dies findet seinen Ausdruck im Vertrag, in dem gesagt wird, **daß seine Teilnehmer auch zukünftig unbeirrbar die Schaffung eines gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit und den Abschluß eines gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit anstreben werden.**

Der Vertrag geht davon aus, daß im Falle der Schaffung eines gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit der Vertrag der acht Staaten vom Augenblick des Inkrafttretens des gesamteuropäischen Vertrages an außer Kraft gesetzt wird.

Die Ergebnisse und Beschlüsse der Warschauer Konferenz sind eine gute und solide politische Plattform für eine internationale Entspannung, die alle Möglichkeiten in sich trägt, einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten, wenn die Völker es wollen. Wie nie zuvor zeigen die Völker den Willen zum Frieden. Daran ändert auch jene schandbare Hetze nichts, mit der das Vertrauen der Völker zueinander unterwühlt werden soll. Die Ergebnisse dieses „kalten Krieges" sind nichts anderes als ein maßloses Wettrüsten, das bis zur Bedrohung mit Atomwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen geführt hat.

Diese Lage macht es notwendig, unaufschiebbare und wirksame Maßnahmen zur Entladung der internationalen Spannungen und zur Festigung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Völkern zu ergreifen. Die Völker müssen der Sowjetunion Dank wissen für ihren klugen und menschlichen Vorschlag zu den Fragen der Abrüstung,

des Verbots der Atomwaffen und der Beseitigung der Gefahr eines neuen Krieges, den sie am Tage der Eröffnung der Warschauer Konferenz den Vereinten Nationen vorlegte.

Bedeutungsvolle Abrüstungsvorschläge der UdSSR

Die Warschauer Konferenz muß in unmittelbarer Verbindung mit diesen großen und bedeutsamen neuen Abrüstungsvorschlägen der Sowjetunion gesehen werden.

Im Artikel 2 des Vertrages ist darum beschlossen, mit den vertragschließenden Staaten, in Verbindung mit anderen Staaten,

> **„wirksame Maßnahmen zur allgemeinen Abrüstung und zum Verbot von Atom-, Wasserstoff- und anderen Massenvernichtungswaffen zu ergreifen“.**

Mit den großen neuen Abrüstungsvorschlägen hat die Regierung der UdSSR einen bedeutsamen Schritt zur Entspannung der internationalen Lage und zur Beseitigung des gegenseitigen Mißtrauens der Staaten unternommen.

Ausgehend von dem Prinzip der friedlichen Koexistenz verschiedener gesellschaftlicher Systeme, sind die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion und der in Warschau abgeschlossene Vertrag ein Ausdruck der neuen Beziehungen zwischen den beteiligten Ländern. In diesen neuen Beziehungen verkörpern sich die edlen Prinzipien des sozialistischen Internationalismus, die Ideen der brüderlichen Freundschaft freier und gleichberechtigter Völker.

Zur Verwirklichung dieser Ziele vereinen die acht am Vertrag beteiligten Staaten ihre Kräfte und sind dadurch in der Lage, gemeinsam und wirksam der Situation in Europa zu begegnen, die durch das Inkrafttreten der Pariser Verträge eingetreten ist.

Die Warschauer Beratungen und der von den beteiligten Ländern abgeschlossene Vertrag im Zusammenhang mit der großen Friedensinitiative der Sowjetunion sind neben dem Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich, neben der erfolgreichen Konferenz in Bandung und der sich anbahnenden Verhandlungen der vier Mächte neue große Siege des Friedens und der Verständigung der Völker.

Diese Tatsachen ernüchtern die Aggressoren und dämpfen ihre Abenteuerlust. Sie mobilisieren die Völker zur Verstärkung ihres Kampfes um die Erhaltung des Friedens, gegen die Pariser Abkommen, die Deutschland und Europa spalten und zwei gegeneinander gerichtete Staatengruppen schaffen.

So wirkt der Vertrag von Warschau unmittelbar und positiv für die Sicherheit und den Frieden in Europa und damit auch für Deutschland. Deutschland kann sich zu einem einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Staat aus seiner Spaltung nur erheben, wenn die Pariser Verträge fallen. Wenn das deutsche Volk und die deutsche Nation leben will, muß es sein Recht auf friedliche und demokratische Wiedervereinigung verteidigen und durchsetzen. Das kann es aber nur, wenn es sich gegen die Verwirklichung der Pariser Verträge zur Wehr setzt. Ausführlich hat die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik vor dem Forum der Warschauer Konferenz die Lage in Deutschland analysiert und dargelegt.

Wir haben betont, daß die Ratifizierung der Pariser Abkommen gegen den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes erfolgt ist und daß für die Deutsche Demokratische Republik und alle deutschen Patrioten die Beschlüsse über das Pariser Abkommen rechtsungültig sind.

Wir haben über die Entwicklung in Westdeutschland berichtet und dargelegt, daß die Masse unserer westdeutschen Landsleute, insbesondere die Arbeiterklasse, beginnt, sich aus ihrer Passivität zu lösen und sich energischer und zielbewußter gegen Militarismus und Kriegsgefahr, für die friedliche und demokratische Wiedervereinigung zur Wehr setzt. **In Westdeutschland ist ein Umschwung eingetreten. Die Volksmassen erkennen immer mehr die Gefährlichkeit der Pariser Abkommen. Die nationale Bewegung stärkt und festigt sich von Tag zu Tag.**

Ein Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik, die im Bewußtsein ihrer großen nationalen Verantwortung für die friedliche Zukunft des ganzen deutschen Volkes in Warschau für die Interessen des ganzen deutschen Volkes sprach, hat dem Warschauer Vertrag ihre volle Zustimmung gegeben. Sie erblickt in dem Warschauer Vertrag ein Instrument zur internationalen Entspannung, zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker.

Sie ist der Auffassung — und diese Auffassung wurde durch die von uns abgegebene Erklärung zur Frage der Lösung des Deutschlandproblems unterstrichen —, daß der **Warschauer Vertrag ein Schritt zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlichem und demokratischem Wege bedeutet,** weil er die um die nationale Einheit kämpfenden deutschen Patrioten in ihrem gerechten Kampf stärkt und ermuntert.

Im Gegensatz zu den Pariser Verträgen, die Westdeutschland den Weg zur friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands erschweren, gibt der Warschauer Vertrag der Deutschen Demokratischen Republik die volle Freiheit, ungehindert über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands zu verhandeln und alle dazu möglichen Maßnahmen zu treffen. Adenauer und die Bonner Militaristen haben das Recht auf die nationalen Interessen des deutschen Volkes für 50 Jahre aufgegeben. Sie reden ununterbrochen von der Einheit Deutschlands, aber praktisch verhindern sie ihre Durchführung.

In den Pariser Verträgen befinden sich solche Bestimmungen, nach denen die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands von der Bundesrepublik nicht ohne Genehmigung der Westmächte behandelt werden kann.

Damit hat die Regierung Adenauer die deutsche Wiedervereinigung unserem Volk aus den Händen genommen und in die Hände der westlichen imperialistischen Mächte gelegt. Es ist in Westdeutschland niemand von den Regierungsstellen mehr da, der praktisch den patriotischen Auftrag der Wiedervereinigung überhaupt erfüllen könnte. Die Westmächte sind entschlossen, von ihrem Einspruch Gebrauch zu machen. Das beweist die Äußerung des amerikanischen Außenministers Dulles, der im Repräsentantenhaus auf die Frage, welche Sicherungen es gäbe, daß die Bundesrepublik nach „Wiedererlangung der Souveränität" nicht auf eigene Faust Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Wiederherstellung der deutschen Einheit einleiten könne, erwiderte: „Die Westmächte können auf Grund der Pariser Abmachungen derartige Verhandlungen untersagen."

Das schlägt der sogenannten Bonner „Souveränität" mitten ins Gesicht. Also nicht die Deutschen, sondern die imperialistischen Westmächte haben über die Wiedervereinigung Deutschlands zu bestimmen. **Adenauer und die Bonner Militaristen haben also das unabdingbare nationale Recht des deutschen Volkes verraten, das Recht auf Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem und demokratischem Wege.**

Es ist unsere Aufgabe, dieses Recht in den Mittelpunkt unserer Politik zu stellen und mit Entschiedenheit durchzusetzen.

Der Pariser Vertrag verweigert uns das Recht auf Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem und demokratischem Wege. Der Warschauer Vertrag aber bietet uns dazu alle Möglichkeiten.

Bei dieser entgegenkommenden Haltung der in Warschau versammelten Staaten war die Tatsache ausschlaggebend, daß ein in Frieden und Demokratie wiedervereinigtes Deutschland die beste

Sicherheit für Europa bringe. **Darum ist es notwendig, auch unter den neuen Bedingungen mit aller Kraft für die nationale Wiedervereinigung zu kämpfen. Dabei müssen die patriotischen Kräfte des deutschen Volkes selbst eine entscheidende Rolle spielen.** Die Annäherung zwischen beiden Teilen Deutschlands, die Milderung der bestehenden Spannungen und die Koordinierung bestimmter Aufgaben sind in Deutschland nicht nur möglich, sondern auch notwendig. Der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Bulganin, erklärte unmißverständlich, daß die Sowjetregierung nach wie vor die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands mit größter Aufmerksamkeit verfolgt und ihr aufmerksame Beachtung schenkt. Wenn die Vorschläge der Sowjetunion von den Westmächten angenommen wären, so hätten die Verhandlungen längst zu positiven Ergebnissen geführt. **Die Sowjetunion sei auch weiterhin entschlossen, jeden Vorschlag, der die Aussicht eröffnet, nach der Beseitigung der Remilitarisierung Westdeutschlands die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen und damit einen gefährlichen Zündstoff aus der Mitte Europas zu beseitigen, zu unterstützen.**

Wörtlich erklärte Bulganin:

„Die Sowjetunion war und bleibt ein entschiedener und konsequenter Gegner der Remilitarisierung Westdeutschlands. Als wir gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge kämpften, waren wir der Ansicht, wie wir auch jetzt der Auffassung sind, daß die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in den Nordatlantikblock das Haupthindernis bei der Wiedererrichtung der nationalen Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage ist. Gleichzeitig waren und bleiben wir Verfechter der Wiedererrichtung eines einheitlichen Deutschlands als eines freien, friedliebenden und demokratischen Staates. Die Politik der Sowjetunion in der Deutschlandfrage wird auch in Zukunft von diesen Grundsätzen ausgehen.“

Wir wünschen, daß diese klaren und unmißverständlichen Worte dazu beitragen mögen, jene Kreise mit Adenauer, die immerfort davon reden, der Sowjetunion müsse man die Faust zeigen, um mit ihr zu verhandeln, endlich von ihren kindischen Vorstellungen zu befreien. Auch alle anderen Länder stellten auf der Warschauer Konferenz fest, daß die Lösung des Deutschlandproblems auf friedliche und demokratische Weise für sie von großer Bedeutung ist, und betonten, daß sie eine unumgängliche Notwendigkeit im Interesse der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker geworden sei.

Es ist klar, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Abzug der Besatzungstruppen eine allgemeine internationale Entspannung mit sich bringen und Voraussetzungen für das Zustandekommen eines allgemeinen Systems der kollektiven Sicherheit schaffen würde, wie es der Artikel 11 des Vertrages vorsieht. Daß die Lösung der Deutschlandfrage auf friedlichem Wege durch Verständigung und Verhandlungen möglich ist, zeigt der Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich. **Die positiven Ergebnisse der sowjetisch-österreichischen Verhandlungen wurden deshalb möglich, weil die österreichische Regierung den Weg einer unabhängigen nationalen Politik beschritten hat.** Österreich wird auf seinem Gebiet keinerlei Militärstützpunkte dulden und keinerlei einseitige Militärbündnisse eingehen. Das österreichische Volk hat seine nationale Unabhängigkeit erhalten, weil es den Weg der friedlichen Verständigung beschritten hat. Wenn Molotow bei der Unterzeichnung des Staatsvertrages darauf verwies, daß ähnliche politische Verhältnisse eine ähnliche Lösung für andere Völker bringen können, so mag das für alle patriotischen Kräfte Deutschlands eine ernste Ermunterung sein, zuversichtlich den gleichen Weg zu gehen.

Die Bestimmungen des Warschauer Vertrages

Im Vertrag sind die Verpflichtungen zur gemeinsamen Verteidigung im Falle eines bewaffneten Überfalls auf einen der Teilnehmerstaaten festgelegt worden. Wenn ein solcher Überfall erfolgt, muß jeder Teilnehmer des Vertrages in Verwirklichung des Rechtes auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung in Übereinstimmung mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen dem Staat oder den Staaten unverzüglich Hilfe leisten, die einem Überfall ausgesetzt sind. Die unverzügliche Hilfe muß individuell und in Übereinstimmung mit anderen Teilnehmerstaaten des Vertrages mit allen Mitteln, die ihm notwendig erscheinen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, erfolgen.

In diesem Falle haben sich die Teilnehmerstaaten des Vertrages unverzüglich zu konsultieren bezüglich der gemeinsamen Maßnahmen, die zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit notwendig sind.

Die Deutsche Demokratische Republik ist damit also unter den vollen Schutz der am Warschauer Vertrag beteiligten Staaten getreten. Ihr friedliches Aufbauwerk ist nunmehr gesichert; sie hat natürlich auch ihrerseits alles zu tun, um zu ihrem Teil bei der Sicherung des Friedens für die anderen freundschaftlich verbundenen Staaten zu helfen.

Laut Vertrag werden sich seine Teilnehmer in allen wichtigen internationalen Fragen konsultieren, die ihre gemeinsamen Interessen berühren.

Da es die Absicht der vertragschließenden Staaten ist, den Frieden im Interesse aller Völker zu erhalten, steht der Vertrag nicht im Gegensatz zu den Bestimmungen des internationalen Völkerrechts und zu solchen Organisationen, wie zum Beispiel die Vereinten Nationen. Im Artikel 4 ist sogar ausdrücklich bestimmt, daß dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen von den Maßnahmen zur Sicherheit Mitteilung gemacht wird. Die Maßnahmen werden eingestellt, sobald der Sicherheitsrat die Maßnahmen ergreift, die zur Wiederherstellung und Erhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit erforderlich sind.

Um solche Maßnahmen des Beistands und der Sicherheit materiell verwirklichen zu können, enthält der Vertrag Bestimmungen, wonach ein Vereintes Kommando derjenigen ihrer Streitkräfte geschaffen wird, die nach der Vereinbarung dem gemeinsam handelnden Kommando zur Verfügung gestellt werden.

Sie werden auch andere vereinbarte Maßnahmen ergreifen, die zur Stärkung ihrer Wehrfähigkeit notwendig sind, um die friedliche Arbeit der Völker zu beschützen, die Unantastbarkeit ihrer Grenzen und Territorien zu garantieren und den Schutz gegen eine mögliche Aggression zu gewährleisten.

Hierzu haben auch wir unsere volle Zustimmung erteilt. In einer Übereinkunft der beteiligten Staaten haben die Fragen der Wehrhaftigkeit der Deutschen Demokratischen Republik durch diesen Vertrag noch keine Regelung gefunden. Es ist vorgesehen, erst in einem späteren Stadium eine endgültige Entscheidung herbeizuführen. Das hat der westlichen Presse Anlaß zu erregten Meldungen gegeben: Sensation in Warschau, DDR ausgeschlossen usw., so orakelten die Überschriften. Die einfache Begründung dafür liegt in der Tatsache, daß die anderen Teilnehmerstaaten bereits über ausgebildete und gut bewaffnete Streitkräfte verfügen, so wie es der Artikel 5 des Vertrages voraussetzt, während die Deutsche Demokratische Republik keine Streitkräfte besitzt, sondern lediglich Polizeikräfte.

Die Aufstellung nationaler Streitkräfte wird aber die Voraussetzungen schaffen, um die Mitwirkung der Deutschen Demokratischen Republik auch an dem gemeinsamen Kommando zu sichern.

In Artikel 2 des Vertrages wird bestimmt:

„Die vertragschließenden Seiten erklären ihre Bereitschaft, sich im Geiste aufrichtiger Zusammenarbeit an allen internationalen

Handlungen zu beteiligen, deren Ziel die Gewährleistung des Weltfriedens und der Sicherheit ist, und werden alle ihre Kräfte für die Verwirklichung dieser Ziele einsetzen."

In diesem Sinne dient der Vertrag der Freundschaft und der Zusammenarbeit der an ihm beteiligten Völker. Er ist also kein reiner Militärpakt, der in militärischen Aufgaben seine Begrenzung findet, sondern er ist auch ein wahrer Friedenspakt; denn seine Bestimmungen besagen, daß die vertragschließenden Staaten „im Geiste der Freundschaft und der Zusammenarbeit für die Weiterentwicklung und Festigung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen untereinander" leben werden. In dieser hohen Zielsetzung des Vertrages liegen zugleich auch die Voraussetzungen für die militärische, wirtschaftliche und politische Überlegenheit des Lagers des Friedens und des Sozialismus.

Die vertragschließenden Staaten haben sich verpflichtet, sich an keinen Koalitionen oder Bündnissen zu beteiligen und keine Abkommen abzuschließen, deren Zielsetzung den Zielen des Warschauer Vertrages widerspricht, und daß sie im Geiste der Freundschaft und Zusammenarbeit für die Weiterentwicklung und Festigung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen untereinander handeln werden.

Die Kräfte des Friedens sind gewaltig gewachsen

Der Abschluß des Warschauer Vertrages ist eine kraftvolle Demonstration des Friedens- und Verständigungswillens der beteiligten Staaten. Er zeigt, daß die Kräfte des Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus gewaltig gewachsen sind. Die Länder des Friedenslagers, die Sowjetunion, Volkschina und die Länder der Volksdemokratie, haben große Erfolge auf allen Gebieten ihres Aufbaus erzielt.

Dieses Lager, das nach neuen Prinzipien und Organisationsformen arbeitet,

in dessen Ländern die werktätigen Menschen unter Führung ihrer Arbeiterklasse ihren eigenen Staat schufen,

in dem die Interessen und die Sicherheit eines jeden Landes eine gemeinsame Sache ist,

das sich in allen seinen Maßnahmen auf das höchste Ziel der Menschheit konzentriert, auf die Erhaltung des Friedens, auf den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft,

dieses Lager ist zur mächtigsten Kraft in der Welt geworden, zu einer unüberwindlichen Kraft.

Heute gehören dem Weltfriedenslager zwölf Länder mit einer Bevölkerung von über 900 Millionen Menschen an. Dieses Lager wird unterstützt von den Millionenmassen der Werktätigen der kapitalistischen Länder, von den noch unterdrückten Völkern in Asien und Afrika, deren Interessen ebenfalls in der Erhaltung des Friedens, der freundschaftlichen Zusammenarbeit und dem gesellschaftlichen Fortschritt liegen. Jeder klar denkende Mensch wird begreifen, daß es das Ende der imperialistischen Kriegstreiber wäre, wenn sie es heute nach Abschluß des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand noch wagen sollten, zum Angriff auf dieses Lager anzutreten.

Die Deutsche Demokratische Republik aber ist heute ein fester Bestandteil des Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

Durch den Vertrag von Warschau wird die Deutsche Demokratische Republik politisch und organisatorisch noch fester als gleichberechtigter Teilnehmer in dieses Lager einbezogen und ihr Bestand bis zur Erfüllung ihrer großen nationalen Aufgaben durch den Beistand ihrer mächtigen Verbündeten gesichert.

Auf der Konferenz in Warschau war die Volksrepublik China durch ihren Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Verteidigungsminister, Peng Teh-huai, vertreten, der für die chinesische Regierung und für das chinesische 600-Millionen-Volk in Warschau erklärte:

> **„Im Auftrag der Regierung der Volksrepublik China erkläre ich, daß unsere Regierung mit Ihnen zusammenarbeiten wird. Sie wird mit allen Kräften die Verwirklichung aller auf der Warschauer Konferenz europäischer Staaten zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa gefaßten Beschlüsse unterstützen.**
>
> **Der Friede ist unteilbar. Sollte der Friede in Europa verletzt werden und sollten die imperialistischen Aggressoren einen Krieg gegen die europäischen friedliebenden Länder entfesseln, dann werden unsere Regierung und unser heldenhaftes Sechshundert-Millionen-Volk gemeinsam mit den Regierungen und den Völkern unserer Bruderländer einen Kampf gegen die Aggression bis zum endgültigen Sieg führen.**
>
> **Sollten daher die Imperialisten einen Krieg entfesseln, dann wird unser Volk gemeinsam mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie zweifellos einen vernichtenden Schlag gegen die Kriegsbrandstifter führen, nachdem es zur Reue für sie zu spät sein wird.“**

Diese Erklärung Volkschinas wird zweifelsohne auf die imperialistischen Aggressoren in der Welt großen Eindruck machen. Sie wird auch jene Kreise in Westdeutschland ernüchtern, die Revanchegeist und Aggressionspläne hegen, die Pariser Abkommen abschlossen und den deutschen Militarismus als Werkzeug für ihre Eroberungspläne wiedererrichten wollen. **Die imperialistischen Aggressoren werden sich nach der Warschauer Konferenz darüber klarwerden müssen, daß sie sich in einer aussichtslosen Situation befinden.**

Die Warschauer Konferenz ist darum ein historisches Ereignis, auf das die Völker der ganzen Welt blicken. Die Völker erwarten, daß der in Warschau abgeschlossene Vertrag realisiert wird und die Völker die im Warschauer Vertrag liegenden Möglichkeiten ergreifen, um eine Wende in Europa zu Verständigung, Frieden und Sicherheit der Völker herbeizuführen.

Kraftquelle für den nationalen Kampf

Für uns Deutsche aber ist die Warschauer Konferenz ein neuer Kraftquell und eine große Hilfe im Kampf um die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands. Die Konferenz hat uns erneut gezeigt, daß dabei die aktive Mitwirkung der deutschen patriotischen Kräfte von größter Bedeutung ist. **Die Frage der friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands ist und bleibt die Hauptaufgabe für uns.** Die Voraussetzung dafür ist, daß die Pariser Verträge in Westdeutschland beseitigt werden. Die Deutsche Demokratische Republik und mit ihr alle Patrioten haben die Verpflichtung, ihren Beitrag zur Erfüllung des Warschauer Vertrages, zur Stärkung des Friedenslagers und zur Festigung der Freundschaft unter den Völkern zu leisten. Der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat in der Geschichte Deutschlands, die Deutsche Demokratische Republik, ist der Keim und die Basis eines neuen demokratischen, friedliebenden und unabhängigen Deutschlands.

Der Warschauer Vertrag ist die Antwort der friedliebenden Völker auf die durch die Pariser Verträge heraufbeschworene Remilitarisierung Westdeutschlands.

Die Pariser Verträge beschwören die Gefahr eines Krieges herauf. Der Warschauer Vertrag dient der Sicherheit und dem Frieden. Die Pariser Verträge bedeuten Spaltung Deutschlands und sollen der westdeutschen Bevölkerung das Recht nehmen, sich mit der Deutschen Demokratischen Republik über die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage zu verständigen. **Der Warschauer Vertrag aber läßt der Deutschen Demokratischen Re-**

publik volle Freiheit, über die friedliche Wiedervereinigung zu verhandeln. Der Warschauer Vertrag entspricht also in vollem Umfange den nationalen Interessen des ganzen deutschen Volkes.

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik hat, als sie in Warschau verhandelte, diese gesamtdeutschen Interessen im Auge gehabt und entsprechend gehandelt. Wir haben Ihnen offen und klar berichtet. Bei uns gibt es keine Geheimabkommen und keine Geheimdiplomatie. Das Volk soll und muß alles wissen. Sorgen Sie alle dafür, daß die Ergebnisse der Warschauer Konferenz zu einem Erlebnis der gesamten Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und des ganzen deutschen Volkes werden, dann wird der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand auch in Deutschland alle Kräfte für die Festigung der Sicherheit und die Erhaltung des Friedens, für die demokratische und friedliche Einheit unseres Vaterlandes zum Erfolge vorwärts führen.

Ich bitte die Abgeordneten der Volkskammer, dem von uns unterzeichneten Vertrag ihre Zustimmung zu geben.

20. Mai 1955:

Die oberste Volksvertretung der Deutschen Demokratischen Republik beschließt:

Zustimmung zum Warschauer Vertrag

Es folgen Auszüge aus den Stellungnahmen der Fraktionen:

Dr. Lothar Bolz (NDPD):

Der Friede ist stark

Die Warschauer Konferenz und ihre Ergebnisse werfen, wie jedes überragende Ereignis auf internationalem Gebiet, zwei Fragen auf: Die Frage nach der Richtigkeit unserer Außenpolitik und die Frage nach dem Gewicht unseres Staates im internationalen Leben.

Unsere Außenpolitik ist richtig, ihre Grundsätze wie ihre Praxis sind durch die Warschauer Konferenz glänzend bestätigt worden. Gewiß ist die bedeutendste und dringlichste Hauptaufgabe unserer Politik, nämlich die friedliche und demokratische Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, keineswegs in erster Linie eine Sache der Außenpolitik. Sie ist vor allem die innere nationale Angelegenheit des deutschen Volkes selbst. Aber die Durchsetzung dieses Anspruches

des deutschen Volkes, seine internationale Anerkennung und die Schaffung der besten internationalen Voraussetzungen für seine Verwirklichung, das alles ist Sache einer wahrhaft deutschen Außenpolitik. Gerade in dieser Hinsicht hat uns Warschau bedeutende Erfolge gebracht. Der Anspruch des deutschen Volkes darauf, daß die Wiedervereinigung seines Vaterlandes in erster Linie seine eigene Sache ist, ist von allen Konferenzteilnehmern eindeutig anerkannt worden.

Die Warschauer Konferenz hat die Kräfte des Friedens gestärkt, und zwar dadurch, daß sie sie zusammengeschlossen und auf allen Gebieten, nicht zuletzt auf militärischem, koordiniert hat. Sie hat darüber hinaus die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik gewährleistet. Der Friede und die Sicherheit unserer Republik sind stärker geworden, da die Kräfte, die den Frieden und die Sicherheit in Europa auf ihr Schild geschrieben haben, stärker geworden sind.

Unsere Außenpolitik ist vom ersten Tage des Bestehens unserer Republik davon ausgegangen, die Souveränität unserer Republik zu festigen und in so vollem Umfange zu erreichen, wie es durch die Erklärung der Sowjetregierung vom 26. März 1955 Wirklichkeit geworden ist. Diese, unsere Souveränität ist in Warschau mit voller Achtung behandelt worden, und die Ergebnisse von Warschau werden dazu beitragen, daß sie von niemandem angetastet werden kann. Daß wir sie erreicht haben, ist ein Beweis für die Richtigkeit der Orientierung unserer Außenpolitik auf die feste Freundschaft und auf die enge Zusammenarbeit, auf den brüderlichen gegenseitigen Beistand mit der Sowjetunion, Volkschina und allen Ländern der Volksdemokratie und dem gesamten, von der Sowjetunion und Volkschina geführten Friedenslager.

Die zweite große Frage, die im Zusammenhang mit der Warschauer Konferenz beantwortet werden muß, ist die Frage nach dem internationalen Gewicht, der internationalen Bedeutung unserer Deutschen Demokratischen Republik.

Die Deutsche Demokratische Republik spielt eine außerordentliche Rolle in Europa. Sie mag von den herrschenden Kreisen gewisser Staaten anerkannt werden oder nicht — sie besteht, und allein ihr Bestehen ist ein Pfahl im Fleische gerade dieser herrschenden Kreise. Weil sie besteht und weil sie durch ihr Verhältnis zum polnischen und zum tschechoslowakischen Nachbarn allen Völkern Europas ein Beispiel des Friedens und der guten Nachbarschaft gibt, wird in Dänemark, in Norwegen, in Holland, in Belgien, in Frankreich, in Italien die Frage nie wieder zur Ruhe kommen, warum diese Völker ihren

deutschen Nachbarn, die Bundesrepublik, fürchten müssen, wie sie das kaiserliche Deutschland, wie sie Hitlerdeutschland gefürchtet haben, und warum die Volksrepublik Polen und die Tschechoslowakische Republik mit der Deutschen Demokratischen Republik eng befreundet und brüderlich verbündet sein können.

Der Friede ist stark. Er ist in Warschau noch stärker geworden. Das Verlangen der Völker nach Verständigung, nach Verhandlungen, nach gemeinsamen Vereinbarungen, nach einer Entspannung der internationalen Lage wird immer mächtiger.

Die Politik der Stärke wird immer leerer, immer unfruchtbarer, immer aussichtsloser. Der Friede aber wird sich als unangreifbar erweisen, wenn die Völker die Erhaltung des Friedens in die eigene Hand nehmen und ihn bis zum äußersten verteidigen.

Dr. h. c. Otto Nuschke (CDU):

Pflichtgebot für Christen

Für unser deutsches Volk ist die Warschauer Konferenz, die in einer Atmosphäre aufrichtiger Freundschaft durchgeführt wurde, von allergrößter Bedeutung. Die Konferenz hat vor allem der Weltöffentlichkeit vor Augen geführt, welche Rolle unserer Deutschen Demokratischen Republik als Basis für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zukommt und in welchem Maße unsere Regierung für die nationalen Interessen des ganzen deutschen Volkes eintritt.

Zweifellos werden die Ergebnisse der Warschauer Konferenz auch zu einer Stärkung der patriotischen Kräfte in Westdeutschland führen. An uns liegt es deshalb jetzt mehr denn je zuvor, daß der Kampf unserer friedliebenden Brüder und Schwestern in Westdeutschland eine wirksame Unterstützung durch uns erfährt. Sorgen wir alle mit dafür, daß die Bevölkerung in Westdeutschland die Wahrheit erfährt, daß sie sich ein Bild davon machen kann, wie die Dinge wirklich liegen, daß sie erkennt, daß die Pariser Verträge beseitigt werden müssen. Nur so kann der Weg frei werden für ein friedliebendes, einheitliches, demokratisches und unabhängiges Deutschland.

Die Auswirkungen der Warschauer Konferenz, des Beispiels Österreichs sowie der sowjetischen Abrüstungsvorschläge an die UN auf die öffentliche Meinung in allen Ländern der Erde werden nachhaltig und auch für die Regierungen der imperialistischen Staaten auf die Dauer unüberhörbar sein.

Das Beispiel Österreichs hat bewiesen, was ein Volk vermag, das sein Schicksal entschlossen in die eigenen Hände nimmt. Dort hat die

Regierung erkannt, daß der Wille zur Neutralität, d. h. zur Unabhängigkeit, dem tiefen Verlangen der überwältigenden Mehrheit des Volkes entspricht, und sie hat danach gehandelt, obwohl sie vorher eine andere Politik verfolgt hat. Bundeskanzler Raab hat am 8. Mai in der „Österreichischen Neuen Tageszeitung" seine Ansichten über den „konstruktiven Charakter der Neutralitätspolitik" in 10 Thesen zusammengefaßt. In dem Vorspruch zu seinen Thesen stellt der Bundeskanzler fest, daß „Österreich durch seinen Entschluß zur Neutralität einen politischen Akt gesetzt hat, der eine neue Phase der österreichischen Geschichte einleitet".

Ich frage nun, wann endlich wird man auch in Bonn einmal dem Willen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes entsprechen, eine neue Phase der deutschen Geschichte einleiten?

Auch das deutsche Volk wünscht für sich eine friedliche Entwicklung, und wenn das die Herren Politiker in Bonn nicht wissen sollten, dann brauchen sie nur die von unserer Volkskammer vorgeschlagene Volksbefragung durchzuführen, und sie werden sehen, was des Volkes Wille in Wahrheit ist.

Statt dessen bemüht man sich in Bonn, lange Leitartikel in die Presse zu lancieren, in denen erklärt wird, daß das Beispiel Österreich auf Deutschland nicht angewandt werden könne, weil Deutschland „zu groß für eine Neutralität" sei.

Unsere Deutsche Demokratische Republik ist heute geschützter denn je. Das ist eines der wichtigsten Merkmale des Warschauer Vertrages. Die Deutsche Demokratische Republik hat an Achtung und Autorität gewonnen. Um so mehr können und müssen wir unter diesem Schutz darangehen, unsere ganze Kraft für die friedliche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes einzusetzen.

Die Christlich-Demokratische Union sieht in ihrer freudigen Zustimmung zu dem Vertrag von Warschau und zur Regierungserklärung ein Pflichtgebot gegenüber ihren christlichen Grundsätzen.

Dr. Hans Loch (LDPD):

Mittelstand für den Kampf um den Frieden gewinnen

Wir haben in Warschau einen Vertrag abgeschlossen, der der Sicherung des Friedens dient, der die Freundschaft zwischen unseren Völkern vertieft und der dem deutschen Volk und unserer Republik volle Handlungsfreiheit in Fragen der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands gewährt. Ja, man kann sagen, daß die Warschauer Verhandlungen das deutsche Volk im höchsten Maße anspornen wer-

den, jetzt noch stärker für die friedliche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes zu kämpfen. Wir haben also aus Warschau alle Voraussetzungen und Möglichkeiten mitgebracht, um in Frieden zu leben und um uns zu Glück, zu Wohlstand und zu sozialem Fortschritt zu entwickeln.

Die entscheidende Mehrheit der bürgerlichen Menschen im Westen unserer Heimat möchte — darin besteht kein Zweifel — mit den in Warschau vertretenen Ländern in Frieden leben und mit ihnen enge wirtschaftliche Beziehungen zum beiderseitigen Vorteil pflegen. Sie sind jetzt aber auch gleichzeitig in der Lage, zu erkennen, daß es verhängnisvoll ist, sich von revanchelüsternen Kreisen zu abenteuerlichen Plänen und Handlungen verleiten zu lassen, weil sie dabei Kopf und Kragen riskieren werden.

Wo überall ich mich in den letzten Tagen seit der Rückkehr unserer Regierungsdelegation aus Warschau im Kreise meiner Parteifreunde und meiner Bekannten über diese Fragen unterhalten habe, fand ich großes Verständnis und ungeteilte Zustimmung. Sorgen wir darum in den nächsten Tagen und Wochen dafür, daß auch der letzte Bürger unserer Republik die große Bedeutung des Warschauer Vertrages für unser aller glückliche Zukunft uneingeschränkt erkennt!

Der Warschauer Vertrag ist nur ein Bestandteil eines großen Programms des Weltfriedenslagers, das auf die kollektive Sicherheit der Völker hinarbeitet und von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz der Länder mit verschiedenen gesellschaftlichen Systemen durchdrungen ist. Ausdruck und untrennbarer Bestandteil dieses großen Programms sind die sowjetischen Abrüstungsvorschläge, die den Vereinten Nationen unterbreitet wurden und einen gewaltigen Widerhall ausgelöst haben. Auch die Vertragspartner von Warschau werden sich dafür einsetzen, wirksame Maßnahmen zur allgemeinen Abrüstung und zum Verbot von Atom- und Wasserstoffbomben und anderen Atom- und Massenvernichtungswaffen zu ergreifen. Sie werden sich an allen internationalen Verhandlungen beteiligen, deren Ziel die Gewährleistung des Weltfriedens ist.

Wir geben dem Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand der acht europäischen Länder unsere volle Zustimmung. Wir werden unablässig dafür wirken, daß über die Mitglieder unserer Partei hinaus auch die parteilosen Angehörigen des Mittelstandes unserer Republik und die patriotischen Kräfte des Bürgertums in Westdeutschland vom Geiste dieses Vertrages erfüllt und dadurch zum aktiven Kampf für Frieden und Einheit gewonnen werden. **(Lebhafter Beifall)**

Hans Reichelt (DBD):

Für westdeutsche Bauern — Weg aus Landraub

Auf der Warschauer Konferenz wurde eindeutig festgestellt, daß die Hauptaufgabe aller Deutschen der Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage ist. Damit zeigt der Warschauer Vertrag auch allen westdeutschen Bauern, daß die friedliche Herstellung der demokratischen Einheit unseres Vaterlandes möglich ist. Er zeigt ihnen den Weg aus Landraub, Extensivierung und Verarmung, aus steigenden Schulden, steigenden Preisen für Kohle, Treibstoff, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte und schließlich aus Kriegsvorbereitungen in ein friedliches und demokratisches Deutschland. Der Abschluß des Warschauer Vertrages erhöhte die Autorität und das Ansehen unserer Deutschen Demokratischen Republik. Er schuf neue Freunde. Der Warschauer Vertrag vertiefte aber auch die Zusammenarbeit der Völker der friedliebenden Staaten. Schon die Konferenz selbst und die Beratungen zeigten das Bestreben der einzelnen Regierungen, durch einen stärkeren Austausch von Delegationen zum gegenseitigen Studium der Erfahrungen des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaues, durch einen erweiterten Erfahrungsaustausch die Zusammenarbeit zu fördern und zu erweitern. Eine Reihe praktischer Schritte konnten dazu bereits auf dem Gebiete der Landwirtschaft beraten werden.

Ich bin beauftragt, im Namen meiner Fraktion, der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, diesem Vertrag die volle und freudige Zustimmung zu geben.

Die Fraktion der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands ist der Auffassung, daß sich aus dem Warschauer Vertrag für alle Bauern große Verpflichtungen ergeben. Es gilt, alle Kräfte anzuspannen, um die demokratische und friedliche Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen. Dazu ist unbedingte Voraussetzung die Zerreißung der Pariser Verträge. Der Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich zeigt den realen Weg zur Lösung der deutschen Frage. Die Regelung der deutschen Frage nach dem Beispiel Österreichs hieße für die westdeutschen Bauern Beseitigung der ausländischen Stützpunkte, hieße eine freie Entwicklung sichern.

Willi Stoph (SED):

Patriotische Erziehung verstärken

Ausgehend von den wahren Lebensinteressen unseres Volkes haben wir nach der Verschärfung der Lage durch die Ratifizierung der Pariser Kriegsverträge das Banner der nationalen Unabhängigkeit

und Einheit Deutschlands höher gehoben und sammeln alle deutschen Patrioten zum Kampf für die gerechte Sache unseres Volkes.

Unbeirrbar und zuversichtlich festigt sich die Kampffront der Arbeiter und Bauern und aller nationalbewußten Deutschen gegen Militarismus und Krieg. Immer stärker setzt sich die Erkenntnis durch, daß die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in den aggressiven Nordatlantikpakt das Haupthindernis bei der Herstellung eines friedliebenden demokratischen Deutschlands ist. Darum besteht die vornehmste Aufgabe aller Werktätigen in ganz Deutschland darin, noch entschiedener und allseitig den Kampf gegen die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus und gegen die Verwirklichung der Pariser Kriegsverträge zu führen.

Die Deutsche Demokratische Republik hat mit der Unterschrift unter den Warschauer Vertrag die große Verpflichtung übernommen, für ihre eigene Sicherheit verstärkte Maßnahmen zu treffen im Interesse der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa.

Wir sind der Meinung, daß es angesichts der bedrohlichen Entwicklung durch die Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland notwendig ist, in der Deutschen Demokratischen Republik damit zu beginnen, nationale Streitkräfte zu schaffen. Wir sind der Meinung, daß es notwendig ist, die Kasernierte Volkspolizei und die anderen Organe der Staatsmacht wirkungsvoller auszubilden, die patriotische Erziehung in den Machtorganen des Staates zu verstärken.

Bereits in den letzten Wochen und Monaten haben die Arbeiter in den Betrieben bewiesen, daß sie nicht nur verstehen, ihre eigene Arbeit zu organisieren, sondern den Schutz ihrer Betriebe in die eigenen Hände zu nehmen. So haben sie Kampfgruppen organisiert, und so wie sie wirkungsvoll die Arbeit und den Aufbau ihrer Betriebe organisierten, so lernen sie jetzt die Waffen beherrschen.

Die Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik organisiert sich in der Gesellschaft für Sport und Technik. Sie begreift, daß es notwendig ist, angesichts der Bedrohung durch die westdeutschen Militaristen das Waffenhandwerk zu erlernen.

Alle die Maßnahmen, die in der Deutschen Demokratischen Republik getroffen werden, dienen dem Schutz der Bevölkerung und den Interessen des gesamten deutschen Volkes. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist sich dessen bewußt, daß es notwendig ist, die Macht der Arbeiter und Bauern in der Deutschen Demokratischen Republik weiter zu festigen und zu stärken, um diese Basis im Kampf für ein einheitliches, friedliebendes Deutschland zu einem unüberwindlichen Bollwerk zu gestalten.

Den Arbeitern in Westdeutschland jedoch rufen wir zu: Begreift, daß die Maßnahmen, die in der Deutschen Demokratischen Republik zum Schutze getroffen werden, Maßnahmen sind, die euren Interessen nicht widersprechen, sondern der Erhaltung des Friedens dienen!

Wir rufen die Arbeiter in Westdeutschland dazu auf, sich zum gemeinsamen Handeln zusammenzufinden. Wir appellieren an die sozialdemokratischen, kommunistischen, christlichen und parteilosen Arbeiter, die Aktionseinheit zu schmieden und alles zu tun, um die Adenauerschen Kriegspläne zu verhindern. Die deutsche Arbeiterklasse ist, wenn sie geeint und entschlossen kämpft, eine unüberwindliche große Kraft. Die Verantwortung der deutschen Arbeiterklasse ist angesichts der Remilitarisierung in Westdeutschland außerordentlich groß. Nunmehr gilt es, die patriotische Einheit des ganzen deutschen Volkes unter Führung der Arbeiterklasse herzustellen und den Kriegstreibern Einhalt zu gebieten. Wir sind fest davon überzeugt, wenn das ganze deutsche Volk, wenn alle Patrioten in Stadt und Land sich zu geschlossenem Handeln sammeln und zusammenfinden, dann wird das werktätige Volk in ganz Deutschland ohne Zweifel den Sieg über die Kriegstreiber davontragen. **(Lebhafter Beifall)**

Bruno Kießler (FDJ):

Gesicherte Perspektive für die Jugend

Der Warschauer Vertrag gibt uns jungen Menschen erneut die Gewißheit, daß für die ganze deutsche Jugend eine gesicherte Perspektive im Beruf, bei Sport und Erholung und beim Studium vorhanden ist, wenn wir gemeinsam mit allen patriotischen Deutschen die Pariser Verträge zu Fall bringen.

Getragen von der großen Verantwortung und dem großen Vertrauen, das die Jugend von allen patriotischen Kräften unseres Landes im Kampf für die Erhaltung des Friedens und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands besitzt, werden wir alle Möglichkeiten ausnutzen, damit auch die Jugendlichen in Westdeutschland immer stärkeren Anteil am Kampf gegen die Pariser Verträge nehmen können.

Wir wenden uns von dieser Stelle erneut an die Jugend ganz Deutschlands mit dem Aufruf, im Kampf gegen die Pariser Verträge nicht nachzulassen. Wenn die deutsche Jugend die Remilitarisierung Westdeutschlands und die Pariser Verträge entschieden bekämpft, dann findet Herr Adenauer keine Söldner, die für ihn und die imperialistischen Kriegsbrandstifter die Kastanien aus dem Feuer holen,

Wenn es in der Vergangenheit noch einige Zweifler unter unserer Jugend gegeben hat, dann sind ihnen durch die Veröffentlichung des Vertrages von Warschau alle ihre Argumente genommen worden. Wir haben unterscheiden gelernt, was Herr Adenauer und seine Komplicen unter Wiedervereinigung Deutschlands meinen und weshalb sie so verzweifelt versuchen, Hunderttausende von jungen Menschen in Westdeutschland in die neue Aggressionsarmee zu pressen. Wir wissen auch, daß aufrichtige Bestrebungen für die Erhaltung des Friedens nur dort möglich sind, wo es keine solchen Vertragswerke wie die Verträge von Paris oder die anderen Kriegsverträge gibt.

Inhaltsverzeichnis